

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.20 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei im Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Verlag: Verlag des Vorwärts.

Die Interaktions-Gebühr

Beträgt für die hochgehaltenen Kolonnen- oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Beraternungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stillegedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schloßstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 25 Buchstaben zählen für zwei Worte. Interate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 18. Dezember 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Haben die Oesterreicher für das Budget gestimmt?

Aus Wien wird uns vom 16. Dezember geschrieben:

Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben gestern für die „Dringlichkeit“ des Budgetprovisoriums gestimmt, und ihr Entschluß hat, da sie ursprünglich nur beabsichtigt und angekündigt hatten, für die „Dringlichkeit“ der ersten Lesung zu stimmen, ein gewisses Aufsehen erregt, das den aufstrebenden Beobachter vielleicht zu dem Schlusse verführen könnte, es sei wirklich etwas Ueberraschendes geschehen, welches darin bestünde, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten für das Budget gestimmt haben. Es ist also notwendig, den Sachverhalt klarzulegen, der infolge der verworrenen Verhältnisse im österreichischen Abgeordnetenhaus nicht leicht zu überblicken ist. Aber sofort und vor allem soll gesagt werden, daß die österreichischen Sozialdemokraten selbstverständlich nicht für das Budget, vielmehr Mann für Mann gegen das Budgetprovisorium gestimmt haben. Mit der Abstimmung in Baden und in Bayern, deren Erörterung sich der ausländische Genosse natürlich hier versagen muß, hat die gestrige Abstimmung im österreichischen Abgeordnetenhaus nicht das geringste gemein.

Zuerst die Feststellung, daß es sich gestern nicht einmal um ein Budget gehandelt hat. Der österreichische Staatsvoranschlag wird für das Kalenderjahr präliminiert; selbstverständlich ist er nie rechtzeitig fertig geworden (im ganzen Laufe der konstitutionellen Einrichtungen ein einziges Mal) und kommt seit einem Jahrzehnt, infolge der schleppenden, so oft beirrten Arbeitsmethode des österreichischen Abgeordnetenhauses, immer schwerer und später zustande. Infolgedessen ist das sogenannte Budgetprovisorium, nämlich die vorläufige Ermächtigung der Regierung, für eine bestimmte Frist, diesmal für ein halbes Jahr, (wörtlich) „die direkten Steuern und indirekten Abgaben fortzuführen und die sich ergebenden Ausgaben nach Erfordernis und für Rechnung der noch gesetzlich festzustellenden Kredite zu bestreiten“, die Regel geworden. Schon daraus geht hervor, daß es sich in dem Budgetprovisorium durchaus nicht um die Feststellung der Einnahmen und Ausgaben, weder nach ihrer Art noch nach ihrem Umfang, handelt, daß also die Bewilligung des Budgetprovisoriums durchaus nicht die Verantwortung für das Wesen des Staatsvoranschlages in sich schließt. Seine Bewilligung ist also einfach die Frage, ob man der am Ruder befindlichen Regierung diese Ermächtigung geben mag, ob man ihr die Verwaltung des Staates anvertrauen will. (Die Regierungen selbst bestreiten auch diesen Charakter des Budgetprovisoriums auf das entschiedenste, und jede hat noch erklärt, daß sie seine Bewilligung keineswegs als Vertrauensvotum für sich erachte. So schloß Herr v. Winerth seine Budgetrede mit diesen Worten: „Bewilligen Sie das Budgetprovisorium nicht aus Vertrauen zu uns, sondern aus Vertrauen zu sich!“) Aber dieser mit dem eigentlichen Staatsvoranschlag, der Art und Wesen des Klassenstaates reproduziert, nicht identische Charakter des Budgetprovisoriums wird nicht etwa zu dem Zwecke dargelegt, um die Folgerung zu rechtfertigen, daß für das Budgetprovisorium gestimmt werden dürfe, davon ist absolut keine Rede. Denn die Sozialdemokraten in Oesterreich haben eben gegen dieses Budgetprovisorium gestimmt; und daß sie dagegen zu stimmen haben, stand niemals in Frage, war immer ganz selbstverständlich, und das Gegenteil wurde niemals auch nur in Gedanken erwogen. Sie haben nicht für das Budgetprovisorium gestimmt, sind nur mit ihren Stimmen dafür eingetreten, daß über das Budgetprovisorium abgestimmt werden soll und daß man darüber abstimmen kann. Das ist nun in jedem Parlament ganz selbstverständlich und konnte nur in dem merkwürdig komplizierten österreichischen Abgeordnetenhaus eine Frage bilden. Aber daß man nicht für das Budget stimmt, wenn man dafür stimmt, daß dem Hause die Gelegenheit verschafft wird, über das Budget abzustimmen, ist wohl ganz klar.

Wofür haben also die Sozialdemokraten gestern im Abgeordnetenhaus gestimmt? Im Grunde für gar nichts anderes, als daß das Budget auf die Tagesordnung des Hauses gesetzt wird! Wie grundrichtig es wäre, ihre Abstimmung für die Dringlichkeit — man wird gleich erfahren, was das ist — als die Abstimmung für das Budget auszugeben, wird am besten durch folgende Gegenfrage aufgeklärt: Werden die sozialdemokratischen Abgeordneten, die entschlossen sind, gegen den Etat zu stimmen, deshalb sich wehren oder dagegen aufstehen, daß der Etat auf die Tagesordnung gesetzt, zur Verhandlung gestellt werde? Natürlich nicht; im Gegenteil werden sie die Verhandlung des Etats als ihr Recht reklamieren, als das, was zu den primären Attributen der Vollberechtigung des Parlaments gehört. Dem tatsächlich zählt die Budgetbewilligung, weil sie eben auch das Recht der Abänderung und Verweigerung einschließt, zu den allerersten und unerlässlichsten Erfordernissen eines Parlaments, ohne die es also ein vollberechtigtes Parlament gar nicht sein würde. Nun ist im österreichischen Abgeordnetenhaus das

Verhandeln im Wege der Tagesordnung, welches in normalen Parlamenten nicht bloß die übliche, sondern schlechtweg die alleinige Form der Verhandlungen des Hauses ist (wohl kein Parlament im Deutschen Reiche hat jemals etwas anderes verhandelt, als was auf der Tagesordnung stand), nimmere fast unmöglich geworden und hat im letzten Jahre überhaupt aufgehört. Dies durch die sogenannten Dringlichkeitsanträge, die auf einer unerträglich gewordenen Bestimmung der alten Geschäftsordnung (diese stammt unverändert und unabgeändert aus dem Jahre 1875, wo das Haus nicht 516, sondern 353 Abgeordnete zählte), wonach zwanzig Abgeordnete, genau so viel, als zur Stellung eines Initiativantrages notwendig sind, bei der Einbringung ihres Antrages durch die bloße Verlesung auf den betreffenden Paragraph der Geschäftsordnung begehren können, daß ihr Antrag „sogleich“ in Verhandlung genommen werden soll, obgleich er nicht auf der Tagesordnung steht. Diese „Dringlichkeitsanträge“ sind also das sicherste Mittel der Obstruktion; aber auch wenn die eigentliche, auf die Lahmlegung des Parlaments gerichtete Obstruktion nicht betrieben wird, hindern sie die normale Abwicklung der parlamentarischen Arbeit aufs empfindlichste. Denn sie liefern das Haus und seine stärksten Notwendigkeiten jeder Korporation von zwanzig Mann aus, die gar nicht eine Partei sein müssen; in einem Hause von 516 Abgeordneten sind 20 verantwortungslose Leute, Desperados und Effekthascher, natürlich unschwer aufzutreiben. Wohl kommt bei den Dringlichkeitsanträgen gewöhnlich gar nichts heraus; denn die Frage, ob das Haus den Gegenstand, auf dessen sofortige Verhandlung angetragen wird, tatsächlich verhandeln soll, braucht eigentlich die Zweidrittelmehrheit; aber da ihr Zweck immer nur die Debatte über die Frage der Dringlichkeit ist, also entweder Obstruktion oder demagogische Effekthascherei (selten mehr und anderes), wird er trotzdem immer erreicht. Die Dringlichkeitsanträge des österreichischen Abgeordnetenhauses sind sachlich etwa das, was die Interpellationen im deutschen Reichstag; nur daß zu ihrer Einbringung bloß zwanzig Unterschriften nötig sind und ihre Verhandlung sofort und zwar ohne Beschluß des Hauses erfolgen muß. Aber der eigentliche Unterschied liegt erst in dem verschiedenen Charakter der beiden Parlamente; während der Reichstag aus lauter und durchweg ehrlichen Parteien besteht, die nur ernste Notwendigkeiten in der Form einer Interpellation zur Diskussion stellen, wobei sie natürlich auf den ungestörten Gang der Verhandlungen des Hauses bedacht bleiben, ist das österreichische Abgeordnetenhaus mit einer Anzahl kleiner, jedes Verantwortlichkeitsgefühl barer Parteispitzer behaftet, die sich gegenseitig mit Unterschriften „aushehlen“ und das Haus mit „Dringlichkeits“-Anträgen einfach überfluteten. Wie schrecklich der Unfug ausgeartet ist, zeigt sächlich dieser Sessionsabschnitt. Das Haus fand beim Zusammentritt auf seinem Tisch erstens das Budgetprovisorium, das doch die Gelegenheit zu einer Abrechnung mit der Regierung, zu einer Besprechung der unterschiedlichen Vorgänge des Herbstes ausreichend bietet; dann die Vorlage über die Annexion, die die Möglichkeit der Beleuchtung der internationalen Lage schafft; das handelspolitische Ermächtigungsgesetz, das die Handelsvertragsverhandlungen mit Serbien und Rumänien zum Inhalt hat; und neben einer Menge sehr wichtiger Vorlagen, zum Beispiel der wegen Verstaatlichung der großen Privatbahnen, das gewaltige Werk der Sozialversicherung. Aber von diesen Vorlagen, von denen die drei ersten noch zeitlich befristet sind und mit dem 1. Januar in Kraft treten müssen, wenn nicht schwere Schädigungen herbeigeführt werden sollen, pflanzten sich fünfzehn Dringlichkeitsanträge auf, Anträge zum Teil über die dümmsten Bäckereien; und das Haus hatte Tag und Nacht arbeiten können, um bis zum 1. Januar diese „Dringlichkeits“-Anträge aufzuarbeiten, die zum Schluß natürlich alle abgelehnt worden wären. Ein unmöglicher Zustand! Nun wird der an Ordnung gewohnte Reichsdeutsche vielleicht fragen, warum diesem wahnsinnigen, das Haus verwüstenden Unfug nicht gesteuert, jene unhaltbare Bestimmung der Geschäftsordnung nicht vernünftig eingeschränkt wird. Aber das Kapitel von der Geschäftsordnung im österreichischen Abgeordnetenhaus ist wieder ein Kapitel für sich. Alles kann nämlich in diesem Parlament auf dem Wege der Dringlichkeitsanträge gemacht werden, nur eben die Abänderung der Geschäftsordnung nicht: für sie ist dieser Weg ausdrücklich ausgeschlossen. Auch genügt für eine Geschäftsordnungsreform in Oesterreich (im Gegensatz zum Reichstag) nicht eine Lesung, es sind vielmehr drei Lesungen nötig. Aber denen würde der Weg durch — Dringlichkeitsanträge wohl gründlich verkrampft werden.

Die Folge der Dringlichkeitsanträge ist also, daß im österreichischen Abgeordnetenhaus die normale Tagesordnung aufgehört hat und zu dem Ausweg der wirklichen Tagesordnung neben der fiktiven, der Tagesordnung der „sogleich“ zu verhandelnden Dringlichkeitsanträge neben der vom Hause beschlossenen, nie wirksam werdenden Scheintagesordnung gegriffen werden mußte — ein Vorgang, der durchaus im Rahmen der Geschäftsordnung bleibt. Da es keinen Erfolg hätte, die Gesetzentwürfe der Regierung auf die Tagesordnung zu stellen, weil man zur Tagesordnung nie gelangt, werden sie auf die Tagesordnung nicht gestellt, sondern in Dringlichkeitsanträge verwandelt: der einzige Weg, um ihnen die Verhandlung zu

sichern. (So hat der Sozialdemokratische Verband die mehr als dreihundert Paragraphen enthaltende Vorlage über Sozialversicherung in einen Dringlichkeitsantrag verwandeln müssen, um ihm die erste Lesung zu verschaffen!) Der Vorgang ist nicht von heute; so wurde auch seinerzeit die Wahlreform (für sie wurde der Ausweg eigentlich erfunden) und nicht anders auch der ungarische Ausgleich verhandelt. Damit wird der Verhandlung nicht bloß der Weg freigemacht, sondern sie wird auch vor dem Ueberfall durch neue Dringlichkeitsanträge (die, weil sie „sogleich“ zur Verhandlung kommen müssen, auch die Fortführung begonnener Verhandlungen aufhalten) bewahrt. So wurde es nun auch mit dem oben geschilderten Budgetprovisorium gemacht. Was bedeutet es also, für die Zuerkennung der Dringlichkeit des betreffenden Antrages zu stimmen? Nichts, aber schon gar nichts anderes, als was in normalen Parlamenten das einfache Stellen auf die Tagesordnung ist! Wie lautete der Antrag, für den die Sozialdemokraten heute gestimmt haben? Wörtlich: „Das Haus wolle beschließen, das Budgetprovisorium in Verhandlung zu nehmen, obgleich es nicht auf der Tagesordnung steht.“ (Warum es auf die „Tagesordnung“ nicht gestellt wird, ist ja gezeigt worden). Das ist, man wird es nicht glauben, alles, tatsächlich alles! Die Sache hat sich scheinbar nur dadurch verwickelt, daß mit einem Antrag beantragt wurde, die Vorlage in allen drei Lesungen in Verhandlung zu nehmen, was der Geschäftsordnung, wenn man sie peinlich auslegt, nicht ganz zu entsprechen scheint, und was überdies nicht in korrekter Form beantragt wurde (welche Inkorrektheit nachträglich, über Verlangen der Sozialdemokraten, übrigens behoben wurde). Deshalb hatte Adler in seiner ersten Rede erklärt, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten nur für die sofortige Vornahme der ersten Lesung stimmen werden, er fügte aber auch gleich hinzu, „daß sie alles daran setzen werden, um die normale Perfektionierung auch der zweiten Lesung durchzusetzen“; das heißt, das die Sozialdemokraten dem Hause durch die Gewissenlosigkeit der Demagogen die Entscheidung über das Budgetgesetz, sein Budgetrecht nicht entwenden lassen werden. Aber ob man nur für die Dringlichkeit der ersten oder ob man für die Dringlichkeit auch der zweiten und dritten Lesung stimmt, ist und war überhaupt nie etwas anderes als eine Frage der Auslegung der Geschäftsordnung und ist erklärlicherweise vom Standpunkte des Prinzipis völlig gleichgültig. Indem die Sozialdemokraten für jene „Dringlichkeit“ stimmten, haben sie für nichts anderes gestimmt, als daß das Budgetprovisorium verhandelt werde; daß sie dann in der Verhandlung gegen das Gesetz gestimmt haben, ist selbstverständlich. Haben sie also anders gestimmt, als zu stimmen ganz selbstverständlich war? Das wird nach dieser detaillierten Auseinandersetzung wohl niemand sagen wollen oder glauben können.

Nun wird vielleicht noch ein letzter Rest von Bedenken bleiben: warum brauchten die Sozialdemokraten dafür zu stimmen, daß das Budgetprovisorium verhandelt werden kann und verhandelt werde; sie hätten auch das doch den Regierungsparteien überlassen können. Aber so steht die Sache nicht einmal in formaler Hinsicht. So wäre es, wenn es sich etwa um eine Abstimmung über die Tagesordnung handelte; da könnte man mit einem Schimmer von Berechtigung (in Wahrheit wird die Budgetverweigerung wohl noch niemand als die Pflicht zum Widerstande gegen die Verhandlung des Etats ausgelegt haben) noch gefolgert werden, daß sich um die Erledigung einer Regierungsvorlage, an der das Proletariat kein unmittelbares Interesse besitzt, die Parteien der Regierung zu bestimmen haben. Anders liegt die Sache doch schon bei den Regierungsvorlagen als Dringlichkeitsanträgen; denn hier schließt die Logik nicht damit, der Nichtbewilligung des Budgets wohne die Bedeutung inne, daß die Regierung über keine Mehrheit verfüge; sie verfügt dann nur nicht über die Zweidrittelmehrheit, aber diese zu haben, kann ihr deshalb, weil zwanzig Abgeordnete einen Berg von Dringlichkeitsanträgen aufgeschichtet haben, nicht aufgelöst werden. Aber die Sache ist eben von Grund aus anders: wegen der nie zu vergessenden Tatsache, daß in Oesterreich Gesetze nicht bloß mit dem Reichsrat, sondern auch ohne und gegen ihn, mit dem berichtigten § 14 gemacht werden können. Mit diesem Paragraphen, der wohl die Regierung nur ermächtigt, bei Abwesenheit des Reichsrates unter ganz bestimmten Umständen Verordnungen mit provisorischer Gesetzeskraft zu erlassen, konnte man in Oesterreich zehn Jahre lang regieren: sollte man das demokratische Haus demselben Jhude der Zurücksetzung, Ausschaltung und Nullifizierung aussetzen? Das wäre aber unwiderrüchlich geschehen, wenn das mit 1. Januar fällige Budgetgesetz nicht zustande gekommen wäre, obwohl dafür im Hause unzweifelhaft eine Mehrheit vorhanden war, also deshalb nicht beschloffen worden wäre, weil das Parlament an der Abstimmung über das Budgetprovisorium, die nach der Sachlage mit der Beschließung identisch war, durch die Obstruktion gehindert worden wäre. Hätten die Sozialdemokraten gegen jene Dringlichkeit gestimmt, so hätten sie direkt daran mitgeholfen, daß die Erledigung des Budgets verhindert werde, so hätten sie daran mitgeholfen, daß das Parlament eine ihm nach der Verfassung obliegende Funktion nicht ausüben könne; sie hätten schlechtweg an der Herbeiführung seiner

Arbeitsunfähigkeit mitgewirkt. Dann wäre aber nicht die Regierung gefallen, sondern das Parlament; denn nicht die Regierung ohne Mehrheit dagesunden, sondern die Arbeitsunfähigkeit des Parlaments wäre defloriert gewesen. Und die, man kann es nicht anders sagen, logische Folge der Arbeitsunfähigkeit des Parlaments ist eben der Absolutismus, ist eben der § 14. Aber wieder den Verfassungsbruch zur Krücke des Parlaments zu machen, hieße nicht weniger als das Parlament dem sicheren Ruine zu überliefern, das allgemeine und gleiche Wahlrecht zu kompromittieren. Die Abstimmung gegen die Dringlichkeit wäre also kein Akt der Opposition, wäre ein Akt der Obstruktion gewesen, und zwar, was ja auch berechtigt sein kann, nicht der Obstruktion gegen ein bestimmtes und dem Proletariat schädliches Gesetz, vielmehr schleichweg der Obstruktion gegen Leben und Existenz des Parlamentes selbst. Es mag sein, daß ohne die Sozialdemokraten jene Zweidrittelmehrheit nicht zustande gekommen wäre, die fürchterlichen Folgen für das Parlament also sofort eingetreten wären. Aber rein sachlich und prinzipiell angesehen, mußten die Sozialdemokraten für jene Dringlichkeit stimmen, denn gegen sie zu stimmen wäre eine Abstimmung gegen das Parlament gewesen. Können wir sie darum die wahre Abstimmung für das Parlament des allgemeinen Wahlrechtes.

Diese Auseinandersetzung ist sehr umfangreich geworden, aber die komplizierten österreichischen Verhältnisse sind leider nicht so durchsichtig, um die Wahrheit sofort zu erkennen. Um aber jede irreführende Regendenbildung zu verhindern, war die genaue Darlegung doch nötig.

Die Schulverpflaffung im württembergischen Landtage.

In der Sitzung am 11. Dezember begann die Zweite Kammer mit der Beratung der Volksschulnovelle. Berichterstatter sind der frühere Theologe Prof. Dieber, der Führer der schwäbischen Nationalliberalen, und der Zentrums-pfarrer Späth von Wiberach. Die Wahl der beiden „Gottesgelehrten“ zu Sprechern der Kommission kennzeichnet zur Genüge den Geist der Novelle und die Verhandlungen. Gleich beim Artikel I, in dem die obligatorischen Unterrichtsfächer festgestellt werden, kam es im Plenum der Kammer zu bedeutungsvollen Auseinandersetzungen. Die Sozialdemokratie hatte beantragt, den Religionsunterricht als obligatorisches Fach zu streichen; im Falle der Ablehnung dieses Antrages den Religionsunterricht als letztes der obligatorischen Fächer zu bezeichnen, aber der Raumlehre die Bedeutung eines selbständigen Faches zu geben. Diese Anträge begründete Genosse Heymann. Er führte u. a. aus: Die Volksschule ist Staatschule, sie soll nur staatlichen Zwecken dienen. Der Religionsunterricht dient aber nur konfessionell-fürlichen Zwecken. Wir wehren niemandem, seine religiös-fürlichen Anschauungen in der Kindererziehung zum Ausdruck zu bringen, überlassen das aber der Familie gemeinsam mit der Kirche. Der Staat hat nicht die Pflicht, die Kinder im Interesse der Kirche religiös unterrichten zu lassen. Der moderne Staat darf kein konfessioneller, er muß aber ein sittlicher Organismus sein. Die sittliche Erziehung ist möglich und notwendig, abgesehen vom konfessionellen Religionsunterricht. Alles, was Religion betrifft, liegt außerhalb der Grenzen der Wirksamkeit des Staates.

Der volksparteiliche (!) Lehrer-Abgeordnete Böchner vertrat den Antrag, daß der Religionsunterricht vom Ortsgeistlichen zu geben sei. Die Worte „unter angemessener Teilnahme der Lehrer“ seien zu streichen. Die Volkspartei will also den Religionsunterricht in der Schule belassen, ihn jedoch vollständig der Kirche ausliefern. Wegen die sozialdemokratischen Anträge lesen Gesellschaft und Geschorene Sturm, unter verständnisvoller Assistentz der Liberalen. Genosse Hildenbrand rechnete in vorzüglicher Rede mit den frommen Eiferern ab, so daß der Kultusminister v. Fleischhauer selbst sich genötigt sah, den bürgerlichen Parteien zu Hilfe zu kommen. Der Zentrumsabgeordnete Aene plauderte schließlich pfliffig-dumm den letzten Grund der religiösen Begeisterung der bürgerlichen Parteien aus: Der Staat könne der Kraft und Macht der Kirche nicht entzogen, sagte er. Damit hat er recht. Der heutige Staat als Herrschaftsinstitution der Bestehenden über die Besitzlosen braucht die Kirche, um mit deren Hilfe die breiten Massen des Volkes niederzuhalten. In den höheren Schulen für die bestehenden Klassen hat die Kirche nichts zu sagen, dort braucht der Staat sie nicht.

Am Dienstag endlich ging die Debatte zu Ende. Der Antrag der Sozialdemokratie, den Religionsunterricht aus der Volksschule zu entfernen, wurde mit 72 gegen 16 Stimmen abgelehnt. Mit unseren Genossen stimmten nur noch zwei Volksparteiler. Der Eventualantrag der Sozialdemokratie, dem Religionsunterricht die zentrale Stellung im Lehrplan zu nehmen, erlitt das gleiche Schicksal. 68 Stimmen wurden dagegen, 19 dafür abgegeben. Fünf Volksparteiler stimmten mit unseren Genossen. Abgelehnt wurde auch der sozialdemokratische Antrag, der Raumlehre die Bedeutung eines selbständigen Faches zu geben. Der Antrag Böchner (Volksp.), die Lehrer von der Erteilung des Religionsunterrichtes zu entbinden und diesen Unterricht den Geistlichen zu übertragen, fand gleichfalls keine Mehrheit.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 17. Dezember 1908.

Keine staatsbürgerlichen Rechte für die Beamten!

Zu der Besoldungsvorlage der preussischen Regierung, die am Donnerstag von der Kommission in zweiter Lesung beendet ist, lagen einige Resolutionen vor, die sich auf die staatsbürgerlichen Rechte der Beamten beziehen. Die eine Resolution ersuchte die Regierung um Einbringung eines Gesetzesentwurfes, der in Abänderung der Gesetze betr. die Dienstvergehen der Beamten eine einheitliche, organische und erschöpfende und den veränderten Zeitverhältnissen entsprechende Neuregelung des gesamten Beamtenrechts herbeiführt. Die zweite Resolution forderte, daß insbesondere das Petitions-, Vereins- und Versammlungsrecht der Beamten sowie deren Recht auf freie Meinungsäußerung durch Wort und Schrift gewährleistet wird, und zwar soll der betreffende Gesetzesentwurf sobald als möglich und jedenfalls so zeitig eingebracht werden, daß seine Verabschiedung noch in dieser Legislaturperiode erfolgen kann. Beide Resolutionen wurden von dem Finanz-

minister Herrn v. Rheinbaben einmal aus formellen Gründen und zweitens weil angeblich kein Bedürfnis dazu vorliege, heftig bekämpft und hierauf abgelehnt, die erste gegen 13, die zweite gegen 9 Stimmen.

Dagegen erklärte sich die Kommission mit großer Mehrheit für die Beibehaltung der Ostmarkenzulage, das heißt jener Zulage, durch die die Regierung die Beamten korrumpiert, indem sie sich einen Stamm gefälliger Beamten züchtet, die frei von jeder Ueberzeugung die Ostmarkenpolitik mitmachen!

Freie Männer sind der preussischen Reaktion ja von jeher ein Dorn im Auge gewesen, wie erst jetzt wieder der Fall Schüking gelehrt hat. Wer unbefümmert um die herrschende Strömung frei seine Meinung äußert, wer von seinen staatsbürgerlichen Rechten den ihm gut scheinenden Gebrauch macht, der wird diszipliniert! Wer aber hübsch artig und gehoramt ist, der bekommt eine Belohnung in klingender Münze. So will es die altpreussische Tradition, die freiheitliche Gesetze vertritt und am liebsten alles auf dem Verwaltungswege regelt! —

Das militärische Beschwerderecht.

Der Hausdiener Echerbarth hatte als Reservist eine 14tägige militärische Uebung auf dem Schießplatz in Jüterbog mitzumachen. Im Baradenlager wurde ein Neubau aufgeführt. Auf demselben arbeiteten an einem Sonntag die Maurer und Hilfsarbeiter. Als die Abteilung, der Echerbarth angehörte, an dem Neubau vorüberging, wurden in der Abteilung mißbilligende Bemerkungen über die Sonntagsarbeit der Maurer gemacht. Dabei wurde einem Arbeiter Springer, der mit Kalktragen beschäftigt war, zugerufen: „Weihnachtsmann, Sabbatshänder, Euch werden wir bei der Organisation melden“. Springer ging hin und meldete diesen Vorfall dem Feldwebel, welcher die Truppe führte, der Feldwebel erstattete dem Oberleutnant v. Koros Meldung und dieser stellte eine Untersuchung an, welche darin bestand, daß er sich von Springer, dessen Angaben der Oberleutnant glaubte, den Mann bezeichnen ließ, der die angegebenen Worte gesagt hatte. Springer bezeichnete bei einer Gegenüberstellung Echerbarth als denjenigen, der ihn Sabbatshänder genannt hatte. Gegenbeweis oder Verteidigung wurde dem Reservisten Echerbarth nicht gestattet. Die Angabe des Springers genügt dem Oberleutnant v. Koros, um Echerbarth drei Tage in strengen Arrest zu schicken, „weil er einen ehrenwerten Maurer, der Sonntags sein Brot verdienen will, beleidigt hat“, wie es in dem Bericht über die Arreststrafe heißt.

Als Echerbarth die drei Tage Arrest abgeessen hatte, glaubte er, nun würde seine Uebungszeit um drei Tage verlängert werden. In diesem Falle hätte er seine Stelle als Hausdiener verloren. Ueblich deshalb beschwerte er sich wegen der Arreststrafe, denn da er sich ganz zu Unrecht bestraft fühlte, erwartete er, daß seine Uebung im Beschwerdewege festgestellt und er vor der befürchteten Verlängerung der Dienstzeit bewahrt bleibe.

Es kam aber anders, als es sich Echerbarth gedacht hatte. Seine Beschwerde wurde als unbegründet zurückgewiesen und Anklage gegen ihn erhoben wegen Erstattung einer unbegründeten Beschwerde! Das Kriegsgericht hat Echerbarth zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt! Wegen dieses Urteil hat sowohl Echerbarth als auch der Gerichtsherr Verfassung eingelegt. Dem letzteren erschien die Gefängnisstrafe von zwei Monaten noch zu niedrig!

Am Donnerstag wurde die Angelegenheit vor dem Ober-Kriegsgericht des III. Armeekorps verhandelt. Einige zwanzig Zeugen wurden vernommen, um festzustellen, ob es Echerbarth war, der dem Arbeiter Springer die Worte Sabbatshänder usw. zugerufen hatte. Die meisten Zeugen gehörten seinerzeit derselben Truppe an wie Echerbarth, und marschierten in seiner Nähe. Sie haben wohl die Worte gehört, bekundeten aber, daß dieselben nicht von Echerbarth, der vor ihnen ging, sondern aus den Reihen hinter ihnen gerufen wurden. Der Hauptzeuge, Arbeiter Springer, blieb dabei, daß Echerbarth und kein anderer die betreffenden Worte gebraucht habe. In der Verhandlung wurden aus dem Vorleben des Springer amtlich beglaubigte Tatsachen angeführt, die seine Glaubwürdigkeit derart erschütterten, daß er auch dem Gericht als unzuverlässiger Zeuge galt und deshalb nicht vereidigt wurde. In der ersten Instanz hat Springer seine Aussage beschworen, es schwebt deshalb ein Reineidsverfahren gegen ihn. Außer Springer trat noch ein anderer Zeuge, Maurer Wegel, gegen den Angeklagten auf. Dieser Zeuge behauptete ganz bestimmt, daß er aus dem Munde Echerbarths die betreffenden Worte gehört habe. Wegen die Beweiskraft dieses Zeugnisses machte der Verteidiger, Rechtsanwalt Ulrich, geltend, daß die jetzigen Angaben Wegels mit seiner Aussage in der ersten Instanz in Widerspruch stehen und daß ein Irrtum des Zeugen leicht möglich sei, da er mindestens 20 Meter von der vorüberziehenden Truppe entfernt war.

Leblich auf Grund der Aussage Wegels, dem die Angaben von acht bis zehn Zeugen gegenüberstehen, hielt das Gericht die Schuld des Angeklagten für erwiesen. Beide Verurteilungen wurden verworfen und das Urteil erster Instanz bestätigt.

Es bleibt also dabei, daß Echerbarth mit zwei Monaten Gefängnis bestraft wird, weil er es wagte, sich wegen einer Disziplinarstrafe zu beschweren, die nicht nur nach Ansicht Echerbarths, sondern auch nach den beschworenen Aussagen einer Reihe von Zeugen des Vorfalls ohne Grund über ihn verhängt worden ist!

Auch eine Illustration zum Beschwerderecht des Soldaten! —

Gefapert.

Nicht nur die Interessensverbände der Großindustriellen, auch die Banken folgen die Praxis, die Beamten, die vom Staat zur Veaussichtigung ihres Geschäftsbetriebes eingesetzt sind, aus dem Staatsdienst wegzufischen, indem sie den betreffenden Nischenhonore anbieten. Erstens deshalb, weil der Gefaperte meist die Methoden und die Arbeitsweisen in den Regierungsbüroaus genau kennt, und diese seine Kenntnis beim geschäftlichen Verkehr der Regierung mit den Finanzinstituten sehr nützlich sein kann. Zweitens, weil er gute persönliche Beziehungen zu seinen früheren Kollegen mitbringt, und drittens, weil dadurch die Regierung in Verlegenheit gesetzt und genötigt wird, sich nach Erghmännern umzusehen, die nicht immer gleich bei der Hand sind.

So hat z. B. die Deutsche Bank vor einigen Jahren den zweiten Staatskommissar an der Berliner Börse, den Regierungsrat Schänfeld, engagiert; die Kommerzbank hat sich vor kurzem die schätzenswerten Dienste des früheren Handelsministers Wölfer gesichert, und nun hat die Kommerz- und Diskontobank auch den Wirklichen Geh. Oberregierungsrat Sempienmacher, der seit 1897 als erster Staatskommissar an der Berliner Börse fungierte, weggefangen. Wie es heißt, soll Sempienmacher auf die Stellung eines Präsidenten der Seehandlung gerachtet haben. Als er beim Freiherrn von Rheinbaben für diesen Wunsch nicht das nötige Verständnis fand, wurde er „staatsmüde“; eine Verstimmung, die von der Kommerz- und Diskontobank dazu benutzt wurde, ihn als „Direktor“ zu engagieren.

Immunität der Regierungsvertreter.

Wie die Scherl-Presse von maßgebender Stelle erfährt, ist die Nachricht eifässiger Blätter, daß das Reichsgericht die Immunität der Regierungsvertreter in den Parlamenten als zu Recht bestehend anerkannt habe, durchaus unzutreffend. Nach dem in Preußen und auch im Elsaß geltenden Rechte muß vor Einleitung eines Strafverfahrens gegen einen Beamten zunächst die Vorfrage entschieden werden, ob der Beamte im gegebenen Falle seine Amtsbefugnisse überschritten habe. In diesem Falle handelte es sich um eine Klage gegen den Staatssekretär Jörn von Dulac wegen angeblicher beleidigender Äußerungen im Landesausschuß. Der Statthalter von Elsaß-Lothringen unterbreitete diese Vorfrage dem Reichsgericht, und dieses hat leblich entschieden, daß der Staatssekretär seine Amtsbefugnisse nicht überschritten habe. Infolge dieser Entscheidung darf der Klage gegen den Staatssekretär keine Folge gegeben werden. —

Von der „lohalen“ Handhabung des Vereinsgesetzes.

Aus Bromberg wird uns geschrieben: „Gegen das persönliche Regiment und die Schuldenwirtschaft im Reiche fand hier am 14. Dezember eine öffentliche Protestversammlung statt. Das Lokal war von einem Polizeiaufgebot von neun Mann umstellt. Genosse Stössel hielt das Referat. Kurz nach 10 Uhr verlangte der anwesende Polizeikommissar vom Leiter der Versammlung den Schluß. Da seinem Verlangen nicht stattgegeben wurde, entfernte er sich mit seinem Begleiter, um ungefähr nach fünf Minuten mit dem draußen stehenden Polizeiaufgebot wieder zu erscheinen. Der Kommissar gebot nun abermals Schluß. Man bedeutete ihm, daß er die Versammlung höchstens auflösen könnte, worauf er aufs neue forderte, man solle Feierabend machen, da der Wirt für 10 Uhr Polizeistunde habe. Nervös und am ganzen Körper zitternd gebot er schließlich unter Androhung von Gewalt und mit der Hand am Säbel Schluß. Nur erst vertieften die Versammelten unter größter Ruhe das Lokal. Der Kommissar notierte sich dann die Adressen der Genossen Stiefel und Stössel, dem letzteren drohte er eine Anklage wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt an.“

Hier haben wir den Versuch, die Polizeistunde auf Versammlungen anzuwenden. Das ist nach dem Vereinsgesetz ganz unzulässig. Der § 1 befragt ausdrücklich, daß das Recht der Vereinigung und Versammlung nur den im Vereinsgesetz und anderen Reichsgesetzen enthaltenen Beschränkungen unterliegt, daß die allgemeinen sicherheitspolizeilichen Bestimmungen des Landesrechts Anwendung finden, soweit es sich um die Verhütung unmittelbarer Gefahr für Leben und Gesundheit der Teilnehmer an einer Versammlung handelt. Daß eine Polizeistundenverordnung die Verhütung unmittelbarer Gefahr für Leben und Gesundheit der Teilnehmer bewirkt, wird kein noch so gerissener Jurist feststellen können.

Herr Wilhelm Schack.

Bei der jüngst im Reichstoge verabschiedeten Novelle zur Gewerbeordnung hat es der Reichstog mit 136 gegen 127 Stimmen abgelehnt, die Arbeitszeit für verheiratete Arbeiterinnen an Sonnabenden auf sechs Stunden zu beschränken. Den Ausschlag für diese Ablehnung gab die Fraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung, unter der sich auch Herr Wilhelm Schack, der Vorsitzende des deutshationalen Handlungsgehilfenverbandes befindet. Ueber diese Gesetzesnovelle schreibt Herr Schack in Nr. 24 seines Verbandsorgans, der „Deutschen Handelswocht“, einen Artikel. Im Reichstoge sprach er mit seinem Mute, für die Ablehnung jener Bestimmung einzutreten. In seinem Artikel erwähnt er zwar die Tatsache, daß er für die Ablehnung eingetreten ist; er hat aber nicht den Mut befohlen, darauf hinzuweisen, daß gerade er mit seiner Fraktion den Ausschlag für die Ablehnung gegeben hat. Von dieser Tatsache sucht er seine Anhänger geflissentlich abzulenken, indem er grundlosweise die Sozialdemokratie zu verdächtigen sucht. Er schreibt nämlich über die weitere, jetzt noch der Beratung im Reichstoge unterliegende Novelle zur Gewerbeordnung:

Vorläufig hat die Kommission beschlossen, abermals ihren Arbeitsplan zu ändern und nach den Weihnachtstagen mit den Beratungen über die Heimarbeit zu beginnen. Wenn in der Sitzung am 27. November unternommener Versuch, vorher die Beratung über die Sonntagruhe herbeizuführen, scheiterte an dem Widerspruch der Mehrheit. Namentlich der sozialdemokratische Abgeordnete Stadthagen sprach sich dagegen aus, was sich nur deshalb besonders feststellen möchte, weil das sozialdemokratische Handlungsgehilfenblatt immer behauptet, an der Verschleppung der Sozialreform für die Handlungsgehilfen seien ganz allein die bürgerlichen Politiker schuld.“

Dieser Vorwurf der Verschleppung, den Herr Schack der Sozialdemokratie macht, ist durchaus unberechtigt. Denn wenn auch von der noch zur Beratung stehenden Novelle zur Gewerbeordnung zunächst die Paragraphe über die Heimarbeit beraten werden, so wird dadurch die Regelung der Sonntagruhe im Handlungsgewerbe nicht im mindesten verschleppt, weil beides in ein- und demselben Gesetzvorschlage vom Reichstoge verabschiedet und an den Bundesrat gelangen wird. Das weiß natürlich auch Herr Schack; sein Vorwurf der Verschleppung der Sozialreform für die Handlungsgehilfen charakterisiert sich also als eine Verleumdung der sozialdemokratischen Abgeordneten. —

Ultramontane „Arbeiterfreundlichkeit“.

Die zentrumsagrarische „Rheinische Volksstimme“ gestattet sich ein Nachwort zu der Beratung der Gewerbeordnungsnovelle, das bezeichnend ist für die im Centrum herrschende „Arbeiterfreundlichkeit“. Das Blatt meint, es sei etwas Großes und Schönes um unsere Sozialpolitik, durch die sich wie ein roter Faden die Aufforderung ziehe: Liebe deinen Nächsten wie dich selber! Aber — so heißt es dann in praktischer Betätigung dieses christlichen Grundgesetzes — der Segen der Sozialpolitik wolle mit Besonnenheit und Maßhaltung genossen sein, jede Einseitigkeit und jede Ueberreilung werde zum Fluch und es müsse zweifelhaft erscheinen, ob diese Besonnenheit und Maßhaltung auch bei der Gewerbeordnungsnovelle geübt worden sei. Deutschland habe durch dieses Gesetz mehr geleistet, als andere Staaten geleistet hätten und leisten würden, und nun werden an die Befürchtungen laut, die man von jeher zu hören gewohnt ist, wenn auch nur eine Kleinigkeit für die Arbeiter getan wird. So heißt es in dem kirchlichen Blatt:

Es steht zu befürchten, daß die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie auf dem Weltmarkt herunterschlagen wird und den Schäden werden auch diejenigen verschüren, deren Schutz die Novelle zur Gewerbeordnung erstreckt. Die Besorgnisse, die in dieser Richtung von den Vertretern der sächsischen Industrie erhoben wurden, waren mir zu berechtigt.“

Katürlich fehlt auch nicht der übliche Hinweis, daß die Arbeiterinnen selber den Schutz gar nicht wünschen — eine Rücksichtnahme auf die angeblichen Wünsche der Arbeiter, die sich immer dann einstellt, wenn es sich darum handelt, eine den Unternehmern unangenehme Maßnahme abzuwenden. „Der sozialpolitische Ueberseher“ — so schreibt dazu das Centrumsbblatt — erweist also Wohlthaten, die von den Beteiligten als Verlästigung und als unzulässige Beeinträchtigung der Erwerbsmöglichkeit empfunden werden. Doch dies eine gesunde Sozialpolitik sei, wird schließlich nicht behauptet werden können.“

Zum Schluß kommt dann das Blatt der rheinischen Zentrumsbauern mit der Versicherung, daß mehr noch als die Industriearbeiter die kleinen selbständigen Existenzen in Handwerk und Gewerbe des Schutzes bedürftig seien, und erst wenn man für diese gesorgt habe, werde man unserer Sozialpolitik wahrhaft froh werden können.

Und dabei „schließen“ unsere Agrarier diese „kleinen selbständigen Existenzen“ auf die Weise, daß sie ihnen in unverantwortlicher Weise das Brot und die gesamten Lebensmittel verteuern, daß sie ihnen vermittels des indirekten Steuersystems die Lasten des Reiches aufhalsen, während sie sich, wie sich das jetzt wieder bei der Erbschaftsteuer zeigt, selber davor drücken, wenn es sich darum handelt, diejenigen Steuern zu lassen, die dazu in der Lage sind.

Die Fremdenlegionäre.

Der Führer der Deserteure hat sich jetzt selbst in der Nähe von Saida gestellt. Es ist ein früherer deutscher Artillerieoffizier, Graf Rhode, der schon früher einmal in der Legion gedient hat und sich vor drei Monaten aufs neue anwerben ließ. Es heißt, daß er vom Prinzen Eitel Friedrich zuweilen materielle Unterstützung erhalten habe. Die Untersuchung will der Oberbefehlshaber General Lianthey selbst führen. Dabei soll auch festgestellt werden, ob die Desertion wirklich von außen veranlaßt wurde und namentlich, ob sie in Zusammenhang steht mit der Kölner Desertionsagentur.

Die deutsche Regierung läßt halbwegs erklären, daß auch sie auf die Ermittlung Wert legt, ob ein solcher Zusammenhang existiere. Wir finden aber, daß damit nicht genug geschieht. Die deutsche Regierung hat die Pflicht, deutlich festzustellen, daß amtliche Organe mit den Treibereien der Agentur nicht zu tun haben und daß sie selbst sich in diese Angelegenheit in keiner Weise einmischen werde. Es ist dies um so notwendiger, als die chauvinistische Presse haben und drücken nicht selten Lust zu haben scheint, das Freispiel von Casablanca zu wiederholen. Die Verleumdung des Instituts der Fremdenlegion ist eine Sache der französischen Demokratie und vor allem der Sozialdemokratie. Jaurès erklärt in der „Humanité“:

Die Fremdenlegionäre werden uns gewiß andauernd Schwierigkeiten verschaffen. Die Idee, eine französische Streitkraft aus Fremden, zumeist aus fremden Deserteuren zu bilden, ist jedenfalls seltsam. Ganz sicher aber ist, daß weder auf deutscher noch auf französischer Seite eine Heilungselbde wachgerufen werden darf, wie seinerzeit durch die Angelegenheit von Casablanca.

Das ist ganz unsere Meinung. Aber deshalb darf den französischen Verleumdern der Fremdenlegion keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden durch eine deplacierte chauvinistische Dege in Deutschland.

Gegen die geplante Besteuerung von Gas und Elektrizität

Sprach sich die Lübecker Bürgerchaft in ihrer letzten Sitzung aus. Von einer Beschlußfassung über den sozialdemokratischen Antrag, nach welchem der Vertreter Lübeds im Bundesrat mit Entscheidung gegen die erwähnten Steuerentwürfe wirken solle, wurde so lange Abstand genommen, bis die Vorlagen aus der Kommission des Reichstages, der sie überwiesen worden sind, herankommen.

Blühenden Rufum

produziert Herr Rob. Michels in einem Artikel der neuesten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“. Er hat entdeckt, daß die deutsche Sozialdemokratie in puncto Demokratie in ihrer Organisation sehr viel zu wünschen übrig läßt. Das belegt er u. a. mit der schänderhaften Tatsache, daß auf den Parteitag bei der Neuwahl des Vorstandes den Genossen vom Parteivorstand eine Liste mit gedruckten Namen vorgelegt werde. Entrüftet bemerkt er dazu:

„Unter demokratischen Wahlen — und die Wahl des sozialdemokratischen Parteivorstandes will doch wohl eine solche sein — versteht man Wahlen, die sich unter größter Freiheit der Wähler und ohne den mindesten Druck des Amtes befindlichen Behörden vollziehen. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, ist die Wahl des Parteivorstandes auf deutschen Parteitagen die Reorganisation der Demokratie. Was würde Vernunft dazu sagen, wenn die deutsche Regierung bei den Reichstagswahlen die gleiche hässliche Härte an den Tag legte und den Wählern gedruckte Listen in die Hand drückte, auf der die Namen der ihr genehmen Kandidaten verzeichnet ständen? Würde man ein solches Verfahren als demokratisch bezeichnen können, nur weil die Wähler die Erlaubnis hätten, die offiziellen, gedruckten Namen auszustreichen und andere an deren Stelle zu setzen?“

Herr Rob. Michels ist auf einigen sozialdemokratischen Parteitagen als Delegierter gewesen, er hat aber von der Geschäftsführung dieser Parteiparlamen te entweder nichts begriffen oder er hat seit seiner Uebersiedelung nach Italien seine Kenntnisse der deutschen Sozialdemokratie gründlich verflüchtigt. Denn sonst müßte er wissen, daß die gedruckten Listen nicht vom Parteivorstand, sondern vom Bureau des Parteitages den Delegierten unterbreitet werden und daß diese Listen zustandekommen auf Grund — der Vorschläge der Delegierten. Jeder Delegierte hat das Recht, bis zu einem bestimmten Termin Vorschläge für die Liste zu machen. Natürlich tut das nicht jeder einzelne, sondern die Vorschläge sind das Resultat vorheriger Beratung einzelner zwangloser Gruppen von Delegierten, die sich auf den Parteitagen auf Grund gemeinsamer Richtung oder ähnlicher Zusammengehörigkeit zusammenfinden. Solches Verfahren ist notwendig, um eine zu weitgehende Zersplitterung der Stimmen zu verhindern. Daß es gegen die Gebote der Demokratie verstoße, ist eine ganz un sinnige Anschauung.

Ebenso un sinnig ist es, dieses Verfahren irgendwo in Parallele zu setzen mit dem hypothetischen Fall, daß die deutsche Regierung bei Reichstagswahlen den Wählern gedruckte Listen mit den Namen der genehmten Kandidaten in die Hand drücken würde. Denn erstens drückt nicht der Parteivorstand den Delegierten Kandidatenlisten in die Hand, und zweitens stehen auf den Listen nicht die Namen der dem Parteivorstand genehmten Kandidaten. Wenn die Regierung nach dem Beispiel der Sozialdemokratie verfahren wollte, so müßte sie amtliche Stimmzettel ausgeben, die die Namen der Kandidaten in amtlicher Parteiliste enthalten! Beim Proportionalwahlssystem wird ja in manchen Staaten heute schon so verfahren. Und daß es in Deutschland geschehe, dagegen hat sicherlich die deutsche Sozialdemokratie nichts einzuwenden. Weil sie eine demokratische Partei ist!

Die Lübecker Ausführungsbestimmungen zum Reichsvereinsgesetz

entschieden entgegen dem Willen der Gesetzgeber die Vorschrift, daß die Beschlüsse von politischen Versammlungen nur im reichsverbandlichen Amtsblatt erfolgen dürfen, wenn die Veranstalter von der Kammerpflicht entbunden sein wollten. Dagegen haben sich unsere Genossen mit Entschiedenheit gewandt, und auch die Lübecker Bürgerchaft hat sich in dem Sinne ihrer sozialdemokratischen Mitglieder geäußert. Rumrühr ist der Senat von seinem reaktionären

Standpunkt abgekommen und hat angeordnet, daß für die Publikation derartiger Versammlungen irgend eines der in Lübed erscheinenden Blätter, also auch das sozialdemokratische Organ genügt. So vernünftig hätte man allerdings gleich sein können.

Der heftige Landtag

ist mit einer Thronrede eröffnet worden. In der Rede wurde versprochen das direkte Wahlrecht, ein Gemeindefinanzgesetz, die Revision der Verwaltungsorgane, Bauarbeitergesetz und Revision der Bauordnung. Weiter wurde die schlechte Finanzlage konstatiert, die eine Vermehrung der direkten Steuern erforderlich mache. Es wird gehofft, daß die Reichsfinanzreform zustande kommt. — Unsere Parteigenossen sind in allen vier Ausschüssen vertreten.

Die schlafende Schießstandwache.

Aus Halle a. S. berichtet man uns unterm 17. Dezember: In der Nacht vom 15. zum 16. November befanden sich der Gefreite Lasse und zwei Rüstler vom Infanterie-Regiment Nr. 36 auf Schießstandwache. Da es in betretender Nacht sehr kalt war, machte es sich der Gefreite bequem, legte sich auf die Pritsche und schlief. Der eine Rüstler tat das gleiche und handelte nach dem Grundtag: „Wer schläft, der sündigt nicht“. Als er von dem Gefreiten aufgefodert wurde, Posten zu stehen, entgegnete er, daß habe seinen Zweck, denn draußen sei es kalt. Beide schliefen ruhig weiter. Schließlich kam auch der zweite Rüstler, der draußen Posten gestanden hatte, hinzu, setzte sich neben seine Kameraden und wärmte sich am Ofen die Finger. In dieser unglücklichen Situation wurde das „Wachkommando“ von einem revidierenden Feldwebel überrascht. Das Schicksal hatte zur Folge, daß der Gefreite vom hiesigen Kriegsgericht zu sechs Monaten und der eine Rüstler zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Der Rüstler, der sich nur geträumt hatte, wurde freigesprochen.

Die Balkankrise.

Erklärung des österreichischen Ministerpräsidenten.

Wien, 17. Dezember. Im Abgeordnetenhaus erklärte der Ministerpräsident in Beantwortung der Interpellation über die auswärtige Lage folgendes: Die Regierung hat keinen Grund, die europäische Lage als besorgniserregend zu betrachten. Die bestehenden Differenzen sind nicht derart, daß sie nicht auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen ausgeglichen werden könnten. Von einer Kriegsgesfahr auf dem Balkan kann nur insofern gesprochen werden, als seitens Serbiens und Montenegro gewisse auf den Krieg gerichtete Maßnahmen getroffen worden sind, die uns bisher insofern nicht veranlaßt haben, unsere ruhige und abwartende Haltung zu ändern. Unsere militärischen Verfügungen verfolgen lediglich den Zweck, die sehr schwachen Truppenbestände Bosniens und der Herzegovina zu erhöhen. Ihnen liegt ein aggressiver Charakter gänzlich fern. Was den Balkan betrifft, so muß leider konstatiert werden, daß diese Bewegung trotz unserer Vorstellungen und trotz der daraufhin mehrfach erfolgten Zusicherungen der Porte noch keine Abschwächung erfahren hat. Es darf wohl mit Zuversicht angenommen werden, daß die Herstellung einer Verständigung mit der Türkei auf politischem Gebiete, welche den Gegenstand der fortgesetzten Aufmerksamkeit und der konstanten Bemühungen des auswärtigen Amtes bildet, auch das Ende dieses anormalen, die Verhältnisse der betroffenen Länder schädigenden Zustandes mit sich bringen wird, um so mehr, als das wohlverstandene Interesse der Türkei eine derartige Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht minder wünschenswert erscheinen läßt.

Oesterreich

Verstaatlichung des Eisenhandels.

Wien, 17. Dezember. Wie die „Arbeiterzeitung“ meldet, wird der sozialdemokratische Verband heute im Abgeordnetenhaus einen Antrag auf Verstaatlichung des österreichischen Eisengroßhandels einbringen.

Schweiz.

Der Bundespräsident.

Bern, 17. Dezember. Die Vereinigte Bundesversammlung hat heute die bisherigen sieben Bundesräte auf eine neue dreijährige Amtsdauer sowie den Bundeskanzler wiedergewählt, zum Bundespräsidenten für 1909 wurde mit 147 von 161 Stimmen Dr. Adolf Deucher gewählt. Zum Vizepräsidenten des Bundesrates wurde Comte gewöhlt, als neues Mitglied des Bundesgerichts Dr. Th. Weib.

Frankreich.

Blod-Vorspiel.

Paris, 15. Dezember. (Fig. Ver.)

Die bürgerlichen Linksparteien haben offiziell ihre Bereitwilligkeit zur Wiederherstellung der Delegation der Linken erklärt und der combistische „Koppel“ stößt darum Jubelrufe aus. Aber gerade sie machen es deutlich, daß der neue Blod eine Totgeburt ist. Die Delegation der Linken müßte, um ernst genommen zu werden, zum Ministerium in Opposition treten, dem System der politischen Verfolgungen ein Ende machen und über die reaktionären Tendenzen der radikalen Kleinbürger hinweg die planvolle Durchsetzung der unter Clemenceau schuldhaft verschleppten finanzpolitischen und sozialen Reformen einleiten. Der neue Blod könnte also nur nach Beseitigung der gegenwärtigen Regierung wirksam werden. Aber eben diese wollen die sozialreaktionären Radikalen und die Leute von der demokratischen Union nicht, wenigstens so lange als sie nicht eines ebenso reaktionären Ersatzes sicher sind. Dichtet sich doch gerade jetzt das groteske Schauspiel, daß dieselben Leute, die mit Wiedererlebung ihre Blodwichtigkeit kundgeben, offen mit den Progressisten und Rationalisten partiierten. In Paris hat gestern eine Versammlung der Senatswahlmänner der Vauvaise stattgefunden. Offiziell handelte es sich um eine Frage von lokalem Interesse. Von den zehn Senatoren des Seine-Departements war bisher ein einziger Pariser. Die Vertreter der beiden Landkreise Sevaug und Saint-Denis, die infolge der widerstimmigen Wahlordnung über 795 Stimmen gegenüber 150 Pariser Stimmen verfügten, waren nun übereingekommen, vier Mandate für sich zu reklamieren und die für sie bestimmten Kandidaten ohne Unterschied der Parteirichtung zu unterstützen. Auf Verreiben des Unterstaatssekretärs Roujan, des Vertrauensmannes der reaktionären Mittelständler, beschloßen die Radikalen, zuvor die geeinigten Sozialisten von der Kandidatur auszuschließen — natürlich als „Feinde der Armes und des Vaterlandes“. Kein einziger der amwesenden Radikalsozialisten hatte den Mut, gegen diese Ausschließung der Sozialisten in demselben Augenblick, wo man mit den Monarchisten und Rationalisten einen Vertrag schloß, zu protestieren. — Noch standloser ist das Verhalten der Radikalen im Departement Pas-de-Calais, die beschloßen haben, die Kandidatur des Führers der Progressisten Ribot zu unterstützen. Ribot ist unter allen demokratischen Regierungen der Vater aller Hindernisse gewesen. Er hat den Widerstand gegen die Trennung von Kirche und Staat kommandiert und alle wirtschaftlichen Reformen aufs wütendste bekämpft. Er ist der Repräsentant der konservativen, unbeschränkten kapitalistischen Politik, zu der Clemenceau immer mehr hinneigt. In seine Hufe appelliert

Clemenceau immer, wenn die äußerste Linke versagt. Und man soll man an die demokratische Konsequenz der Herren Radikalen glauben, die sich beeifern, einen Ribot in den Senat zu bringen! —

Italien.

Ein Sozialist in Stichwahl.

Rom, den 14. Dezember. (Fig. Ver.)

In dem durch den Tod seines bisherigen Vertreters, eines Ministerialen, frei gewordenen Wahlkreis Viantrats (Piemont) hat am 14. d. M. eine Stichwahl stattgefunden, bei der der Parteikandidat Campanozzi mit 284 Stimmen in die Stichwahl kam. Von den gegnerischen Kandidaten erhielt der Radikale 1578 Stimmen, der Radikale 1081 und der Christlichsozial 509. Der Parteikandidat ist der jüngst gemahregelte Postbeamte, der auf dem Kongress seiner Organisation in Florenz die Wirtschaft des Postministers gebrandmarkt hatte. Im Jahre 1904 erhielt in Viantrats der Parteikandidat im ersten Wahlgange 1066, bei der Stichwahl 2070 Stimmen.

Belgien.

Eine Kolonialdebatte.

Brüssel, 17. Dezember. Deputiertenkammer. In der heutigen Sitzung wurde bei der Generaldebatte über den Etat das erste Kolonialbudget beraten. Bei dieser Gelegenheit kritisierte der Sozialist Vandervelde das System der Regierung und wies gleichzeitig auf den beträchtlichen Rückgang des Kaufkraftgewinnes hin. Die monatliche Produktion sei von 8000 auf 400 Milligramm gesunken. Vandervelde sprach die Grueltaten des Leutnants Arnold, dem 27 Morbdaten zur Last gelegt werden und dem die Regierung trotzdem noch eine Pension bewilligt habe. Die Zwangsarbeiten müßten abgeschafft, den Eingeborenen Land bewilligt, Handels- und Gewerbefreiheit gemährt und das brache Land bebaut werden. Auch der Geldverkehr sei zu regeln. Vandervelde erklärte, daß die sozialistische Partei aus prinzipiellen Gründen der kaiserlichen Regierung das Budget verweigere und verlangte ernste Reformen.

Der Kolonialminister erwiderte, daß er bemüht sei, zu reformieren. Vandervelde habe aber übertrieben. Wenn Grueltaten begangen würden, so würden sie aufs strengste bestraft, aber in eine schwebende Unternehmung könne und wolle er nicht eingreifen. Das Budget wurde schließlich, da Zeit zu eingehenden Beratungen nicht vorhanden ist und das Gesetz die Annahme vor Neujahr vorschreibt, angenommen.

Rußland.

Der Präsident der Reaktion.

Peterburg, 16. Dezember. In der heutigen Dumasingung richtete der Abg. Rosanow von der Arbeiterpartei bei der Beratung des Gesetzentwurfs über die Gefängnisverwaltung heftige Angriffe gegen die Regierung. Der Präsident der Duma, Chomjakow, griff nach der Ansicht der beiden Parteien der Rechten nicht energisch genug gegen Rosanow ein, daher verliehen die Rechte und die gemäßigten Rechte demonstrativ den Dumajalen. Präsident Chomjakow erklärte darauf, schriftlich seine Demission einreichen zu wollen. Die Dumajalen teilte jedoch mit, daß das Demissiongesuch Chomjakows bisher nicht eingegangen sei.

In der Abend Sitzung erklärte Staatssekretär Baron Kolbe, daß die Revolutionsbewegung in Kaukasus im Nachlassen begriffen sei und zu ihrer endgültigen Verdrängung alle Maßregeln getroffen würden. Auch würden zurzeit für den Kaukasus Reformen ausgearbeitet, um die Lebensbedingungen und die Verwaltungsanrichtungen dort mit denen im Inneren Rußlands in Einklang zu bringen. So sei eine Gesetzesvorlage dem Abschluß nahe, durch welche die Rechte der auf Leibeigenschaft beruhenden Pflichten der Hausbevölkerung gegenüber den Gutsbesitzern abgeschafft werden sollen. Ferner werde die Bewässerung der Steppengebiete und die Anlage von Straßen geplant.

Türkei.

Die Parlamentsöffnung.

Konstantinopel, 17. Dezember. Die Eröffnung des ottomanischen Parlaments verlief ohne Zwischenfall. Eine tausendköpfige Menge füllte alle Zufahrtsstraßen. Um 12 Uhr versammelten sich die Abgeordneten im Sitzungssaal. Vor der Präsidententribüne nahmen die Minister, die staatlichen und geistlichen Würdenträger, zur Rechten das diplomatische Korps, zur Linken die Senatoren Platz. Die Uniformen und bunten Talare boten ein farbiges, eindrucksvolles Bild, aus dem sich die in ein weißes Gewand gekleidete Gestalt des Scheich ul Islam abhob. Das diplomatische Korps hatte sich in der englischen Botschaft versammelt und fuhr in corpore vor, den Botschafter Freiherrn v. Marschall als Doyen an der Spitze. Kurz nach 1 Uhr erschien der Sultan, geleitet von mehreren kaiserlichen Prinzen und von der Versammlung stehend in lautloser Stille empfangen. Der erste Sekretär des Sultans verlas die Thronrede, die ihm der Großwesir überreichte. Nach der Verlesung wurde ein Gebet gesprochen, während die Kriegschiffe im Hofen Salut schossen. Rußland einsetzte und die Menge in Jubelrufe ausbrach. Nach Beendigung des Gebets sprach der Sultan mit kaum hörbarer Stimme einige Worte, worauf er den Saal verließ. Die ganze Zeremonie hatte kaum eine Viertelstunde gedauert. Der Sultan, der den Weg zu Wagen zurücklegte, wurde auf der Hin- und Rückfahrt von der Bevölkerung stürmisch begrüßt.

Nach der Thronrede erneuerte der Sultan den Eid auf die Verfassung. Nachdem er den Saal verlassen, nahm der Großwesir den Abgeordneten den Eid ab, der folgenden charakteristischen Wortlaut hat:

„Ich schwöre bei Gott, daß ich dem Sultan, solange er die beschworene Verfassung aufrechterhalten wird, treu bleibe, und daß ich die Verfassung und das mir anvertraute Amt fürs Vaterland achten und treu erfüllen werde.“

In dem Eid der Abgeordneten liegt so zugleich eine wirkungsvolle Warnung vor Staatsstreikgelüsten.

Die Thronrede.

Konstantinopel, 17. Dezember. (B. L. W.) Die Thronrede lautet: Senatoren und Deputierte! Infolge der Schwierigkeiten, denen die Anwendung der Verfassung begegnet ist, die wir bei unserer Thronbesteigung in Kraft gesetzt haben, und da hohe Staatswürdenträger es als eine Notwendigkeit bezeichneten, ist die Deputiertenkammer damals provisorisch geschlossen und die Anwendung der Verfassung suspendiert worden, bis die Verdrängung zu dem Grade des Fortschrittes gelangt war, den man von der Beseitigung des öffentlichen Unterrichtes erhoffte, und die Zusammenberufung der Kammer ist bis zu dieser erwünschten Zeit hinausgeschoben worden. Wir haben unsere Bemühungen der Schaffung von Schulen in allen Teilen unseres Reiches gewidmet. Dank der Gnade Gottes ist dieses Ziel erreicht worden. Infolge Fortdauer des öffentlichen Unterrichtes hat sich die kulturelle Höhe aller Klassen der Bevölkerung gehoben, aber infolge des in der Offenheit hervorgetretenen Wunsches und im Hinblick darauf, daß dieser Wunsch gegenwärtig und zukünftig das Wohlergehen unseres Landes zu sichern geeignet ist, haben wir nicht gezögert, trotz derjenigen, welche gegenteiliger Ansicht waren. Wir haben neue Wahlen angeordnet und von neuem eine Deputiertenkammer zusammenberufen. Infolge der Veränderung im Verwaltungswesen haben wir die Würde des Großwesirs als Ali mit Pascha anver-

Kraut. Aber während der unter seinem Präsidium zusammengetretenen Ministerrat mit der Organisation der neuen konstitutionellen Regierung beschäftigt war, erklärte der Fürst von Bulgarien und Wali von Ostromelien aus irgendeinem mit der Treue gegen unser Reich nicht zu vereinbarenden Grunde die Unabhängigkeit Bulgariens. In der Folge hat auch Österreich-Ungarn der hohen Pforte und den Mächten mitgeteilt, es habe sich entschlossen, Bosnien zu annektieren, dessen vorläufige Besetzung ihm durch den Berliner Vertrag anvertraut worden war. Diese beiden wichtigen Ereignisse, die das Recht und die Beziehungen zu uns betreffen, haben unser lebhaftes Bedauern hervorgerufen. Infolge dieser Verletzungen haben wir unserem Ministerrat es überlassen, daß er Sorge trage für die nötigen Anordnungen zur Verteidigung der Rechte des Staates. In diesen Fragen sowohl wie überhaupt in der ganzen Angelegenheit wünschen wir die Unterstützung und den Beistand des Parlaments. Bei den guten Beziehungen, wie sie zwischen unserem Reich und allen Mächten bestehen, hoffen wir fest, daß unter dem Beistand der freundlichen Großmächte die schwebenden politischen Fragen eine gute Lösung finden werden. Es ist unser lebhafter Wunsch, daß die Finanzen in Ordnung gebracht, das Gleichgewicht des Budgets hergestellt, die Wohlfahrt unseres Reiches gefördert, die Zahl der Schulen vermehrt und diese selbst reorganisiert werden zum Zwecke der Verbreitung der Literatur, der Künste und der landwirtschaftlichen Kenntnisse. Ferner wünschen wir, daß unser Landheer und unsere Flotte vergrößert und vervollkommen werden. Und wir hoffen auch, daß die Abgeordneten sich der Mühe unterziehen werden, die diesbezüglichen von den verschiedenen staatlichen Departements ausgearbeiteten Gesetzentwürfe zu prüfen, um Gesetze zu schaffen, die der Genehmigung des Senats unterbreitet werden können. Indem wir unserem Lande Glück und Segen wünschen, wollen wir heute die Kammer eröffnen. Wir wünschen der Nation ein glückliches Gedeihen. Unser Verlangen, das Reich der Verfassung gemäß regiert zu sehen, ist fest und unabänderlich. (Langanhaltender Beifall und Hochrufe auf den Sultan.) Gott möge geben, daß die Arbeit der Deputiertenkommission dem Lande zum Segen gereiche. Möge das Reich jeglicher Wohlfahrt teilhaftig werden. Der Allerhöchste verleihe und allen Erfolg. (Beifall.)

Der Senat.

Frankfurt a. M., 17. Dezember. Wie die „Frankf. Ztg.“ aus Konstantinopel meldet, erfolgte gestern die Ernennung von Senatoren. Die Zahl derselben beschränkt sich auf 42 anstatt auf 80, bis zu welcher Zahl die Verfassung hinaufzugehen gestattet. Der Senat setzt sich aus älteren Beamten und Generalen zusammen, welche seit sämtlich unter dem alten Regime eine Rolle gespielt haben.

Gewerkschaftliches.

Mensch, bezahle deine Stempelsteuer!

Im lothringischen Bergarbeiterstreik verunglückte am 27. November bekanntlich der Arbeitswillige Wahl an Stidgafen, wurde benutzlos aus der Grube geschafft und im Kutschwagen des Direktors nach seiner Wohnung gefahren, wo er sich wieder erholt und dann dem Streikbureau die Angaben machte, daß die Grube noch genau so voller Stidwetter stünde als vor Ausbruch des Streiks. Als diese Aussage in der Presse erschien, schaffte man den Mann nach Karlingen ins Knappschaftslazarett, damit er nicht mehr mit den Streikenden in Verbindung komme. Als der Streik für beendet erklärt war, wurde Wahl aus dem Knappschaftslazarett als „gebeilt“ entlassen, erhielt auf der Grube jedoch die Abfehr! obwohl er während des Streiks sein Leben für die Verwaltung aufs Spiel gesetzt und 10 Kinder zu ernähren hat! Wahl, der mehrfach an Stidgafen erkrankt war, fühlte sich noch nicht wieder völlig hergestellt und forderte deshalb von neuem einen Krankenschein. Betriebsführer Schmidt verweigerte am 8. Dezember die Ausfertigung eines Krankenscheines, schickte den Mann vielmehr nach Karlingen zum Hauptbureau des dortigen Knappschaftsvereins. Hier wurde der Mann ebenfalls abgewiesen, da der Krankenschein auf der Jecher auszustellen sei. Wahl wanderte vom 8. bis 11. Dezember zwischen Merlenbach und Karlingen, um sich einen Krankenschein zu erbetteln und, da er immer wieder abgewiesen wurde, suchte er Hilfe beim Arbeitersekretariat in Saarbrücken. Der Arbeitersekretär wandte sich sofort telephonisch an die kaiserliche Berginspektion in Saargemünd, erhielt jedoch den Bescheid, daß der kaiserliche Bergmeister per Draht nicht zu erreichen ist, da er keinen Telephonanschluß habe. Darauf wurde die Kreisdirektion in Forbach angerufen, die sich für — unzuständig erklärte. Dieselbe Kreisdirektion, die sich während des Streiks für zuständig hielt, hielt sich für unzuständig, einem Arbeiter einen Krankenschein zu verschaffen. So blieb nichts anderes übrig, als ein Beschwerde schreiben an die kaiserliche Berginspektion zu Saargemünd zu richten, auf das dem Sekretär folgende Antwort wurde:

Kaiserlicher Bergmeister
Saargemünd.

J. Nr. 3720. Saargemünd, den 15. Dezember 1908.
Auf das Schreiben vom 19. d. M. benachrichtige ich Sie, daß der Bergmann Nikolaus Wahl einen Bescheid erhalten wird, sobald er sich in dieser Angelegenheit unmittelbar schriftlich oder persönlich an mich wendet, da keine Gründe vorliegen, die diesen kürzesten und einfachsten Weg verhindern.

Im übrigen sende ich Ihnen die ausgestellte Vollmacht in der Anlage zurück und mache gleichzeitig darauf aufmerksam, daß diese gemäß §§ 88 und 6 des Stempelgesetzes vom 21. Juni 1867 der Stempelspflicht unterliegt.

J. B.: Goebel, Bergassessor.

Nicht nur eine glatte Absage einer höflichen Beschwerde, sondern sogar noch der charakteristische Hinweis auf das Stempelgesetz für eine Beschwerdevollmacht kennzeichnet den Geist dieser Behörde. Und zu einer solchen Behörde soll ein Bergmann noch Zutrauen haben!

Berlin und Umgegend.

Der Schiffseigner Wunsch sendet uns folgende Zuschrift: In Nr. 203 Ihres Blattes brachten Sie am 15. d. M. einen Artikel mit der Überschrift: „Mißstände auf Spree und Havel dampfern“. Auch ich gehöre mit meinem Dampfer „Ida“ zu den darin angeführten. Doch entsprechen Ihre Angaben nicht der Tatsache. Ich bin als Eigentümer des Dampfers „Ida“ selbst Kapitän. Unter den übrigen nach polizeilicher Verordnung an Bord befindlichen weiteren drei Mann Besatzung ist mein Heizer über 19 Jahre alt und organisiert! Die anderen 2 Mann sind bereits seit langer Zeit bei mir an Bord. Auch habe ich meinen Dampfer stets mit voller Mannschaft besetzt gehalten. Heinrich Wunsch.

Deutsches Reich.

Und noch eine Weihnachts-Ausperrung.

100 Arbeiter vom Kaliwerk Behenrode bei Königslutter erhielten als Weihnachtsgeschenk ihre Kündigung zugestellt. Unter den Kündigten befinden sich Arbeiter, die acht und neun Jahre auf dem Werk beschäftigt waren. Auf diese Art wird den Arbeitern

durch die Taten der Kapitalisten beigebracht, wie „vorzüglich“ die „Ordnung“ im heutigen Klassenstaat ist.

„Paßt sie beisteln gehn, wenn sie hungrig sind!“ Nach diesen Worten handeln die Kapitalisten, denen während der guten Geschäftszeit die Taten durch die Tätigkeit der Arbeiter gefüllt worden sind und die nun ihre Arbeiter rücksichtslos auf das Straßpflaster werfen, damit nicht der eigene Profit leidet.

Daß die Arbeiter ein Recht haben, mit dieser „Ordnung“ unzufrieden zu sein, die nur Elend, Plackerei und Rechtslosigkeit für sie kennt, das wird von der bürgerlichen Presse und ihren Geldgebern auf das entschiedenste bestritten. Immer hübsch zufrieden sein mit den anarchischen Zuständen im heutigen Klassenstaat, immer hübsch Hurrarufen bei allen möglichen Gelegenheiten, wenn auch der Magen knurrt, das verlangt die bürgerliche Gesellschaft von denselben Arbeitern, denen sie das Leben einfach zur Hölle macht. Das rücksichtslose Vorgehen der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiter auf politischem Gebiete, die rücksichtslose Heberantwortung Hunderttausender von Menschen dem Hunger, der Not, dem Elend durch die „Staatsbehörden“ — Unternehmer wird ebenso vielen Proletariern die Augen öffnen über die Unsinntigkeit der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung, die von Ministern und schwarzen und blauen Gendarmen gestützt wird.

Keine Macht der Welt wird es verhindern können, daß durch das entschlossene Elend der Krise der Sozialdemokratie weitere Hunderttausende als Anhänger zugeführt werden. Den Arbeitern erwächst die Pflicht, ihre Organisationen aufs intensivste auszubauen. Nur der feste Zusammenschluß in den sozialdemokratischen Organisationen, nur die Unterrichtung über die Ursachen des Elends durch die Arbeiterpresse ist imstande, den Arbeitern in ihrer Not einen Rückhalt zu bieten, ihnen den Weg zu zeigen, wie die heutige Ordnung des Hungers und des Elends beseitigt werden kann.

„Schwerste Strafe dem, der andere an freiwilliger Arbeit hindert.“

In Graubenz soll am Freitag, den 18. Dezember, ein Arbeitgeberverband gegründet werden. Auf der Einladung zu der Gründungsversammlung wird als Hauptzweck des Verbandes erklärt: Die Verpfändung der Mitglieder, keinen Arbeiter zu beschäftigen, der in der letzten Arbeitsstelle, unbekümmert darum, ob der betreffende Arbeitgeber Mitglied der Vereinigung ist oder nicht, vertragsbrüchig geworden oder in einen unberechtigten Streik eingetreten ist. Wenngleich in der gegenwärtigen Zeit der niedrigen Konjunktur Vertragsbrüche usw. nur selten zu verzeichnen sind, so ist doch gerade eine solche Zeit geeignet, den Zusammenschluß der Arbeitgeber herbeizuführen, damit in Zeiten des Aufschwungs des Erwerbslebens eine geordnete und leistungsfähige Vertretung der Interessen der Arbeitgeber vorhanden ist.“

Also auch hier die Ausnutzung der Krise gegen die kämpfenden Arbeiter.

Arbeitslosenzählung in Dortmund.

Das Dortmunder Gewerkschaftsamt hat an den Magistrat der Stadt Dortmund folgenden Antrag gestellt:

Als Vertreter der freien Gewerkschaften in Dortmund richtet das unterzeichnete Gewerkschaftsamt an den Magistrat den Antrag, zum Zweck der Ausfertigung einer Ende Januar oder Anfang Februar 1909 von diesem Ratell vorzunehmenden allgemeinen Arbeitslosenzählung in Dortmund einen angemessenen Betrag aus städtischen Mitteln dem Gewerkschaftsamt zur Verfügung zu stellen. Begründend führen wir aus, daß nach den Erfahrungen der organisierten Arbeiter die Arbeitslosigkeit in Dortmund in weit größerem Umfang vorhanden ist, als es bei der Behandlung der Rothkrankheitsinterpellation im Dortmunder Magistrat hingestellt worden ist. Durch eine allgemeine Zählung soll die Zahl der Arbeitslosen festgestellt werden, um danach entsprechende Maßnahmen begründen und in Angriff nehmen zu können.

Ob dem Antrage stattgegeben wird, ist mehr als zweifelhaft. In Dortmund hat man wohl für Gefangnisse, Hundeausstellungen und allerhand Kongresse Geld übrig gehabt, aber für Veranhaltungen der Arbeiter noch nie einen Pfennig bewilligt. Der Dortmunder Magistrat hat es sogar noch stets abgelehnt, die Delegationskosten der Arbeiterdelegation des Gewerkschaftsamt zu den Gewerkschaftskongressen zu tragen. Immerhin darf man gespannt sein, welche Haltung die sogenannten Arbeitervertreter der Zentrumsfraktion einnehmen werden, wenn der Antrag dem Stadtverordnetenkollegium vorliegen wird.

Abgelehnter Einigungsvorschlag.

Die Streikenden der Sirebelwerke in Mannheim haben trotz angebotener Generalausperrung mit 397 gegen 31 Stimmen die Einigungsvorschläge des Oberbürgermeisters abgelehnt.

Ausland.

Allgemeine Metallarbeiterausperrung in Helsingfors.

Die Metallindustriellen der finnischen Hauptstadt haben eine allgemeine Ausperrung beschlossen und ihren Arbeitern bereits die Kündigung ausgestellt. Mit dem 31. Dezember soll die Arbeit auf allen Werksstätten der Metallindustrie von Helsingfors aufhören. Von der Ausperrung werden ungefähr 2000 Arbeiter betroffen. Der Grund dieser Maßregel des Unternehmertums ist, daß die Arbeiter sich weigern, einen neuen Tarifvertrag auf zwei Jahre anzuerkennen, durch den die Löhne bedeutend herabgesetzt werden sollten.

Die Wahlrechtsverschlechterer im Rixdorfer Rathaus.

Das elendeste aller Wahlsysteme, das Dreiklassenwahlrecht schien, nachdem es der Sozialdemokratie Rixdorfs bei der letzten Stadtverordnetenwahl gelungen war, in die zweite Wählerklasse einzubringen, den Bürgerlichen noch zu gut. Solange die sozialistische Arbeiterklasse Rixdorfs nur in der dritten Klasse vertreten war, herrschten die Bürgerlichen unumschränkt. Die Zweidrittelmajorität, die notwendig ist, grundlegende Änderungen im Ortsstatut vorzunehmen, war ja in ihren Händen. Dieser für die Besitzenden vorhandene Idealzustand wurde durchbrochen durch die Wahl sozialdemokratischer Vertreter in der zweiten Abteilung. Das empörte die Besitzenden, die sich allein mit dem Privilegium, Vertreter der ersten und zweiten Wählerklasse zu sein, ausgestattet glaubten. Sie sammelten auf Mittel, um für die Zukunft ein für alle mal zu verhindern, daß sich Vertreter des Proletariats in ihren Machtbereich wagen. Noch vor Tagesbruch, bevor die neugewählten Vertreter der Sozialdemokratie in ihr Amt eingeführt werden, hatten sie ja noch die Macht, eine Änderung der Steuereinteilung für spätere Wahlen herbeizuführen. Zu diesem Zwecke brachten sie in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung einen Antrag ein, nach welchem der Abschluß für die dritte Wählerabteilung nicht mehr der einfache, sondern künftig der anderthalbfache Durchschnittssteuertarif maßgebend sein soll. Das bedeutet, daß die Steuergrenze zwischen der zweiten und dritten Abteilung von 78 auf circa 110 bis 120 M. festgelegt wird. Mit der Beratung dieses Antrages hatten es die Bürgerlichen so eilig, daß sie einen Dringlichkeitsantrag unserer Genossen, betreffs Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung und Gewährung einer Rubezeit an die Arbeitslosen vor dem Wahlrechtsantrag zur Beratung zu bringen, ablehnten. Die Entrechtung der werktätigen Bevölkerung erwidert der Mehrheit also viel wichtiger, als die Linderung der Not der Arbeitslosen. Der Wahlrechtsraub war für die bürgerliche Mehrheit dringender, trotzdem Genosse Groger

bei der Begründung, den Dringlichkeitsantrag vor dem Antrag der Bürgerlichen zu verhandeln, auf das bevorstehende Fest der Liebe verwies. Es sei an diesem Fest Pflicht der Gesellschaft, meinte der Redner, die Not der durch die wirtschaftliche Lage in Mitleidenschaft Gezogenen zu mildern. Der Antrag unserer Genossen wurde mit 40 gegen 19 Stimmen abgelehnt. Hierauf unternahm es der den Wahlrechtsverschlechterungsantrag mitunterzeichnende Stadtverordnete Rahmig den Antrag zu begründen. Eine Anzahl seiner Gesinnungsgenossen werden ihn um seine Aufgabe nicht beneidet haben. Welche Gründe führte nun der Redner für den Antrag an? Er bemängelte, daß die außerhalb wohnenden Grundbesitzer Rixdorfs als städtische Steuerzahler nicht genügenden Einfluß auf die Geschicke der Stadt hätten und wünschte, die Großstadt Rixdorf unter ein Stück der Landgemeindeförderung gestellt. Solange das Dreiklassenwahlrecht bestünde, meinte Herr Rahmig, müsse auch eine gerechte Rechtsverteilung Platz greifen. Den großen Verpflichtungen der Steuerzahler müßten auch die gehörigen Rechte eingeräumt werden. Zum Schluß erlaubte sich der Redner sogar den Scherz, um einstimmige Annahme des Entrechtungsantrages zu bitten. Herr Rahmig schien gar nicht zu ahnen, wie sehr er sich als Begründer dieser bürgerlichen Spottgeburt vor den Augen aller gerecht denkenden Menschen herabschickte. Mit Recht wurde dem bürgerlichen Redner von unseren Genossen zugerufen, er möge doch die wahren Gründe des Antrages sagen. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte hierauf, den Antrag Rahmig und Genossen abzulehnen, dafür aber eine Petition um Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts für die Kommunen an den preussischen Landtag zu beschließen. In großen Zügen begründete Genosse Pagels den sozialdemokratischen Antrag, indem er zunächst auf die Widersinnigkeit des Dreiklassenwahlrechts verwies, um alsdann den Antrag der bürgerlichen Vertreter auf seinen wahren Wert zu prüfen. Mit diesem Antrag, bemerkte unser Genosse, bezwecke man nur, Tausende der jetzt noch in der zweiten Wählerklasse wählenden Arbeiter, Beamte und Kleinbürger in die dritte Wählerklasse zu stoßen, um so einer kleinen Interessengruppe die Geschicke der Stadt in die Hand zu geben. Wie wenig hierzu eine Veranlassung vorliegt, bewies der Redner an dem langjährigen segensreichen Wirken der sozialdemokratischen Stadtverordneten. Den Wahlrechtsverschlechterern schien das wichtige Material, welches unser Redner als Beweis hierfür ins Feld zu führen wußte, ungeliegen zu kommen. Denn die Herren verließen bis auf wenige den Sitzungssaal, um sich außerhalb desselben zu unterhalten und die Sitzung zu stören. Schier endlos war das kommunale Sündenregister, das Pagels den bürgerlichen Wahlrechtsfeinden verlas. Die Vorlage sei nichts anderes, als ein Angstprodukt des sozialpolitischen und freiheitlichen Rückstands der Bürgerlichen. Wer sich noch eine gerechte und freideutliche Anschauung bewahrt habe, könne unmöglich einem derartigen reaktionären Nachwerk zustimmen.

Die Verhandlungen dehnten sich bis in die Nachtstunden aus und waren bei Schluß der Redaktion noch nicht beendet. Bemerkten wollen wir, daß einem Vertreter unseres Blattes, der Erkundigungen einziehen wollte, von dem an der Tür postierten Rathausdiener der Eintritt in das Rathaus verweigert wurde. Die Möglichkeit, den Herrn Inspektor zu sprechen, war nicht gegeben.

Die Demonstration der Rixdorfer Bevölkerung.

Während unsere Genossen im Sitzungssaale den Kampf mit den Feinden des Wahlrechts führten, versammelte sich vor dem Rathaus eine vieltausendköpfige Menschenmenge, die in Spannung wartete, was drinnen beschlossen würde. Ein starker Polizeifordon war aufgebogen, um die in solchen Fällen „gefährliche Ordnung“ aufrechtzuerhalten. Lange vor Beginn der Sitzung waren die Tribünen des Sitzungssaales im Rathaus besetzt. Ueber 1000 Personen habe man, so meinte der Oberbürgermeister Kaiser in der Versammlung, schon lange vor der Sitzung wegen Platzmangel zurückweisen müssen. Das ist ein Beweis dafür, wie sehr die Bevölkerung an der zur Behandlung stehenden Frage interessiert war. Die Absicht, ein Wahlrecht zu verschlechtern, das schon den Besitzenden einen so ungeheuren Einfluß gewährleistet, treibt zur Empörung und zur Erbitterung. Die Erbitterung wächst, wenn außerdem die Feinde der Freiheit und des Rechts keine durchgreifenden Maßnahmen treffen, um der gegenwärtigen Not und dem Elend Einhalt zu tun. Hunger und Verschlechterung des Wahlrechts, das waren die Gaben, die die reaktionäre Rathausmehrheit Rixdorfs der Arbeiterbevölkerung auf den Weihnachtstisch legen wollte. In der späten Abendstunde zerstreute sich die Menge; die Polizei aber blieb noch in beträchtlicher Zahl vor dem Rathaus.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Großfeuer.

Köln, 17. Dezember. (W. T. B.) Das Zentrum der Stadt sowie ein ganzes Stadtviertel sind durch eine Feuersbrunst zerstört worden. Verschiedene Hotels, Engrosmagazine und Warenlager wurden vernichtet. Mehrere Personen sind umgekommen.

Beständiger Mörder.

Trier, 17. Dezember. (W. T. B.) Der Techniker Raagh, der sich wegen des am 9. Dezember im Eisenbahncoupe an dem Agenten Regen begangenen Mordes in Haft befindet, hat seine Schuld gestanden.

Freut Euch, Gläubige.

Rom, 17. Dezember. Der Papst erließ eine Verfügung, wodurch den Katholiken der Fleischgenuss am Neujahrstage gestattet wird, da dieses Fest diesmal auf einen Freitag fällt.

Die revolutionäre Bewegung in Indien.

London, 17. Dezember. (W. T. B.) Die „Daily Mail“ aus Kalkutta meldet, schließt die indische Regierung auf Grund des neuen Ausnahmegesetzes nicht nur die revolutionären Komitees, sondern auch Fußball- und Turnklubs. — „Daily Telegraph“ meldet aus Allahabad, es mache sich die Meinung geltend, daß die revolutionäre Bewegung von Organisationen außerhalb Indiens stimuliert werde. Es sei deswegen zweifelhaft, ob die neuen Gesetze etwas ausrichten können. Die Revolutionspartei in Bengalen ist im Besitz zahlreicher Pistolen. Der Waffenschmuggel dauert schon längere Zeit an.

Der neue Präsident.

Port au Prince, 17. Dezember. (W. T. B.) General Simon ist vom haitianischen Kongress einstimmig zum Präsidenten gewählt worden.

Klassenmoral.

Von einem Mitarbeiter wird und geschrieben: Im 1. Dezemberheft der Frankfurter Halbmonatsschrift „Das freie Wort“ ist ein Artikel enthalten: „Klassenmoral“ von Viktor Rood. Der Artikel beschäftigt sich ausschließlich mit der sozialdemokratischen Partei und operiert mit den abgebrauchtesten Schlagworten, wie „Geschäftssozialismus“, „Gefinnungsgünstigkeit“, „Bureaufraßen des Marxismus“, „Parteidudler“ usw. Als zeitgemäße Neubildung kommt die „rote Akademie“ als „Unteroffizierschule der Radikalen“ hinzu.

Ein sich könnte man über die sieben Seiten mit einem mitleidigen Lächeln hinweggehen, denn Herr Rood ist der letzte, der berechtigt ist, Angriffe gegen die sozialdemokratische Partei zu machen, fügt sich doch seine gründliche Kenntnis des Parteiprogramms und der Parteibewegung lediglich auf Beobachtungen, die er während einer ganzen halbjährigen Mitgliedschaft in einem kleinen Verein, kleinerer Ortschaften und bei dem Besuch von ganzen zwei Parteiveranstaltungen erlangt hat; aber sein Artikel enthält einige spezielle Ausführungen über die Verhältnisse an einem bestimmten Parteiorde. Das zwingt uns die Feder in die Hand, um von vornherein dem von Herrn Rood veröffentlichten Material die richtige Beleuchtung zu geben, ehe der Reichstagsgenosse sich auf das gesunde Freieschreiben stürzt.

Herrn Viktor Rood haben es die Parteiverhältnisse in den Unterwerferorten (Bremerhaven, Westmünde und Lehe) angetan, eben jene Orte, wo er seine halbjährige Parteizugehörigkeit gemittelt hat; denn früher war er aus Prinzip weder gewerkschaftlich noch politisch organisiert, wie er selbst einmal mit Empfindlichkeit hervorhob. Und was er in dem halben Jahre an dem einen Orte unter seinem eigenartigen Gesichtswinkel gesehen hat, bildet die Grundlage für seine „Klassenmoral“.

Ueber das von Herrn Rood entdeckte ungeheure „Verbrechen“ der „Radb.“ „Volkstimme“, des Parteiorgans der Unterwerferorte, während des Bremerhavener „Karnevals“, der Kreismarktwoche, in der launigen Verführung des Trubels im Lokalteil 16 Aneipen neben anderen Marktstübenarbeiten aufgeführt zu haben, gehen wir hinweg mit der Bemerkung, daß dies in den Augen des Herrn Rood als „Bauschruischen der Parteiredakteure vor dem gewaltigen Parteibudifer“ erscheint. Beachtenswerter ist schon, daß er behauptet, der „Verantwortliche“ der „Volkstimme“ habe es abgesehen, eine derbe Kritik an seiner (Roods) Feder über eine Spiritistenversammlung in Bremerhaven zu bringen, weil der damalige Parteivorstand selber Spiritist gewesen sei. Das heißt gesumert. Das Roodische Anerkennen wurde vielmehr abgelehnt, weil der Redakteur selbst in der Versammlung war, eines Verdictes von dritter Hand also nicht bedurfte.

Herr Rood hat auch eine „direkt feindselige Stellungnahme der Sozialdemokratie gegenüber den Aufklärungsbestrebungen in religiösen Fragen“ entdeckt. Er will dafür einen ganzen Haufen Beweise haben. Diejenigen, die er anführt, sind etwas komischer Art. Der „erste“ Redakteur des sozialdemokratischen Organs läßt seine „blutjunge Frau feierlich beerdigen“ und „die Führer der Sozialdemokratie marschieren hinter dem Herrn Pastor im Ornat durch die Straßen der Stadt“.

Der in Betracht kommende Genosse erfüllte aus Mitleid den Wunsch einer Sterbenden, die nach jahrelangem Krankenlager in den letzten Wochen ihres jungen Lebens priesterlichen Zuspruch begehrte. Er wollte seiner dem Tode geweihten Frau den Wunsch nicht verweigern; und er konnte dies nach dem Grundsatze, daß die Religion Verwaisung ist. Doch Herr Rood soht diesen Grundsatz anders auf. Er hält es für die Pflicht jedes Parteigenossen, ertrugterter Präsident zu sein, wie auch er während des halben Jahres Freiender geworden ist. Er spricht deshalb auch einem „alten sozialdemokratischen Parteisekretär“ jede „intellektuelle Redlichkeit“ ab, weil er nicht aus der Landeskirche austritten wolle, um seiner Tochter die Möglichkeit des Lehrerberufs nicht zu nehmen.

Sozialdemokraten, sogar „herverragende“, heißt es weiter, schlagen sich zu „den Agenten der Reaktion“, weil sie die Art, wie die Gründung einer „proletarischen Freienderbewegung in den Unterwerferorten“ erfolgte, bekämpften, und dieses Verhalten nicht die Billigung des Herrn Rood fand, der eben in der Freienderbewegung landete.

Das Parteiblatt schreibt „fulminante Artikel gegen die Schundliteratur“. Ein sozialdemokratischer Stadtverordneter und Firmen-

mitinhaber aber treibt „einen ganz unverhüllten, schamlosen Handel mit graufiger Schundliteratur“.

Die Gegenüberstellung dieser Tatsachen beweist eigentlich die Freiheit der Parteiredaktionen, die Herr Rood in der von uns hier nicht gewürdigten Einleitung seines Artikels als „viel drückendere, geistige Unfreiheit und Bestimmungszwang, wie er in bürgerlichen Blättern herrscht“, hingestellt hat. So frißt das Ende der „Klassenmoral“ den Anfang auf.

Warum schreibt aber Herr Rood über „sozialdemokratische Klassenmoral“?

Weil er sich als das arme, unschuldig verfolgte Opfer derselben hinstellen will:

„Ohne Erbarmen schreitet das schwere marxistische Roß über zerbrochene Existenzen. Mag es einer noch so ehrlich gemeint haben mit der Partei, mag er noch so viele Opfer gebracht haben, um seine sozialdemokratische Lieberzeugung zu bekennen, mag er sein Familienglück, seine sorgenfreie bürgerliche Existenz, um diesen Preis hingeworfen haben — hat er sich nicht stets und ständig marxistisch gefinnungsgünstig erwiesen, hat er vielleicht gar, von Not gedrängt, für ein für bürgerliches Blatt gearbeitet, oder sitzt an einflussreicher Stelle in der Partei ein kleiner Paralytiker, mit dem er mal einen Konflikt gehabt hat, — es schaltet ihn die Zentralgewalt aus. Er flüchtet sich in den entlegensten Winkel, das Berliner Pressebureau verfolgt ihn. Wagt es auch nur das winzigste Parteiblättchen, dem Unglücklichen ein paar Artikel abzunehmen, um ihn vor dem gänglichen Konkurs zu bewahren, so erfolgt von Berlin aus schlaunigt ein gepfeffertes Kaffiber, und die Sklaven in den Provinzredaktionen haben gehorchen gelernt. Der Gedächtnis muß aufs neue zum Wandertab greifen.“

Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit!“

So, Herr Rood! Wie tief er in das Wesen der Partei und der sozialdemokratischen Presse während seiner halbjährigen Mitgliedschaft eingedrungen ist, zeigt seine Verurteilung über das Pressebureau und dessen angeblichen Einfluß. Die Genossen im Pressebureau werden sicher sehr erstaunt sein über die Macht, die ihnen hier angedichtet wird.

Nun noch ein paar Worte über den Verfasser der „Klassenmoral“ selbst! Herr Viktor Rood kam in die Unterwerferorte als unbekannter Gröbe und brachte nichts mit als eine ziemlich genaue Kenntnis des Berliner Nachtlebens, die er sich beruflich — er ist Musiker — erworben hatte. (Man vergleiche „Was ein Berliner Musikant erlebte“, von Viktor Rood in den „Großstadtbeobachtungen“). Bald häupte er vom Klavierstuhl aus den Redaktionsfesten eines bürgerlichen Blattes, des aus lokalpatriotischen Gründen ins Leben gerufen, in der kurzen Zeit seiner Existenz von der unparteilichsten Unparteilichkeit über konservativ-nationalliberal-freisinnige Tendenzen hinweg schon in allen Farben geschiller hatte. Das Blatt brachte es aber in kürzester Frist zwar auf eine ganz respektable Redakteurzahl, aber auf keine Abonnenten. Herr Rood wollte es zu einem Organ des „neuen Mittelstandes“ und des „radikalen Kleinbürgertums“ machen, hatte damit aber kein Glück. Da er nicht reüssierte, bekam sein Chef, der als lauchender Erbe die Hinterlassenschaft der zeitungsgründenden spießbürgerlichen K.-G. für ein Futterbrot erworben hatte, mit seinem Redakteur Rood und setzte ihn kurzweg an die Luft.

Voraus war eine Kontroverse des neuen Redakteurs mit einem Parteiblatt gegangen, weil dieses in ihm einen Apostaten vermutete, da zu gleicher Zeit Herr Rood Artikel in der „Neuen Zeit“, „Neuen Gesellschaft“ usw. veröffentlichte.

Nach dem Bruch mit seinem Chef ließ der, der eben noch erklärt hatte, aus Prinzip nie politisch und gewerkschaftlich organisiert gewesen zu sein, den sozialdemokratischen Führern in den Unterwerferorten die Türen ein. Zugleich trat er nach einem feierlichen öffentlichen Uebertritt in einen sozialdemokratischen Verein ein. Da ihm aber die Sozialdemokratie keine Existenz am Orte schaffen konnte und auch seine Bewerbungen am Parteistellen in anderen Orten erfolglos blieben, zog er schließlich von dannen. Auch anderswo scheint man den Sozialdemokraten Rood nicht mit begeisterten Armen aufgenommen zu haben. Daraus erklärt sich sein Schiemerguß über die Partei.

Die meisten bürgerlichen Journalisten unternehmen die Fahrt in das „rote Lager“ mit von himmelsfürmenden, vollbeglückenden Idealen geblähten Segeln.

O, diese Enttäuschung!“

Wir verstehen Herrn Roods Enttäuschung. Wer nur ein paar sozialistische Wreden flüchtig zusammengeselen hat, wer noch den

bürgerlichen Himmel voll Segen hängen sieht und nur aus der Notlage einer Stunde Unterschlupf in der Partei sucht, dem wird die Propagierung des proletarischen Klassenkampfes selbstverständlich zur Enttäuschung — wenn er sein Vernünftiges, eine „Futterstelle“ zu erhalten, scheitern sieht. Er fñht sich dann à la Rood als Opfer.

Radbod.

Zu der Verichtigung der Bergwerksgesellschaft Erier, G. m. b. H., die wir am Dienstag (Nr. 293 des „Vorwärts“) veröffentlichten, wird uns von einem Arbeiter, der bei den Rettungsarbeiten mitwirkte, geschrieben:

„Die Bergwerksgesellschaft Erier sagt in ihrer Verichtigung unter anderem:

„Der Artikelschreiber stellt aber ferner die Behauptung auf, durch Wassermangel sei die Explosion in ihrer Ausdehnung gefördert worden. Woher er diese Kenntnis schöpft, wird nicht gesagt. Tatsache ist, daß die Verriegelungsleitung nach der Explosion am Fallorte der zweiten Sohle im Schachte selbst zerfallen war und daß das Wasser aus dem oberen Rohrleitungsstück frei in den Schacht hinunterstürzte. Hieraus darf mit Sicherheit geschlossen werden, daß vor der Explosion dem Leitungsnetz Wasser zugeführt wurde.“

Dem gegenüber sei folgendes bemerkt:

„Ich bin gleich mit der ersten Rettungskolonne hinuntergefahren, um mich an der Bergung der eingeschlossenen Kameraden zu beteiligen. Wenn das Wasser frei in den Schacht hinuntergestürzt wäre, hätte ich das unbedingt merken müssen; ich habe aber nichts derartiges wahrgenommen. Selbst dann, wenn das Wasser zur Zeit, als ich einfuhr, schon abgestellt worden war, hätten sich doch noch die Spuren des vorher hinabgestürzten Wassers bemerkbar machen müssen, indem der Schacht sehr naß gewesen wäre. Aber auch davon habe ich nichts gemerkt. Ich bin trotz der Verichtigung der festen Lieberzeugung, daß in der dem Unglück vorausgegangenen Nacht kein Verriegelungswasser vorhanden gewesen ist. Durch die obige Behauptung hat die Werksverwaltung nichts bewiesen.“

(Folgt Interchrift.)

Aus der Partei.

Gemeindevahlen in Württemberg.

Die Erfolge mehren sich. In Ruit wurden zwei Sozialdemokraten in den Bürgerausschuß gewählt, in Ohweil behauptete die Sozialdemokratie ihre zwei Mandate, in Schwäbisch-Gmünd ziehen zum ersten Male zwei Sozialdemokraten in den Bürgerausschuß ein. In Feuerbach bei Stuttgart ging der sozialdemokratische Wahlvorschuß mit vier Genossen glatt durch. Die Gegner brachten nicht einen Kandidaten durch. Nach der strupellosen Dege der im Feuerbacher „Bürgerbund“ vereinigten bürgerlichen Parteien gegen die sozialdemokratischen Gemeindevorteiler ist der schöne Sieg doppelt erfreulich. In Göppingen brachten unsere Genossen auf den ersten Anlieh vier Genossen in den Bürgerausschuß, zum größten Entsetzen der Gegner, die einen solchen Ausfall der Wahl für unmöglich gehalten hatten. Unsere Heilbronner Genossen hatten zwei Mandate zu verteidigen. Sie gaben den beiden alten gleich drei Mann Verstärkung mit auf den Weg. Der Einwohnerausschuß von Vitzach hat die kommunale Tätigkeit unserer beiden Genossen im Bürgerausschuß so gut gefallen, daß sie diesmal vier Sozialdemokraten wählte. In Klingenberg wurden zwei Sozialdemokraten gewählt. Heidenheim hat auch Appetit auf sozialdemokratische Gemeindepolitik bekommen, weshalb der Bürgerausschuß der Sozialdemokratie drei Mandate übertrug. In industriereichen Städten wie in rein häuerlichen Gemeinden, in der Großstadt wie im weisfremden Schwarzwalddörferchen, überall hat die Sozialdemokratie festen Fuß gefaßt und ist im siegreichen Vordringen begriffen, von überall her werden zum Teil ganz überraschende Siege gemeldet.

Kleines Feuilleton.

Das Mittelglied zwischen Mensch und Affen. Ueber die telegraphisch gemeldeten, Aufsehen erregenden Mitteilungen, die der Direktor des Naturhistorischen Museums Perrier auf Grund einer Arbeit von Boule der Pariser Akademie der Wissenschaften gemacht hat und die sich auf die Auffindung eines Skeletts beziehen, das ein Zwischenglied zwischen Mensch und Affen darstellt, werden jetzt genauere Einzelheiten berichtet. Die Entdeckung ist das Ergebnis der Ausgrabungen, die die Abbés Douglioni und Gordon bei Chapelle-aux-Saints in der Corréze vorgenommen haben; hier fanden sie den nur leicht beschädigten Schädel und die Gliedmaßen eines Wesens, dem ein besonderer Name gegeben werden muß, da er der lebenden Menschengattung nicht angehört und zugleich in wesentlichen Merkmalen von den Affen sich unterscheidet. Die Gebeine wurde in der Pleistocänen-Schicht gefunden, der geologischen Formation, die etwa dem Ende der Tertiar- und dem Anfang der Quartärzeit angehört. Neben dem Webeinen fand man die Zähne eines Rhinoceros. Jener Mensch, den Perrier in seiner Mitteilung als den ältesten der Welt bezeichnet, lebte in einer Zeit, da das Klima Frankreichs also nahezu tropische Eigenschaften aufweisen mußte, in einer Epoche, in der die Fauna sich aus dem langhaarigen Mammut, dem Rhinoceros und verschiedenen Dirschgattungen zusammensetzte. Die genaue Untersuchung des Schädels ergab eine Reihe bisher noch nicht beobachteter Eigentümlichkeiten. Die Stirnlade ist fast verlängert und der Kiefer enthält keine Eckzähne. Die Schädelhöhle zeigt in ihrem Volumen menschliche Entwicklung, während in der übrigen die Schädelform, das Hervorragen der Augenhöhlen auf den Affen hindeuten. Die Nase ist außerordentlich groß und von dem Stirnbein durch eine tiefe Furche getrennt. Der schwanzenartige Charakter des Gesichtes ist stark ausgeprägt. Auch die Verleinerung des zitzenförmigen Fortsatzes des Schwanzbeines verbindet diesen Schädel mit dem Affen. Die aufgefundenen Gliedmaßen sind gekrümmt und lassen darauf schließen, daß jenes Wesen meist gekriecht und auf allen Vieren sich fortbewegte. Das scheint auch bestätigt zu werden durch die tiefe Stellung des Hinterhauptloches, die darauf hindeutet, daß der Kopf oft gegen die Erde gebeugt wurde. Die Gehirnanstöße müssen von außerordentlicher Stärke gewesen sein, um den Kopf tragen zu können; man erkennt das aus dem Rastelansatz, der zeigt, daß das Wirbelbein meist in horizontaler Stellung verharrte. So vereinigen sich alle Merkmale, um ein Mittelglied zwischen Mensch und Affen erkennen zu lassen. „Der in der Corréze aufgefundenen Menschentypus muß zwischen dem Dubois'schen Pithecanthropus und den heutigen Menschen eingereiht werden. Er übertrifft den im Neandertal aufgefundenen Schädel an Alter um ein Erhebliches und ist auch älter als der in Spy in Belgien entdeckte prähistorische Menschenschädel.“

Ueber einen kleinen türkischen Journalisten-Rodez berichtet der „Corriere d'Italia“. Dieses Gelehrte, das aus nur sieben Paragraphen bestand, ist als ein Ueberbleibsel des alten Regimes erst

vor einigen Wochen abgeschafft worden. Der Rodez der ottomanischen „Saubengel“ scheint sich seines Wertes oder Unwertes vollaus bewußt gewesen zu sein, denn es hieß im letzten Paragraphen: „Es ist verboten, diese polizeiliche Verordnung in den Zeitungen und nur zu erwähnen, da sich irgend ein übergeleiteter Geist darüber lustig machen und allerlei kritische Bemerkungen daran knüpfen könnte.“ Der Paragraph 1 zeigte sich außerordentlich besorgt um das Wohl des Sultans und um das Gedeihen des Landes; er lautete nämlich: „Man gebe den Vorzug Nachrichten über die kostbare Gesundheit des Sultans und der Prinzen und Prinzessinnen des kaiserlichen Hauses, ferner Nachrichten über den Stand der Ernten, aber nur, wenn diese gut sind, und über den Fortschritt der Türkei.“ § 2 beschwichtigte sich mit den Feuilletons unter dem Strich, die einer strengen Zensur unterworfen wurden, sobald sie nur irgendwie gegen die guten Sitten verstießen; am schönsten aber waren die §§ 3 und 4, welche äußerst weise „moralisch-religiöse“ Vorschriften gaben; es hieß dort: „Man vermeide bei Romanfeuilletons die Worte: „Fortsetzung folgt“, weil sie den Geist des Lesers zu sehr anspannen und aufregen könnten. Man vermeide ferner in Romanen und Artikeln die vielen Gedankenstriche und Punktchen, weil ein solches Schreibverfahren verdächtig ercheinen und Anlaß zu allerlei schlimmen Vermutungen geben könnte; solche Gedankenstriche, die bestimmte Gedanken verbergen sollen, können die Ruhe des Landes stören und den Leser auf dem seelischen Gleichgewicht bringen, was schon öfter vorgekommen ist.“ Die anderen Paragraphen verboten die Taten und Reden der Minister zu kritisieren und Attentate auf ausländische Herrscher oder Anstände in andern Ländern auch nur mit einem Worte zu erwähnen.

Die Grammophon- und Phonographenindustrie. Der große amerikanische Genius, der seit 1700 alle zehn Jahre und neuerdings nach Errichtung des ständigen Pensulantes alle fünf Jahre in den Vereinigten Staaten von Amerika angestellt wird, sucht alle möglichen wirtschaftlichen und sozialen Faktoren zu erfassen, so daß er eigentlich eine ganze große Inventur der amerikanischen Volkswirtschaft darstellt. Unter anderem sind auch Daten vorhanden über die Phonographen- und Grammophonindustrie. Wir erfahren daraus, daß im Jahre 1904/05 in 14 Betrieben, die mit einem Kapital von zusammen fast 37 Millionen Mark und einem Stamm von 537 Angestellten und 8400 Arbeitern arbeiten, für 43 Millionen Mark Erzeugnisse hergestellt wurden. Die fertigen Phonographen und Grammophone hatten einen Wert von 12,5 Millionen, die Platten und Scheiben von 19,7 Millionen Mark und die sonstigen Erzeugnisse von 10,8 Millionen Mark. An Material wurden für 17,5 Millionen Mark Rohstoffe und Halbfabrikate verarbeitet. Wie sehr diese Industrie, die 2,8 Millionen Mark Gehälter und 7,1 Millionen Mark Löhne zahlt, seit 1900, als der vorletzte große Genius stattfand, gewachsen ist, zeigt die Tatsache, daß damals der Wert der hergestellten Erzeugnisse nur 9,4 Millionen Mark betrug, in fünf Jahren also um das dreieinhalbfache gestiegen ist.

Humor und Satire.

Pluralität. Die sächsische Abgeordnetenkammer hat nach wechselvollen Abstimmungen ein Wahlrecht angenommen, an dem

niedrigere Freude hat. Jeder Bürger soll eine Wahlstimme haben; wenn er 50 Jahre alt ist, soll er eine zweite bekommen; diejenigen aber, die durch Bildung oder Besitz privilegiert sind, sollen vier Stimmen haben. Die Abstufung des Stimmrechts ist nach einem ganz rohen Maßstab erfolgt, der sich den verschiedenartigen Verhältnissen der Wähler nicht genügend anpaßt. Das muß anders gemacht werden. 1. Bildung. Beim Abgang von der Schule bekommt jeder fünfjährige Wähler ein Zeugnis, das bei der Wahl vorzulegen ist. Für ein „Gut“ in der Religion erhält er 20 Stimmen, für jedes sonstige „Gut“ je eine Stimme zugelegt. Für jedes „Ungeügend“ wird eine Stimme abgezogen, so daß es auch Wähler mit negativem Stimmrecht gibt. Die von diesen Wählern abgegebenen Stimmen werden bei der Berechnung des Resultats abgezogen; das Ministerium bestimmt, welcher Partei sie abzuziehen sind. 2. Besitz. Das Vermögen ist nicht leicht zu bestimmen; man kann nur nach den Steuerleistungen wählen. Für je 20 M., die der Wähler jährlich an die konservative Parteiklasse steuert, erhält er eine Stimme zugelegt. 3. Gestattung. Die Polizei stellt den Wählern Leumundzeugnisse mit den Nummern 1 bis 5 aus. Nr. 1 erhält 10 Stimmen, Nr. 2 5 Stimmen, Nr. 3 1 Stimme, Nr. 4 5 Minus-Stimmen und Nr. 5 10 Minus-Stimmen extra. Für die Minuswähler gilt das zu 1 Gefolge.

Ein Trost. Das „Gnädige Fräulein“ zu einer armen Frau: „Trösten Sie sich, liebe Frau, ich werde beim nächsten Armenball für Sie tanzen.“ („Jugend.“)

Notizen.

Reinhardt in München. Die Festspiele des Münchener Künstlertheaters werden nun in der Tat im nächsten Jahr von Max Reinhardt geleitet werden, und zwar mit voller Souveränität. Die führende Rolle, die das Berliner Deutsche Theater in Deutschland spielt, wird damit gewissermaßen offiziell anerkannt. Fragt sich nur, wo Reinhardt die neuen Stücke hernehmen will, die auf dieser Bühne, die nun doppelt verpflichtet, die Ehre der ersten Auführung genießen sollen.

Gefälschte Bilder der altägyptischen Schule. Bei einer Restaurierung, die man am Klarenastar des Kölner Domes, einem berühmten Bilde der altägyptischen Malerschule, vornehmen wollte, entdeckte man, daß das Bild im 10. Jahrhundert gänzlich übermalt und umgeändert worden ist. Und doch galt es als eine Perle des ausgehenden 14. Jahrhunderts. Was im Anlaß an dieses Gemälde über altägyptische Malerei geschrieben worden ist, war also alles nichtig. Dieser Himmelsturz eines hochgeschätzten Wertes hat nun weitere Zweifel laut werden lassen, die länger gebot, aber jetzt erst sich hervorwagten. Die wunderliche „Madonna mit der Widenblüte“, die sich im Kölner Wallraf-Richartz-Museum, dieier an altägyptischen Bildern überaus reichen Sammlung, befindet und für eine Arbeit des Meisters Wilhelm gilt, soll eine totale Fälschung des 19. Jahrhunderts sein. Einer der Direktoren des Museums, Dr. Voppkreuter, will den Beweis an der Technik des Bildes dafür erbringen können, während von anderer Seite nur Uebermalungen zugegeben werden.

Aus den Organisationen. Der Geschäftsbericht des Parteisekretariats Darmstadt-Großgerau für 1907-1908 betont, daß sich allerorts die Gegenläufe verschärft haben. In 21 Orten des Wahlkreises sind 69 Gemeindevorsteher vorhanden. Durch die Agitationstour der Genossin Jahnwald sind der Organisation 300 Frauen gewonnen, davon sind leider nur noch 210 vorhanden neben 2973 männlichen Mitgliedern.

Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten beträgt 8384, wovon auf die Stadt Darmstadt 3000 entfallen. Die Zahl ist gegen das Vorjahr um 800 zurückgegangen, woran Darmstadt mit 600 beteiligt ist. Die wirtschaftliche Krise zeigt auch hier ihre ungünstigen Wirkungen.

Gewerkschaftlich und politisch organisiert sind 2425 Genossen; diese Zahl ist gegen das Vorjahr vollständig stabil geblieben. Verlässliche Parteimitgliedschaften bestehen im Kreise zurzeit 38, gegnerische Organisationen bestehen in 17 Orten 27. Die Jahresabrechnung der Kreisliste schließt in Einnahme und Ausgabe mit 8004,15 M. ab.

Von der Parteipresse. Die *Lörracher Arbeiterzeitung* wird vom 1. Januar 1909 ab den Titel *Volkszeitung* führen. Organ für die werktätige Klasse des badischen Oberlandes führen. Format und Erscheinungsart bleiben vorläufig so wie jetzt.

Veranstaltungen. In die Redaktion der *Neuhäuser Tribüne* zu Sera ist zur Vertretung des an Gelenksrheumatismus erkrankten Genossen Leven Genosse Fröhlich, bisher am *Volksblatt für Halle*, eingetreten.

Pökelzliches, Gerichtliches usw.

Der *„Majestätsbeleidiger“* Genosse Bruno Kühn, Redakteur unseres *Kölscher Parteiblattes*, hat am Dienstag die gestrigen Räume des Böghower Zentralgefängnisses verlassen, in denen er ein halbes Jahr Zeit hatte, über die §§ 95, 97 des Reichsstrafgesetzbuches nachzudenken. Wir wollen wünschen, daß dem Genossen, der nun in die *„Medienburger Freiheit“* zurückgekehrt ist, die lange Gefängnishaft keinen Schaden an der Gesundheit gebracht hat.

Reparierte Pfarrerehre.

Der verantwortliche Redakteur unseres *Oelzger Parteiblattes* (*„Neuhäuser Volkszeitung“*) wurde am Mittwoch zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Er soll den Pfarrer Oberlin durch die Darstellung eines Vorganges in Obergroßhau, dem Wirkungskreis des Westlichen, beleidigt haben. Der Staatsanwalt erklärte es als besonders strafschwerend, daß sich der Beleidigte „in hoher sozialer Stellung“ befände.

500 Mark soll Genosse Wolff als verantwortlicher Redakteur der *Weslauer „Volksmacht“* zahlen, weil er, wie das Schöffengericht und jetzt auch das Landgericht als Berufungsinstanz annahm, den Wettersteiger Schmidt zu Waldenburg beleidigt hat.

Soziales.

Die „Mitarbeiter-Bank“.

Mit einer ganz sonderbaren Bankgründung hat sich jetzt in zahlreichen Prozessen die 3. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts zu beschäftigen. Hier kamen gestern allein drei Klagen ehemaliger „Mitarbeiter“ der mythenhaften Bank, die sich „Immobilien- und Hypothekengesellschaft m. b. H.“ nennt, zur Verhandlung. Die Gesellschaft hatte nämlich keine Angestellten, sondern nur „Mitarbeiter“. Diese wurden durch Annoncen herangezogen, in denen es hieß: „Personen, die ihren Beruf wechseln wollen oder in ihrem alten Beruf Schiffbruch gelitten haben, werden für vornehmeres Unternehmen gesucht.“ Die Bewerber, die sich aus dem Adel und Bürgerstand sowie aus allen Berufsarten zahlreich meldeten, wurden auf Grund eines sogenannten Mitarbeiter-Vertrages engagiert, in dem es hieß:

„R. übernimmt die Mitarbeiterchaft im Bureau und beim Publikum. R. ist verpflichtet nur für die „S. u. H.“ tätig zu sein.

Alle Geschäfte sind nach außen hin streng geheim zu halten. Die Anzahl der Mitarbeiter ist unbegrenzt. Die Arbeitstätigkeit ist von 8-7 Uhr, eventuell auch länger. Die Mitarbeiter haben weder Anspruch auf Gehalt noch auf Spesen noch auf Gratifikationen.

Von jeder eingehenden Provision wird zuerst der Provisionsbetrag für den außenstehenden Akquisiteur abgezogen. Der Rest wird in zwei gleiche Teile zerlegt. Die eine Hälfte bekommt die Gesellschaft, die andere wird zu gleichen Teilen unter die jeweiligen Mitarbeiter verteilt.

Mitgliedschaften können sofort ausgeschlossen werden, und zwar entscheidet über den Ausschluß die Majorität.

Zahlreiche Stellungs- und Beschäftigungslose waren glücklich, von der vornehmen Gesellschaft angenommen zu werden, denn es wurden ihnen vom Direktor Knod goldene Verge versprochen. Der Provisionsumfang würde abhängig der Außenprovisionen mindestens 180 000 M. im Jahre betragen, es würden demnach bei durchschnittlich drei Mitarbeitern auf jeden einzelnen das hübsche Summchen von 30 000 M. kommen. Um so größer war bei allen Mitarbeitern die Enttäuschung, denn jedem wurde nach monatelanger Tätigkeit bedeutet, daß er auf keinen Pfennig zu rechnen habe; die eingeleiteten Geschäfte hätten leider niemals zum Abschluß geführt. Das hinderte freilich den Direktor nicht, neue Mitarbeiter anzuwerben, denen es gleich den Vorgängern erging, ja sogar eine Stenotypistin, die auf den Verdienst vieler Tausende hoffte, mußte ihre Gutgläubigkeit mit der Einbuße jeglicher Arbeitsentschädigung bezahlen.

In der letzten Verhandlung des Kaufmannsgerichts stellte der Vorsitzende Assessor Dr. Neumann an alle drei Kläger die Frage, wie es möglich sei, daß sie auf ein derartiges Unternehmen eingewilligt hätten. Der Kläger S., ein ehemaliger Gärtner, erklärte: „Die Sehnsucht nach großem Verdienst hat mich angezogen“, und der Kläger F., der Bankbeamter von Verus ist, erwidert: „Die Vornehmheit der Räume hat mich bestochen.“ Das Domizil der Bank befindet sich nämlich in der Bohrerstraße 18, die Räumlichkeiten, zu denen ein Direktionszimmer, ein Sitzungssaal und ein Konferenzsaal gehören, sind mit solider Vornehmheit ausgestattet. Die Riete der Bankräume beträgt 7000 M. p. a., worin allerdings noch die Direktorswohnung einbegriffen ist.

Der Beklagte R. war gestern bereit, zu bekündern, daß kein Geschäft zum Abschluß gekommen sei, erst nachdem ein Kläger ein bestimmtes Geschäft erwähnte, gab der Direktor dieses Geschäft an, behauptete aber, den Abschluß hätte der jetzt bei ihm tätige Herr v. Germer gemacht, und den jetzigen Mitarbeitern gebühre die Provision. Das Kaufmannsgericht setzte den Termin zur Eidesleistung auf den 15. Januar an und gab den Klägern auf, bis dahin Material zu sammeln, das die Behauptungen des Beklagten zu widerlegen geeignet sei.

Die Stellenvermittlung im Friseurgewerbe vor dem Gewerbegericht.

Der Friseurgehilfe L. klagte gestern vor dem hiesigen Gewerbegericht gegen den Barbier Voop auf Zahlung einer Entschädigung im Betrage von 8,85 M. Der Beklagte hat vom Arbeitsnachweis der Freien Vereinigung selbständiger Barbier für zwei Tage den Friseurgehilfen H. zur Ausschilfe verlangt. Da H. aber schon einige Male die Vermittlungsgebühr nicht bezahlt hat, wollte ihm der Arbeitsnachweisleiter, Sekretär Stadnowski, keine Stellung mehr vermitteln. Dieser sagte auch dem Beklagten, der nach dem H. verlangte, daß letzterer sich nicht als beschäftigungslos gemeldet habe. Obwohl nun der Beklagte dem Sekretär sagte, daß sich H. nach melden wird, erhielt er dennoch den Gehilfen L. gefandt. Als sich L. zum Arbeitsnachweis beim Beklagten meldete, wurde er nicht eingestellt. Da L. nun andere Stellung für die Tage, an denen er beim Beklagten ausstellen sollte, nicht mehr erhalten konnte, klagt er nun auf die Entschädigung. Er wurde aber mit seinem Anspruch abgewiesen, da der Beklagte keine Schuld zweifei und dieser deshalb auch nicht schuldnerspflichtig gemacht

werden kann. Kläger soll sich mit seinem Anspruch an den Vermittler halten.

Der Kampf der Schauspieler gegen ihre Klavenketten

hat dem Direktorenverein, dem Bühnenverein, dessen stellvertretender Präsident Intendant Cloar des Frankfurter Schauspielhauses ist, veranlaßt, jede Verbindung mit der Bühnengenossenschaft abzubrechen. Dadurch werden den noch nicht darüber klaren Schauspielern wohl die Augen geöffnet, daß das Gerübe von einer Harmonie der Interessen der Direktoren und Schauspieler eitel Wind ist.

Zu Fuß von Chemnitz nach Berlin.

Neble Erfahrungen haben die Arbeiter Geelhaar und Kietz machen müssen, die sich als Photosammler versuchten. Bei dem Unternehmer Israel, der unter Leitung von Oberreisenden solche Sammler beschäftigt, nahmen sie Stellung. In Chemnitz sollten sie ihre Tätigkeit ausüben und für jedes Bild, das sie bringen 40 Pf. erhalten. Nach einigen Tagen weigerte sich der Oberreisende aus Anlaß eines Schreibens, das er von der Firma Israel erhalten, weitere Bilder von ihnen anzunehmen. Darauf forderten G. und A. ihre Papiere aus Berlin. Die Firma schrieb darauf nicht ihnen, sondern dem Oberreisenden, daß sie keine Zeit habe, die Papiere nachzusenden. Es blieb den beiden nichts weiter übrig, als zu Fuß ohne Mittel und Papiere die Reise von Chemnitz nach Berlin anzutreten. Untermwegs wurden sie als Landstreicher aufgegriffen und in Polizeigewahrsam gebracht. Nachdem ihre Angaben auf Anfrage durch die Berliner Polizeibehörde bestätigt worden sind, wurden sie wieder freigelassen. G. und A. klagten gestern beim Berliner Gewerbegericht gegen Israel auf Entschädigung für 14 Tage, Verzählung der Rückreise und Herausgabe der Papiere. Während es zwischen R. und dem Beklagten zu einem Vergleich kam, macht sich in der Klagesache G. wegen der erforderlichen Beweishebung ein weiterer Termin notwendig.

Beteiligung am Reingewinn.

Vom Jahre 1908 ab sollen alle Arbeiter des Bonner Bergwerks- und Hüttenvereins, Zementfabrik in Oberkassel bei Bonn, am Reingewinn beteiligt sein. Außerdem erhält jeder Arbeiter ein Weihnachtsgeld und alle diejenigen, die über 25 Jahre bei der Firma beschäftigt sind, noch besonders 50 M. In Zukunft sollen den Arbeitern auch bei besonderen Anlässen, wie Geburten, militärischen Leistungen usw. ansehnliche Unterstufungen, die in ihren Beträgen festgelegt sind, zuteil werden. — So meldet eine Korrespondenz, leider ohne Mitteilung wie die Beteiligung am Reingewinn stattfindet und ob etwa in ähnlicher Weise wie bei der Firma Beitz in Jena Willkür ausgeschlossen ist.

Bei den Krankenkassenwahlen in Köln

haben bei sämtlichen Ortskrankenkassen des gesamten Gemeindebezirks die freien Gewerkschaften gestiftet. Jetzt haben die „Christlichen“ die einzige Kasse, die sie noch in Händen hatten, verloren. Bei der Vertreterwahl für die Ortskrankenkasse Köln-Kippes, im schwärzesten Vorort des heiligen Köln, stieg die freien Gewerkschaften nach einem mit größter Festigkeit ausgefochtenen Kampfe mit einer Mehrheit von 80 Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 1255.

Gerichts-Zeitung.

Gewerblich oder politisch?

Rochlänge vom Väterstreik des Jahres 1907 beschäftigten noch immer die Gerichte. Die Väterinnungen hatten damals gegen die *Verwilligungsplakate*, die ihnen höchst unbequem waren, die Polizei mobil gemacht. Die Polizei fand dann, daß gegen die öffentliche Aushängung dieser Plakate auf Grund des preussischen Preßgesetzes vorgegangen sei. Das Preßgesetz für Preußen bestimmt in § 9: „Anschlagzettel oder Plakate, welche einen anderen Inhalt haben als Anknüpfungen über gezielte nicht verbotene Versammlungen, über öffentliche Vergnügungen, über gestohlene, verlorene oder gefundene Sachen, über Verkäufe oder Nachrichten für den gewerblichen Verkehr, dürfen nicht angehängt, angeheftet oder in sonstiger Weise ausgestellt werden.“ Die *Verwilligungsplakate* sollten diesen Bedingungen nicht entsprechen, so daß die öffentliche Aushängung strafbar wäre. Drei Fälle, in denen die Schöffengerichte das Vorgehen gegen die *Verwilligungsplakate* nicht mitgemacht, sondern auf Freisprechung der von der Polizei heimgesuchten Geschäftsinhaber erkannt hatten, beschäftigten gestern die neunte Strafkammer des Landgerichts I. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen die freisprechenden Urteile Berufung eingelegt, und die Strafkammer als Berufungsinstanz verhandelte die ziemlich gleichartig liegenden drei Fälle hintereinander. Angeklagt waren ein Vater Julius Kroll, ein Geschäftsführender Georg Köppen, eine Väterkassalientinhaberin Frau Anna Krieg. Alle drei erklärten, aus tatsächlichen wie aus rechtlichen Gründen nichtschuldig zu sein. Kroll gab an, er habe ein Grüntrampgeschäft mit Wadwarenverkauf, er selber arbeite aber auf Vauten, seine Frau verleihe das Geschäft, sie habe auch aus eigenem Antriebe das Plakat ausgehängt, gegen das er dann allerdings nichts eingewendet habe. Köppen erklärte, er habe gar kein Geschäft, es handle sich um ein seiner Frau gehörendes Grüntrampgeschäft mit Wadwarenverkauf, seine Frau verleihe das Geschäft, sie habe auch das Plakat ausgehängt, er selber habe später geraten, es wieder herauszunehmen. Frau Krieg berief sich darauf, daß sie als Verkäuferin einer Filiale der Wollfabrik „Verolina“ das Plakat im Auftrage des Chefs ausgehängt hatte. Später habe sie auf Drängen der Polizei entgegen dem Willen des Chefs das Plakat wieder herausgenommen. Dieselben Angaben waren von den drei Angeklagten auch in den Verhandlungen erster Instanz gemacht worden, alle drei waren aber von den Schöffengerichten schon aus dem Grunde freigesprochen worden, weil jene *Verwilligungsplakate* als eine den Zwecken des Gewerbes dienende Bekanntmachung angesehen seien. In der Berufungsinstanz wies der Vorsitzende sogleich bei der ersten Sache von vornherein darauf hin, daß bereits eine gegenteilige Entscheidung des Kammergerichts vorliege. Der Staatsanwalt beantragte, die Sache Köppen zu vertagen, damit die Angaben des Angeklagten näher geprüft werden können. Dagegen hielt er die Sache Krieg und auch die Sache Kroll für spruchreif, in beiden Fällen beantragte er je 8 M. Geldstrafe. Das Gericht beschloß Vertagung der Sache Köppen und auch der Sache Kroll. Wegen Frau Krieg wurde auf 1 Mark Geldstrafe erkannt mit der Begründung, das *Verwilligungsplakat* habe nur teilweise einem gewerblichen Zweck gedient, es sei über den Rahmen einer gewerblichen Anzeige weit hinausgegangen, indem es bekanntgeben wollte, daß die betreffenden Geschäftsinhaber sich den Forderungen der Vätergesellen gefügt haben. Das Plakat sei im wesentlichen sozialen Inhalts gewesen und habe politischen Charakter gehabt, das zeige schon der beigebrachte Stempel „Verband der Väter und Berufsgenossen Deutschlands, Mitgliedschaft Berlin“. Auf die Mindeststrafe von 1 Mark sei erkannt worden mit Rücksicht darauf, daß Frau Krieg im Auftrage des Chefs gehandelt habe.

Hirsche wider „Metallarbeiter-Zeitung“.

In den Streik in der Waggonfabrik zu Wismar im Vorjahre knüpfte sich eine Preßfehde im *„Regulator“* und der *„Metallarbeiter-Zeitung“*. Letztere brachte bei dieser Gelegenheit einen Artikel, der

sich gegen den Bezirksbeamten der Hirsche, Wolff in Stettin, wandte und dessen eigenartiges Verhalten bei jenem Streik beleuchtete. Wolff ließ darauf zum Rabi, um seine ramponierte Ehre gerichtlich flicken zu lassen, was nun andererseits verschiedene Bezirksleiter der freien Verbände veranlaßte, Klage gegen den „Regulator“ vorzugehen. Gleichauf, der als Redakteur gekannt wurde in einem Falle beurteilt. Im anderen Falle mußte er freigesprochen werden, weil laut eigener Angabe seine Tochter während seiner Abwesenheit jene Nummer redigiert hatte. Auch Wolff als Verfasser eines Artikels wurde verurteilt. Nun kam am 16. d. M. die Klage Wolffs wider den Genossen Scherm von der *„Metallarbeiter-Zeitung“* vor dem Schöffengericht Stettin zum Austrag. In dem betreffenden Artikel wurde dem Privatkläger u. a. „angeborene Schnodrigkeit und Verleumdungssucht“ vorgeworfen, diese jedoch damit entschuldigt, daß er „als Arbeiter für sein Tun und Lassen nicht voll verantwortlich gemacht werden“ konnte. Das Gericht erkannte schließlich wegen formaler Verleumdung auf 50 Mark Geldstrafe event. 10 Tage Haft. Die Ehre des Herrn Wolff strahlt also wieder gekleidet.

Einen gegen einen Schuttmann gerichteten Roßstich

verübten in der Nacht vom 24. zum 25. September zwei junge Leute, der Sanitätswachtmeister Ruffowki und der Schlosser Otto Tannike, die beide bisher völlig unbescholten waren. Der Schuttmann Korn hatte einige Zeit vor dem 24. September Veranlassung gehabt, pflichtgemäß einen Straßenspatanten vor Beschäftigungen durch die beiden jungen Burken zu schämen. Am 24. September sah Herr Korn in Jülich in einem Restaurantbesuch am Rottbuser Damm und spielte Stat. In demselben Lokal saßen die beiden Freunde und wachten ihr Mühen an dem Schuttmann dadurch zu fühlen, daß sie laute Redensarten, die auf das erwähnte Eingreifen Korn Bezug hatten, zu diesem hinüber sandten. Der Schuttmann verbot sich dies und nannte die beiden „dumme Jungen“. Darob empörten sich diese in so lauter Weise, daß sie der Wirt aus dem Lokal wies. Sie pflanzten sich nun auf der anderen Seite der Straße auf und warteten, bis der Schuttmann seinen Heimweg antreten würde. Kaum hatte dieser die Straße betreten, da stürzten sie auf ihn los, rissen ihn zu Boden und ließen auch trotz seiner energischen Gegenwehr nicht von ihm ab. Durch Faustschläge gegen die Schläfe wurde er schon beinahe betäubt. Es wurden ihm dann noch vier Messerstücke versetzt, so daß das Blut in Strömen floß. Auf seine Hilferufe eilten mehrere Personen herbei, die noch sahen, wie die Missetäter den wieder zu Boden gestürzten Korn mit Fußtritten regolierten. Sie wollten dann die Missetäter ergreifen, konnten aber festgenommen werden. Der so arg mißhandelte Schuttmann mußte blutbedeckt zur Sanitätswache gebracht werden und ist infolge der erhaltenen Verletzungen acht Wochen dienstunfähig gewesen. Wer mit dem Messer gestochen hatte, konnte feinerzeit vor dem Schöffengericht nicht festgestellt werden. Das Gericht glaubte, daß beide mit demselben Maß zu messen seien und beide sich in derselben brutalen Weise vergangen haben. Trotz ihrer bisherigen Unbescholtenheit wurden sie zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt. Ruffowki trat seine Strafe sofort an. Mündlich dagegen verurteilt es mit der Verurteilung. Diese wurde gestern von der Strafkammer des Landgerichts II verworfen.

Stotte bär.

Schweineereien bei der Fabrikation von *Wett- und Schlachtwurst* beschäftigten in seiner letzten Sitzung das Väterberger Schöffengericht. Wegen Verletzung von *Hierdefleisch* hatten sich der Fleischwarenhändler Oskar Wolf und dessen Ehefrau Margarete aus Väterberg zu verantworten. Am 16. April kontrollierte der Tierarzt Dr. Raal die Wurst auf dem Rummelsburger Wochenmarkt. Als er an den Stand des Schlächters Kühn herantret, sagte dieser zu ihm: „Bei mir finden Sie nichts, geben Sie mir ein Stück Fleisch, das verarbeitet hierdefleisch.“ Dr. Raal kaufte nun bei Wolf je 1/2 Pfund *Wett- und Schlachtwurst*, die ihm sofort verdächtig vorkam. Die Wurst wurde dem Polizeichemiker Professor Dr. Judenack übergeben, auf Grund dessen Untersuchung wurde Anklage gegen die Wolfischen Eheleute erhoben. Beide bestritten, *Hierdefleisch* zu Wurst verarbeitet zu haben. Wolf gab an, daß er Wurst in der Frankfurter Chaussee 2 im Arbeitsraum eines Schlächters Sterb hergestellt habe, und zwar aus reinem *Hierdefleisch*, auch hätte er ab und zu Wurst auf Auktionen gekauft. Der Schlächter Kühn behauptete, daß er früher als Geselle bei einem *Roßschlächter* kürzere Zeit gearbeitet und deshalb auch *Hierdefleisch* vom *Hierdefleisch* unterscheiden könne. Er hätte später dann auch in der Frankfurter Chaussee seine Ware angefertigt, als er wieder mit *Hierdefleisch* und *Schweinefleisch* handelte. Eines Tages hätte ihn Wolf gebeten, das *Hierdefleisch* zu verarbeiten, er habe dies getan und dabei gesehen, daß Wolf *Hierdefleisch* verarbeitet. Frau Wolf hätte insoweit mitgewirkt, daß sie die *Wettwurst* nach dem Arbeitsraum brachte. Tierarzt Dr. Raal erklärte, daß die Wurst bei Wolf gekauft und sofort der Meinung gewesen ist, daß dieselbe *Hierdefleisch* enthalte, was die Untersuchung des Polizeichemikers Prof. Dr. Judenack auch ergab. Der größere Bestandteil der Wurst war *Hierdefleisch*. Mehrere Gefellen, die in demselben Räume im Hause Frankfurter Chaussee Nr. 2 gearbeitet haben, wollen nie gesehen haben, daß Wolf *Hierdefleisch* verarbeitet. Wolf selbst beantragte noch einen Reuigen zu laden, der bekunden werde, daß Kühn geäußert hätte, wegen falscher Anschuldigung gibt es ja nur vier Wochen Gefängnis. Der Antrag wurde abgelehnt. Staatsanwalt Kopperitz beantragte gegen Wolf eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten; gegen dessen Ehefrau eine Geldstrafe von 800 M. und Publikation des Urteils. Das Gericht erkannte gegen Wolf auf einen Monat Gefängnis. Die Ehefrau kam mit einer Geldstrafe von 20 M. davon; zugleich wurde Publikation des Urteils ausgesprochen.

Die Schmalkaldener Standauffäre.

Vor der 2. Strafkammer in Weimaringen fand die sog. Schmalkaldener Standauffäre ihren gerichtlichen Abschluß. Auf der Anklagebank erschienen der Schneider Adolf Wahl aus Schmalkalden sowie 20 Mitangeklagte, meist Schüler der Schmalkaldener Oberrealschule, unter der Verhüllung der wider natürlichen Unzucht mit männlichen Personen (§§ 175 und 176 des St.-G.-B.). Wahl steht außerdem noch unter der Anklage, der Unzucht Vorstoß geleistet zu haben. Die angeklagten Schüler stammen meist aus besseren Kreisen. Die Anklage war noch ausgedehnt worden auf einen Photographen, der aber nach Verurteilung vor Teil fortgesetzte Verhandlungen in Frage, die sich auf die Jahre 1903 bis 1908 erstrecken. Die mitangeklagten Schüler sind ausnahmslos die Opfer Wahls und tragen ihre Verurteilungen um so schmerzlicher, als sie die Schule sofort nach Bekanntwerden ihrer Verurteilungen verlassen mußten und so für ihr Berufsleben schweren Schaden erlitten haben.

Das Urteil lautete gegen Wahl auf drei Jahre Gefängnis, ein Schauspieler Cerebinoli erhielt drei, ein früherer Schüler zwei Monate Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden sämtlich freigesprochen, da das Gericht der Ansicht war, daß sie teils nicht die nötige Einsicht in die Strafbarkeit ihrer Handlungen hatten und teils die vorliegenden Beweise zu einer Verurteilung nicht ausreichten. — Der Angeklagte Wahl geriet bei der Verkündung des Urteils in große Erregung und verfiel in epileptische Krämpfe.

Künstlicher Marktbericht der hiesigen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag. Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise gut. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise gut. Fisch: Zufuhr in Fischhagen knapp, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Gemüse, Obst und Süßwaren: Zufuhr genügend, Geschäft laut, Preise wenig verändert.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin, Hauptbüro: Hof I. Amt 3, 1239, Charitestraße 3, Hof III. Amt 3, 1037.

Sonntag, den 20. Dezember, vormittags 10 Uhr:

Versammlung

aller in der Schraubenbranche beschäftigten Einrichter für Automaten und Einzelbänke im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 7.

Tages-Ordnung:

1. Die Krise in der Schraubenbranche und in welchem Maße sind die Einrichter davon betroffen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. (190/7) Zahlreiches Erscheinen erwartet Die Ortsverwaltung.

Tischler-Verein E. H. No. 89.

Sonabend, den 19. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Reichsforst, 15:

General-Versammlung.

Wahl des Vorstandes für das Jahr 1909. — Unterstützungsgeldsch. Mittelausgabe zum Thalia-Theater am 1. Weihnachtstag. Der Vorstand.

Achtung! Drechsler. Achtung!

Sonntag, den 20. Dezember 1908, vormittags 10 Uhr:

Versammlung aller bei Drechsler-Innungsmestern beschäftigten großjährigen Gesellen im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 3.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Gesellenausschusses. 2. Ergänzungswahl desselben: a) Wahl von zwei ständigen Mitgliedern; b) Wahl von zwei Ersatzmitgliedern. 3. Wahl der Innungsgerichtsmitglieder: a) Wahl von vier Beisitzern; b) Wahl von zwei Sachverständigen. (203/18) Krankentafelbuch legitimiert. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gebeten. S. K.: Emil Köppen.

Verband der Hafendarbeiter und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

Mitgliedschaft Berlin.

Sonntag, den 20. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Königsbad-Kasino, Holzmarktstr. 72.

Tages-Ordnung:

1. Verhandlungsangelegenheiten. 2. Verschiedenes. 19/10 NB. Kollegen! Wir machen nochmals bekannt, daß von Seiten des Hauptvorstandes die 45 Pf. sowie 50 Pf. Marken zum 1. 1. 09 eingezogen werden. Veräume niemand, sein Buch in Ordnung zu bringen, bewahrt Euch vor Schaden. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15: Sitzung der Ortsverwaltung.

Gesundheit ist Reichtum!

Bad Berlin-Ost im

„Bad Frankfurt“

Große Frankfurter Str. 136.

Medizinische Bäder aller Art in werktäglich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen 400 L und Herren. 2 Wannenbäder mit je 2 Handtuchern 75 Pf. (40 Minuten Badeszeit.) Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

Größte und beste Bezugsquelle!! Auf Teilzahlung!!

Wöchentlich nur 1 Mark!

Herren- und Damen-Uhren, Frelschwinger, Broschen, Ringe, Ketten und alle Arten Goldwaren, echte Mezenhauer Zithern, Konzertzithern, Phonographen, Platten-Sprechmaschinen, Polyphons, Harmonikas, Mandolinen, Geigen etc.

Jahre & König, Berlin O., Warschauer Straße 88, 1. Etage Berlin N., Rainickendorfer Str. 101, 1. Etage Berlin W., Göbenstr. 19, 1. Etage.

für das Weihnachtsfest

empfehlen wir als geeignete Geschenke folgende Prämien für die Leser des „Vorwärts“:

F. W. Hackländer Werke

Neue illustrierte Ausgabe, 3 Bände, 3,50 M.

Goethes Werke

2 Bände, illustriert, 3,50 M.

Schillers Werke

3 Bände, illustriert, 3,50 M.

Heines Werke

2 Bände, illustriert, 3,50 M.

Freiligraths sämtl. Werke

3 Bände, gebunden, 8.— M.

Grillparzers sämtl. Werke

2 Bände illustriert, 8.— M.

Reuters sämtl. Werke

2 Bände, illustriert, 8.— M.

Gerstäckers Werke

2 Bände, illustriert, 3,50 M.

Gernie empfehlen wir unser reichhaltiges Lager in

Jugendschriften

zusammengestellt nach dem vom Bildungs-Ausschuh der Partei herausgegebenen Jugendschriften-Verzeichnis, das in unserem Geschäftsbüro gratis zu haben ist.

Bilderbücher

sind in großer Anzahl und in allen Preislagen vorhanden.

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. (Gaden.)

Zum

Weihnachtsverkauf

für den halben Preis.

3000 Kostümröcke

aus Satintuch 7, 9, 10, 12, 15, 18, 20 Mk., aus Seiden-damast 20, 25 Mk., Sportröcke, regenecht 3, 5, 7, 9, 10 Mk., Faltenröcke, neueste Streifen, 4, 5, 12 Mk. Samtröcke 18, 20, 25 Mk., Directoire-Röcke 15, 20 Mk.

Moderne, französische Kleider

18, 25, 32, 38 Mk., früher 36—110 Mk.

Tanzstundenkleider

entstehende Neuheiten, Batist, Wolle und Seide, reich mit Mustern garniert 9, 15, 21, 30 Mk.

Wollene, seldene und Spitzen-Blusen

2, 3, 5, 8, 10 Mk., früher 6—30 Mk.

Morgenröcke, Matinees, Unterröcke

2, 3, 4, 5 Mk., früher 5—16 Mk.

Backfisch-Mäntel

ohne Änderung, gut sitzend.

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstr., Ecke Lindenstr.

2 Häuser vom Dönhofsplatz.

12 Schaufenster.

Sonnig geöffnet

Arbeiter-

Bekleidung — Berufskleidung.

Größtes Spezialgeschäft.

Kohnen & Jöring, Hauptgeschäft Alexanderstr. 12.

Filialen: Landsberger Allee 148.

Neu eröffnet! Rixdorf: Bergstraße 66 am Ringbahnhof.

Größte Puppenfabrik Berlins

P. R. Zierow,

Berlin N. 37, Schönhauser Allee 179.

Eigene Fabrikation.



Größtes Lager von Kugelgelenk-Puppen, Säugen, Köpfen, Perücken, gekleideten Puppen und Puppenartikeln. Sämtliche Reparaturen und alle Ersatzteile.

Engros und Einzelverkauf. Kein Laden.

46 eigene Dampfer.

„Nordsee“

Von frischen Fängen

empfehlen wir:

II. Kabeljau i. Ansehn. p. Pl. 35 Pl.

II. Seelachs im Ansehn. „ 35 Pl.

II. Schellfisch i. Ansehn. „ 45 Pl.

II. Schellfisch, Heigel, mittelgr. „ 35 Pl.

II. Schellfisch, Heigel, Portlans- „ 30 Pl.

II. Brat-Schellfisch „ 25 Pl.

II. Schollen, mittelgroß „ 40 Pl.

II. Bratflundern „ 30 Pl.

3 Pfund 85 Pl.

II. Rotzungen, la., helle „ 50 Pl.

II. Knurrhahn „ 25 Pl.

Für die feine Tafel:

Steinbutt, Heilbutt,

Seezungen, Zander.

Deutsche

Dampffischerei-Gesellschaft

„Nordsee“

Hauptfiliale BERLIN O.,

Bahnhof Börse. — Tel. III. 8904.

Vertaufstellen:

Prinzengasse 34.

Schlesisch. Bahnhof. Weg 8/9.

Innsalbenstraße 131.

Große Hamburger Str. 85.

Goldammer Str. 112a.

Wilmersdorfer Str. 111.

Wilmersdorfer Str. 57.

Spandau, Breiterstr. 54.

Eigene Eisenbahn-

Kühlwaggons.

Billigste Bezugsquelle für

Hygienische

Bedarfs-Artikel

Drogerie Zaremba,

Berlin N., Weinbergsweg 1.

Ein Versuch

führt zu dauernder Kundenschaft.

Gez. lichen Glückwunsch zur Vermählung unterm Genossen Paul Bienge nebst Braut Die Genossen des Zernsdorfer Wahlvereins.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Hornacher

Paul Boeseler

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am

Sonabend, den 19. Dezember,

nachmittags 3 1/2 Uhr, von der

Leichenhalle des Städtischen Fried-

hofes in Friedbergstraße aus statt.

Rege Beteiligung erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß

unser Mitglied, der Schloffer

Joseph Widlicka

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,

daß der Kollege

Heinrich Noack

Rudower Straße 12 (Bezt IV)

am 15. Dezember plötzlich ver-

storben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute

Freitag, den 18. Dezember, nach-

mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-

halle des Idonias-Friedhofes in

Rixdorf, Germaniastraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht.

Die Ortsverwaltung.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, Moritzplatz,

10—2. 5—7. Sonntags 10—12. 3—4

Enorm billig

wenig!!! Ist unser Angebot für Herren jeden Standes!!! Täglich, Sonntag verkaufen aus feinsten Materialien vornehmst gefertigte Herren-

Anzüge Paletots

deren sonstiger Maßpreis 40—70 M. jetz 18—25 M. Gebrockenanzüge jetzt 21—40 M. Herren-Hosen jetzt 7—12 M. Deutsches Versandhaus, Jägerstr. 63, 1. Treppen. Firma Hausnummer achten.

Hüte

In allen Preislagen.

R. Weidner, Hutmacher,

Dresdenerstr. 100, Prinzenstr.

Stolas,

Kelliers, Krawatten, Muffen, Herren- u. Kinder-Garnitur, Pelzjassen, Pelz, garnierte Pelzhüte, Barett, Pelz-

socken, nur eigenes Fabrikat, in

größter Auswahl, aus bestem Material. Kein

Zwischenhändler, daher Fabrikpreise.

Kein Laden! Sonntags geöffnet.

F. Kalman, Kürschnermstr.

Kommandantenstr. 15, Tel. I. 8917,

gegenüber Beuthstr., vor 1 Tr.

Erprobt und bewährt!

Spiritus-Glühlicht-

Lampen u. Brenner

Spiritus-Zentrale G. m. b. H.

Berlin NW. 7, Friedrichstr. 86, gegenüber dem Central-Hotel.

Kein Kaufzwang!

Preisliste kostenlos!

Achtung! Zigarrenhändler! Achtung!

Größtes Lager in abgelagerten Zigarren

Größtes Lager in Weihnachtspackungen

Max Ziegenhals, BERLIN N. O. 18, Keibelstr. 20, ::: dicht am ::: Alexanderplatz.

Telephon: Amt VII, 3047.

Stadtverordneten-Versammlung.

98. Sitzung, Donnerstag, den 17. Dezember 1908, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Michels eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr und beantragt zunächst die Einführung des an Stelle des verstorbenen Mitgliedes Schloppe neugewählten Stadtverordneten Ralermeyers Lohmann, der in der üblichen Weise auf die Städteordnung verpflichtet wird.

Stadtver. Goeroldt (Fr. Fr.) berichtet für den Rechnungsausschuss über eine große Anzahl von Rechnungen und Jahresabschluss einzelner Gassen des Jahres 1907. Der vom Rammerey vorgelegte neue Entwurf für Stadtrechnungen über Gassen wird ohne Debatte gutgeheißen, im übrigen nach den Ausschussanträgen die endgültige oder vorläufige Entlastung erteilt.

Der Magistrat sucht um die Bewilligung von 5000 M. nach zur Veranstaltung einer Umfrage bei den Kleinhändlern über event. Einschränkung der Sonntagsarbeit im Kleinhandel. Aus dem Betrage sollen die Kosten der Fragekarten und die Vergütung für die mit der Zustellung und Einholung der Karten beauftragten Personen bestritten werden.

Stadtver. Eard (A. L.) teilt mit, daß seine Fraktion zur Sache definitiv erst Stellung nehmen will, wenn die Fragekarten zurückgeleitet sein werden. Seiner persönlichen Meinung nach wird der Kleinhandel durch eine Verkürzung der Sonntagsverkaufszeit schwer geschädigt, seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Warenhäusern noch mehr verflümmert. Erst in letzter Zeit habe der Achinger-Badenschlag dem Kleinhandel eine schwere Beeinträchtigung zugefügt. Jedenfalls sollte den Händlern, die ohne Gehilfen arbeiten, der Verkauf nicht beschränkt werden.

Stadtver. Hinge (Soz.): Wir halten im Gegensatz zu dem Vorredner die Bewilligung der geforderten Summe für überflüssig, weil die Frage längst geklärt und spruchreif geworden ist. Seit 1892 ist die jetzige Sonntagsarbeitszeit eingeführt; damals wurde bei der Beratung seitens der Regierungsvertreter ausgeführt, daß die fünf Stunden-Arbeitszeit nur ein Uebergang zur völligen Sonntagsruhe sein sollte. Seit 16 Jahren warten wir darauf; jetzt soll ein kleiner Schritt vorwärts getan werden im Interesse des Personals und auch der Geschäftsinhaber selbst. Vor vier Jahren haben wir hier über die Frage verhandelt; man kam damals überein, bei den Kirchenbehörden die Verlegung des Anfangs des Sonntagsgottesdienstes auf 11 Uhr anzuregen; der Bescheid lautete ablehnend und seitdem ruht die Sache. Von dem Recht der Kommunen, durch Ortsstatut eine weitere Beschränkung der Arbeitszeit oder die völlige Arbeitsruhe im Handelsgewerbe einzuführen, haben wir sehr wenige Kommunen Gebrauch gemacht; wo es geschehen ist, ist aber eine Klage nicht laut geworden, im Gegenteil fühlen sich die Angestellten wie die kleinen Gewerbetreibenden sehr wohl dabei. Die Arbeitszeit an den Wochentagen ist namentlich in den Geschäften an der Peripherie noch eine sehr ausgedehnte. Eine große Anzahl Kleingewerbetreibender wird sich unabweisbar dafür aussprechen, daß die Geschäfte um 10 Uhr vormittags geschlossen werden und das Offenhalten über Mittag gänzlich fortfällt. Für Milch- und Badwarenaufgeschäfte wollen auch wir Ausnahmen zulassen, aber nur dann, wenn mehr als die Hälfte der Geschäftsinhaber sich dafür aussprechen sollten. Im übrigen halten wir die völlige Durchföhrung der Sonntagsruhe für durchführbar und die Sache, wie gesagt für spruchreif. Leider hat man uns den Umfragebogen in seinem Wortlaut nicht vorgelegt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtver. Dr. Nathan (Soz.-fortschritt.): Die Stellung einer besonderen Frage, ob der Geschäftsinhaber allein oder mit Gehilfen arbeitet, wird sehr zweckmäßig sein. Auch ich muß bemängeln, daß uns der Fragebogen selbst nicht vorgelegt ist; denn das Ergebnis der Enquete hängt gerade davon ab, wie der Fragebogen ausfällt.

Stadtver. Dose (A. L.): Ich vermissen ebenfalls nicht nur den Fragebogen, sondern auch eine ausführlichere Begründung. Der Kollege Eard hat zwar für seine Fraktion die Bewilligung erklärt, aber dann für seine Person sich so ziemlich für die Ablehnung der Sache selbst, d. h. der Einschränkung der Sonntagsarbeit ausgesprochen. Ich erinnere ihn an die ängstlichen Prophezeiungen, die man hören konnte, als wir zuerst eine Sonntagsruhe einföhrten; inzwischen hat sich das Publikum und haben sich die beteiligten Kreise durchaus daran gewöhnt. Gehen wir jetzt nicht an die Sache selbst heran, so riskieren wir, daß uns die Reichsregierung dazu zwingt. (Beifall.)

Stadtver. Goldschmidt (A. L.): Die Interessenten, Kaufleute wie Angestellte, werden ja selbstverständlich die Frage eingehend erörtern. Nachdem hier aber bereits versucht worden ist, es so darzustellen, als wenn mit der Durchführung des Gedankens eine unerträglich Belastung für das Handelsgewerbe verbunden wäre, muß ich dem entschieden widersprechen. Die Gewerbe-Deputation hat jetzt erkannt und der Magistrat auch, daß man die in Aussicht gestellte reichsgesetzliche Reform nicht abwarten soll. Der Fragebogen wird ja in der Gewerbe-Deputation beraten werden; ich hoffe, daß das Resultat uns auf dem Wege der Sonntagsruhe ein erhebliches Stück weiter bringt.

Stadtver. Gronewaldt (A. L.): Bei dem Kaufmann wird jeder Zwang, er möge welcher Natur immer sein, unangenehm empfunden. Hier will man unseren Mitbürgern ungewollte Verluste aufbürden. 60 Proz. der Geschäftsinhaber haben es nicht mehr nötig, am Sonntag offen zu halten; weshalb soll man aus diesem Grunde die anderen 40 Proz. auch dazu zwingen? In Berlin haben wir Kreise, welche in den wenigen Sonntagsstunden ihre ganze Einnahme haben, und zwar etwa 30 Proz.; diesen würde die Möglichkeit genommen, sich eine Existenz zu schaffen. Eine große Stadt wie Berlin kann schon ihrer ökonomischen Verhältnisse halber nicht in Verhältnisse mit einbezogen werden, die für das Reich geschaffen werden. Solche Fragen tauchen bloß deswegen immer wieder auf, weil man in gewissen Kreisen alles schablonisieren möchte. Was für die anderen Gewerbe paßt, paßt deshalb noch nicht auf den Kaufmann. Das hat die Gesetzgebung auch beobachtet; wenn Sie weiter gehen, machen Sie einen Fehler. Es geht auch nicht an, hier bloß die Stimmen zu zählen. Im Kaufmannsgericht ist lediglich wegen dessen heutiger Zusammensetzung eine zustimmende Beschlussefassung zustande gekommen.

Stadtver. Nommens (Fr. Fr.): Wir stimmen unersernte dieser Vorlage sehr gern zu, in der Hoffnung, daß sie zu einer weiteren Einschränkung der Sonntagsarbeit führen wird. Die Rede des Vorredners hätte vor 15 Jahren vielleicht noch Bedeutung gehabt; heute sind wir über diesen Standpunkt hinweg. Keinem Kleinhändler wird durch eine weitere Ausdehnung der Sonntagsruhe auf die Dauer ein Schaden erwachsen. Ohne Zwang kommen wir eben auch auf diesem Gebiete nicht vorwärts.

Stadtver. Gassel (A. L.): Der Kollege Eard hat für seine Person gesprochen; er hat aber auch ganz richtig mitgeteilt, daß wir uns unsere Stellungnahme zu dem Ergebnis der Statistik durchaus vorbehalten. Auch in unserer Mitte sind Klagen einzelner Interessenten, insbesondere über differenzielle Behandlung laut geworden; das alles wird später gründlich erwoogen werden müssen.

Stadtver. Singer (Soz.): Der Kollege Gronewaldt hat zu verstehen gegeben, daß die jetzigen Beschlüsse des Ausschusses des Kaufmannsgerichts nicht mehr den früheren Wert haben können, weil in der Zusammensetzung desselben auch auf Seiten der Arbeitgeber jetzt sozialistische Elemente vertreten sind. Da eine ähnliche Neuorganisation von einem anderen Mitglied des Ausschusses von der Unternehmenseite öffentlich gemacht worden ist und auch darauf hingewiesen wurde, daß ich ebenfalls in dem Ausschusse sitze, so muß ich entschieden Verwahrung dagegen einlegen, daß durch die jetzige Zusammensetzung irgendeine Verminderung des Wertes

der Entschäkten gegeben wäre. Der Ausschuss hat nicht nach parteipolitischen Rücksichten, sondern nach rein sachlichen Gründen sich zu entscheiden. Es war allerdings die allerhöchste Zeit, daß die Auffassung in dem Kaufmannsgericht insoweit verbessert wurde, daß auch die sozialistischen Anschauungen dort zur Geltung kommen. Ueber die Befragung der Angestellten selbst ist nichts in der Vorlage gesagt. Ich nehme nicht an, daß bloß die Geschäftsinhaber befragt werden sollen; um zu einer objektiv richtigen Beurteilung der Auffassung der Interessenten zu gelangen, muß man beide Teile befragen. Betonen muß ich ferner, daß es sich um einen alten Wunsch handelt, der hier schon wiederholt erörtert worden ist. Schon 1892 haben wir beantragt, daß im Handelsgewerbe am Sonntag Schluß gemacht werden sollte. Niemand geschieht ein Schaden, wenn die Geschäfte Sonntags geschlossen sind, der Schaden geschieht nur dadurch, daß man auf die Freiwilligkeit rechnet; wenn dann ein Teil die Geschäfte offen hält, ist der andere Teil gezwungen, es auch zu tun, aus Konkurrenzrücksichten, selbst wenn er den Schluß vorzöge. Jedenfalls kann das Gros der Geschäfte ohne weiteres geschlossen werden. Der Geschöhaber hat Vertrauen zu den großen Kommunen gehabt; wir täten gut, dieses nicht noch länger zu tauschen. Die sehr wichtige Abfassung des Fragebogens sollte der Gewerbe-Deputation übertragen werden und nicht auf dem Dezernatswege erfolgen. Die Enquete sollte möglichst bald und vollständig gemacht werden; dann werden wir auch zu einem Resultat kommen, welches nicht in der Richtung der Wünsche der Kollegen Eard und Gronewaldt liegt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtver. Weigert: Die Meinungen in der Versammlung gehen doch noch sehr erheblich auseinander, der beste Beweis, daß Klarheit noch nicht vorhanden ist; darum hat der Magistrat diese Umfrage beschlossen. Die Reichsinstanzen haben vor etwa einem Jahr einen Entwurf über die Sonntagsarbeit ausgearbeitet, der mit der Sonntagsarbeit völlig brach und nur den Kommunen die Befugnis erteilen wollte, eventuell 3 Stunden Sonntagsarbeit zu konzubieren. Der Entwurf ist aber immer noch nicht eingebracht, ein Zeichen dafür, daß die einzelnen Bundesregierungen sich noch keineswegs über diese Vorschläge in Uebereinstimmung befinden. Der Fragebogen wird sehr ausführlich gehalten sein, er wird auch nicht einseitig im Dezernatswege, sondern von der Gewerbe-Deputation aufgestellt werden. Die Gehilfen auch zu fragen, halten wir im gegenwärtigen Moment nicht mehr für nötig; wir unterstellen, daß sie für die Beschränkung sind. Die Sache soll möglichst beschleunigt werden.

Die 5000 M. werden einstimmig bewilligt. Es folgt die Beratung der Magistratsvorlage wegen Einstellung erhöhter bezw. neuer Zuwendungen an gemeinnützige Anstalten, Vereine u. dergl. Ueber die Einzelheiten ist im „Vorwärts“ bereits berichtet worden.

Stadtver. Barth (A. L.) beantragt Ausschussberatung, hauptsächlich mit Rücksicht auf die Forderung von 5000 M., die für den Gemeinnützigen Verein für Rechtsauskunft für Groß-Berlin bewilligt werden sollen. Dieser Verein bestche erst seit 1907 und es sei nicht üblich, Vereinen von so kurzer Lebensdauer schon mit städtischen Mitteln entgegenzukommen.

Stadtver. Ulrich (A. L.) befragt, auch die Elisabeth-Stiftung für die Hinterbliebenen von Kommunalbeamten zu berücksichtigen.

Stadtver. Stadthagen (Soz.): Auch wir sind für Ausschussberatung. Es werden u. a. neu verlangt 5000 M. für den schon erwähnten Verein. Es steht absolut nicht fest, welches Bedürfnis für die Stadt vorliegt, diesen Verein zu unterstützen. Wenn die Stadt schon gemeinnützige Rechtsauskünfte unterstützen will, warum nimmt sie das nicht in die eigene Hand oder warum unterstützt sie dann nicht die Gewerkschaften, deren Auskunftsstellen höchst segensreich wirken? Wer steht hinter diesem Verein? Was die Vorlage zur Begründung vorbringt, ist ganz außerordentlich ungenügend. Sind wirklich 2400 Anfragen aus Groß-Berlin ergangen, so ist das doch nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Diese Zahl spielt gar keine Rolle, die Arbeitersekretariate haben eine ganz andere Praxis. Man versteht einfach nicht, warum der Magistratsvorschlag gemacht ist. Es ist dringend notwendig, im Ausschusse darüber etwas Näheres zu hören.

Stadtver. Werner (A. L.): Auch wir sind gerade wegen dieser Forderung für Ausschussberatung. Wir sehen darin den kleinen Finger, dem bald der ganze Arm folgen soll, indem die Gemeinde zuletzt die ganze Rechtsauskunft übernehmen müßte. Wir sind prinzipiell der Meinung, daß der Rechtsschutz Sache des Staates und nicht der Gemeinde ist.

Stadtver. Gassel (A. L.) begrüßt die Zuwendung von 10 000 M. (bisher 8000 M.) für hauswirtschaftliche Kurse.

Stadtver. Wurm (Soz.): Auch diese Vorlage ergibt wieder, daß die Privatwohlfahrt für zahlreiche gemeinnützige Zwecke nicht genügt, daß vielmehr eine Reihe der betreffenden Unternehmungen dem Bankrott nahe sind. Auch was nach der Vorlage einzeln mehr bewilligt werden soll, ist gegenüber dem Bedürfnis nach ihren eigenen Angaben völlig unzureichend. Der Verein für Kleinkinderbewahranstalten hat ein Defizit von 20 000 M., die Stadt will ganze 2000 M. mehr geben, statt 8000 10 000 M.! Daselbe Verhältnis sehen wir bei den Kinderhorten, den Kruppenvereinen, dem Oberlin-Ortsverein u. a. m. Das beweist nur, wie recht wir hatten, als wir seinerzeit beantragten, daß die Stadt die Kinderkrippen und Kindergärten in eigene Regie nehmen sollte. Auch diese Positionen müssen im Ausschuss geprüft werden, wir werden unseren Antrag wiederholen. Die Stadt muß sich mit dem Gedanken vertraut machen, dieses Gebiet selbst zu beackern, da die Vereine es nicht vermögen und die städtischen Zuschüsse zu gering sind. Eventuell müssen diese ganz bedeutend erhöht werden.

Stadtver. Kamslan: Die Elisabeth-Stiftung ist nicht bedacht worden, weil erst bei dem Städteordnungsjubiläum eine halbe Million aus städtischen Mitteln gestiftet wurde, deren Zinsen dem gleichen Zwecke dienen.

Stadtver. Ulrich bleibt dabei, daß die Elisabeth-Stiftung eine besondere Berücksichtigung verdient, da sie aus Mitgliederbeiträgen zahlt.

Die Vorlage wird hierauf einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

Im Interesse des Viktoriaparks beabsichtigt der Magistrat, das Grundstück Kleine Paristraße 14/15 für 400 000 Mark anzukaufen, um dessen spätere Bebauung mit großen Mietshäusern zu verhindern.

Die Vorlage wird angenommen, ebenso ohne Debatte die Vorlage wegen Verkaufs des Grundstücks Müllerstr. 144, Ecke Oberer Straße.

An der Ofener Straße soll ein unbebauter, etwa 5000 Quadratmeter großes, dem Rentier Kulof-Schöneberg, Martin-Luther-Straße 28 gehöriges Grundstück zur Errichtung eines Schulneubaus zum Preise von 58 M. pro Quadratmeter für 280 788 M. angekauft werden.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss. Von dem Grundstück Alexanderstraße 55 soll dem Besitzer, Kaufmann Fuhrmann, der ein Kubanprojekt eingereicht hat, eine bisher bebauter, vor der Laufbahnlinie liegende Straßenlandfläche von 39 Quadratmetern abgekauft werden und zwar für 15 000 M.

Stadtver. Borgmann (Soz.): Der geforderte Preis ist außerordentlich hoch. Die Kaufbahnlinie ist für die Alexanderstraße schon vor 20 Jahren festgelegt worden. Es handelt sich lediglich um Straßenland, dessen Abtretung den Wert des verbleibenden Grundstücks ganz bedeutend erhöht. Ich bitte um Ausschussberatung.

Stadtver. Nath: Das hier bestehende Verkehrshindernis muß fert. (Zuruf: Sit ja schon fort!) Die Juristen der Grundeigentumsdeputation sind einstimmig der Meinung, daß die abzu-

treulende Fläche als Bauand bewertet werden muß. Der jetzige Eigentümer hat selbst 534 M. pro Quadratmeter gezahlt und sich schließlich bereit gefunden, auf 384 M. pro Quadratmeter herabzugehen. Ausschussberatung würde absolut keinen Zweck haben. Der Antrag Borgmann wird abgelehnt, die Vorlage angenommen.

Im September 1905 hat der Magistrat der Deutschen Riost-Gesellschaft m. b. H. durch Vertrag 15 Straßen- und Platzflächen zur Aufstellung von Zeitungskiosken für je 400 M. auf 3 Jahre vermietet. Im August d. J. ist der Vertrag auf 1 Jahr, bis zum 14. August 1909, verlängert worden. Nunmehr legt der Magistrat der Versammlung den Antrag vor, den Vertrag ab 1. April 1909 auf 6 Jahre weiter zu verlängern und dieser Gesellschaft für dieselbe Zeit auch den Betrieb der 23 Einfeldhallen der bisherigen „Gesellschaft der Berliner Trinkhallen“ zu übertragen. In den Kiosken wie in den Trinkhallen sollen kleine, dem Publikum frei zugängliche Telephonautomatenzellen eingerichtet werden.

Hierzu ist eine Petition eingegangen, die sich gegen die Genehmigung ausspricht.

Stadtver. Borgmann (Soz.): Die Vorlage bedarf einer ganz besonders gründlichen Erörterung. Seit etwa 25 Jahren ist die betreffende Gesellschaft im Besitz der betreffenden Selterwasser- und Zeitungskiosken; von Jahr zu Jahr wurde ihr der Betrieb verlängert; jetzt soll die Verlängerung gleich auf sechs Jahre erfolgen, das erscheint geradezu einem Monopol gleich. Aus einer mir zugegangenen Zuschrift geht hervor, daß, wenn die Zeitungskioske öffentlich ausgeschrieben würden, der Ertrag mindestens das Doppelte oder Dreifache erreichen würde. Der Betreffende will mehr als 700 M. pro Kiosk zahlen, und zwar nur für Zeitungen; der Wasserverkauf wirft daneben weitere bedeutende Gewinne ab. Jedenfalls haben wir alle Ursache, sehr gründlich zu prüfen, ganz genau so wie seinerzeit bei den Bedürfnisanstalten. Wir beantragen Ausschussberatung.

Stadtver. Gassel: Und ist in der Vorlage aufgeführt, daß der Magistrat eine Verlängerung des Vertrages um 1 Jahr zugestanden hat, ohne die Versammlung zu fragen. Es dürfte das aus der Zeit stammen, wo der Magistrat noch glaubte, unsere Genehmigung zur Vergabe von Straßen und Platzflächen zu solchen Zwecken nicht nötig zu haben. Jedenfalls wäre zu dieser Verlängerung unsere Zustimmung auch notwendig gewesen. Für Ausschussberatung bin ich ebenfalls.

Bürgermeister Dr. Reide erklärt, daß eine Vorlage, welche den Streitpunkt zur Zufriedenheit der Versammlung regelt, unmittelbar bevorsteht.

Stadtver. Gassel: Ich konstatiere, daß die in der Vorlage selbst nicht nachgeforderte Indemnität sich aus diesen Ausführungen des Bürgermeisters ergibt.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern.

Zwischen dem Fiskus und der Stadt Berlin ist ein Vertrag auf fünf Vierteljahre, vom 1. Januar 1909 ab, geschlossen worden, wonach Berlin sich verpflichtet, die bakteriologisch-diagnostischen Untersuchungen feuchtpolizeilicher Art für den Teil der Stadt, der nördlich und nordwestlich durch die Spree, Königs- und Greifswalder Straße begrenzt wird, kostenfrei durch das städtische Untersuchungsamt ausführen zu lassen; auch die von privaten Ärzten beantragten bakteriologischen Untersuchungen in Krankheitsfällen, bei denen Verdacht auf Diphtherie, Genickstarre, Typhus, Ruhr, Malaria, Cholera, Fleisch-, Fisch- und Wursterkrankung oder Trichinose besteht, sollen kostenfrei ausgeführt werden. Für den Rest des Stadtgebietes läßt der Fiskus die betr. Untersuchungen durch das Institut für Infektionskrankheiten und das hygienische Institut der Universität kostenfrei vornehmen.

Stadtver. Dr. Wehl (Soz.): Wir vermissen in der Vorlage die eigentlich allerwichtigste Krankheit, die Schwindsucht, die Lungen-, Kehlkopf- und Darmwindsucht für die Untersuchung dieser Fälle liegt ein außerordentlich dringendes Bedürfnis vor. Der Magistrat könnte sich ja vielleicht auf den formalistischen Standpunkt zurückziehen, daß die Tuberkulose nicht als ansteckende Krankheit im Sinne des Einführungsgesetzes von 1905 zum Reichsfeuchengesetz angesehen wird. Der Fiskus hatte an den Magistrat, wie ich erfahren habe, seine Bereitwilligkeit erklärt, für die beiden staatlichen Anstalten auch die unentgeltliche Untersuchung des Auswurfes von Lungenkranken vorzunehmen; um so mehr muß ich mich wundern, daß die Stadt für die andere Hälfte die Ausführung bewerkelt. Wenn der Staat an seinem Teile die Untersuchung unentgeltlich besorgen will, dann muß auch die Stadt selbstverständlich in ihren Instituten daselbe tun. In zahlreichen Vororten erfolgt diese Untersuchung in den Krankenhäusern ohne weiteres und unentgeltlich. Es handelt sich hier vielleicht nur um einen Jertum oder eine Auslassung. Jedenfalls wollen wir die Möglichkeit haben, hier im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt ergänzend eingzugreifen, und das kann nur in einem Ausschusse geschehen.

Stadtver. Dr. Straßmann: Die Leistungen, die die Stadt übernimmt, sind absolut freiwilliger Natur. Die anderen Städte bekommen für diese Leistungen eine Entschädigung vom Staate. Der Magistrat verzichtet hierauf in Rücksicht darauf, daß der Fiskus die Untersuchung seinerseits unentgeltlich machen will. Wenn man sich zu freiwilligen Leistungen entschließt, richtet man sich doch nicht strikte nach dem Bedürfnis. Die Bedürfnisfrage ist keineswegs so dringend; für die Kraken- und Armentranken sind die Vorkosten da, die Wohlhabenden wenden sich an ihre Privatärzte. Sollte der Staat Gründe haben, die ihm dazu bestimmen, seinerseits auch für die Tuberkulose unentgeltliche Untersuchungen vorzunehmen, so wird der Magistrat zu untersuchen haben, ob die für jenen maßgebenden Gründe auch für und bestimmend sein möchten. Von einem Ausschuss sollten Sie absehen; diese Angelegenheit soll zunächst zum 1. Januar in Kraft treten, was sonst nicht möglich sein würde.

Stadtver. Dr. Nathan hält es für unumgänglich notwendig, daß die Tuberkulose berücksichtigt und der Vertrag entsprechend geändert werden muß; Berlin dürfe dem Staate nicht nachhinken.

Stadtver. Prof. Landau (A. L.): Bei der großen Dringlichkeit der Inkassoforderung des Vertrages bitte ich, im Vertrauen auf die entgegenkommenden Worte des Magistratsvertreters, den Kollegen Wehl, seinen Antrag auf Ausschussberatung zurückzuziehen.

Stadtver. Isaac (A. L.): Bei der außerordentlichen Bedeutung der Tuberkulose wäre es unendlich zu bedauern, wenn nicht der Magistrat wie die Regierung verfahren sollte. Auch ich entnehme aber den Worten des Stadtrats die begründete Hoffnung, daß der Magistrat entgegenkommen wird, und bitte den Kollegen Wehl, nicht auf seinem Antrag zu bestehen. Vielleicht kann den Wünschen durch eine Resolution entsprochen werden.

Stadtver. Dr. Wehl: Der Magistratsvertreter ist falsch unterrichtet, wenn er meint, daß kein Bedürfnis vorhanden sei. Er ist der praktischen Tätigkeit schon zu lange entrückt; jeder Arzt wird ihm bestätigen, daß die Poliklinik für Lungenkranke in der Luftstraße und die wenigen privaten Stellen nicht ausreichen. Es wäre ein Witzesinn, wenn in dieser Vorlage die allerwichtigste Krankheit, die Lungenkrankheit, fehlen würde. Der Stolz der Stadt Berlin sollte doch dahin gehen, vorbeugende Maßnahmen zu treffen. Was hätten sonst Lungenheilanstalten und dergl. für einen Zweck, wenn nicht die Möglichkeit zur Isolierung gegeben wird? Und dazu ist die vorherige Untersuchung notwendig. Es wäre auch kein Unglück, wenn der Vertrag erst zum 1. April in Kraft träte. Nach den entgegenkommenden Erklärungen des Geheimrats Straßmann habe ich aber die Auffassung gewonnen, daß der Staat als gegenseitiger Konkurrent an die Stadt herantritt und wiederholt erklärt wird, er sei bereit, unentgeltlich für diese ihm übergebenen Proben die Untersuchung vorzunehmen. Unter

folchen Umständen erscheint es als selbstverständlich, daß Berlin für die andere Hälfte die von den Ärzten zur Verfügung gestellten Untersuchungsproben auch unentgeltlich untersucht. Ich rechne mit Sicherheit darauf, daß auf allen Seiten des Hauses diese Auffassung geteilt wird, und aus diesem Grunde erkläre ich, daß wir auf Ausschlußberatung verzichten. (Beifall.)

Stadtv. Dr. Langerhans (A. L.) tritt ebenfalls für sofortige Annahme des Vertrages ein.

Stadtv. Dr. Nathan bringt eine entsprechende Resolution ein. Stadtv. Dr. Zabel: (Soz.): Es ist doch eigentlich, daß sich eine solche Beschleunigung verlangt wird. Wir haben schon vor Jahren dieselbe Forderung, aber ohne Erfolg, betrieben. Es scheint, als ob es der Staat ist, der hier hinter der Sache steht und so die Eile veranlaßt. Früher mußte man mit solchen Untersuchungen nach Schöneberg oder Charlottenburg. Das muß jetzt anders werden.

Die Resolution Nathan wird angenommen, ebenso der Antrag mit dem Beifall.

Aus Industrie und Handel.

Das Verschwinden der reinen Werte.

Die von uns oft geschilderten Mißverhältnisse zwischen den von den Rohstoff- und Halbzeugproduzenten hochgeschraubten Preisen ihrer Erzeugnisse und den Erlösen der weiterverarbeitenden reinen Werte lassen diese immer mehr von der Weltbühne verschwinden. Jetzt hat die Firma Kaiser u. Co. in Weidenau die Liquidation beschlossen; das Walzwerk wird vollständig stillgelegt. Das Unternehmen hat 40 Jahre bestanden. Die Walzwerkfirma Junke u. Ebers rettet sich durch Anschluß an das Stahlwerk Cöden u. Co. Infolge der erwähnten Entwicklung sind in den letzten Jahren u. a. stillgelegt worden: die Strummer Eisenindustrie in Oberhausen; das Walzwerk Hartort in Duisburg-Hochfeld; das Ehrenfelder Walzwerk in Köln-Ehrenfeld; das Hochfelder Walzwerk in Duisburg-Hochfeld und neuerdings die beiden oben genannten. Andere haben sich Martinsstahlwerke errichtet, um unabhängiger zu werden. Jedenfalls werden in der nächsten Zeit noch mehrere der reinen Werte ihre Existenz aufgeben.

Auch noch nach anderer Richtung macht sich die gestrige Preispolitik bemerkbar. Wie gemeldet wird, veranlassen die unzureichenden Preisermäßigungen eine Reihe Grobherbräuer, beim Kohlenhandel die Kundenschaft aufzugeben und fremde Kohle zu beziehen.

Entlassungen und Feierschichten.

Allem Anschein nach werden die Vergarbeiter noch mit Jahreslohn recht zahlbar die Feiertage zu spüren bekommen. Sie werden durch Kündigungen und Feierschichten heimgesucht. Am 15. sind zum Beispiel auf Heide Bismarck weit über 100 Mann gefeuert worden; am gleichen Tage wurde auf allen Schächten wegen Mangel an Absatz gefeuert.

Die verlaunet, besteht die Absicht, die jetzigen Einschränkungsziffern von 40 Proz. für Roheisen, 20 Proz. für Roheisen und 17 1/2 Proz. für Brilleisen für das erste Quartal 1909 beizubehalten. — Andererseits ist man der Meinung, die Einschränkung müsse erhöht werden, um den Verbrauch mit der Förderung in Einklang zu bringen.

Deutschlands Außenhandel.

Die im „Reichsanzeiger“ veröffentlichte Uebersicht über den Spezialhandel Deutschlands im November d. J. und in den vorhergehenden elf Monaten dieses Jahres zeigt, daß die Einfuhr auch im November gegen die vorjährige weiter zurückgegangen ist. Während im Oktober die diesjährige Mindereinfuhr 2 Millionen Doppelzentner betrug, stellt sie sich im November auf über 5 1/2 Millionen Doppelzentner, indem nur 52 802 067 Doppelzentner gegen 57 851 839 Doppelzentner im November 1907 eingeführt worden sind. Die Gesamteinfuhr in der Zeit vom 1. Januar bis 30. November beträgt in diesem Jahre 655 775 005 Doppelzentner gegen 608 600 339 Doppelzentner im Jahre 1907; sie ist also um 50 885 278 Doppelzentner oder 8,5 Proz. zurückgegangen. Die Ausfuhr ist im November ebenfalls gegen die vorjährige gesunken. Es sind nur 83 479 293 Doppelzentner gegen 89 453 578 Doppelzentner im November 1907 ausgeführt worden. Für die Gesamtausfuhr in den elf Monaten dieses Jahres ergibt sich noch ein Mehr gegenüber dem Vorjahre, das aber nur 8 Millionen Doppelzentner beträgt. Es sind in diesem Jahre 418 806 196 Doppelzentner gegen 410 294 595 Doppelzentner im Jahre 1907 ausgeführt worden.

Krise in der Eisenindustrie.

Auf den rheinisch-westfälischen Eisenwerken werden jetzt vielfach Arbeiterentlassungen vorgenommen. Einzelne Betriebsabteilungen läßt man vollständig stilllegen; in anderen Abteilungen wird die Produktion eingeschränkt, was ebenfalls Verminderung der Arbeits-

kräfte zur Folge hat. Die Union in Dortmund hat am 15. sowohl in Martinibetriebe als auch im Vessmertwerke Einschränkungen vorgenommen. Da gibt es in diesen Familien trübe Weihnachten.

Der Kampf um den Kakaopreis.

Die wichtigsten überseeischen Nahrungsmittel sind heute sämtlich Objekte der Spekulation. Seit Jahren besteht schon eine einflussreiche Verbindung zwischen Lissaboner Banken und Plantagen in San Thomas und Principe. Dieser Ring verstand den Kakaopreis von 48 auf 120 M. zu treiben. Diese furchtbare Höhe konnte der Kakaopreis nicht lange halten. Einmal waren es die Plantagen von Bahia, die dem Ring nicht angedehnten und unterboten, dann kämpften auch die Abnehmer gegen diese Bäckerei. Die sehr günstige Kakaopreise legte den Preisstreibern der Lissabon-San Thomasgruppe vorläufig ein Ziel. Jetzt wird versucht, die Plantagen von Bahia mit in den Ring einzubeziehen. San Thomas und Bahia produzieren zusammen ungefähr 60 Millionen Allogramm Kakaos, und ohne dieses Quantum kann der Konsum nicht gedeckt werden. Der Plan geht aber noch weiter. Die Produzenten aller kakaobauenden Staaten sollen zu einer mächtigen Aktion zusammengeschlossen werden. Es sind bereits in Ecuador, San Domingo und Trinidad nationale Organisationen gebildet worden. Die portugiesische Regierung hatte sogar ihren Vertreter in Brasilien beauftragt, wegen eines Anschlusses an diesen die ganze Welt umspannenden Preisvertrag der Produzenten mit der dortigen Regierung zu verhandeln. So wird man alles daran setzen, um die „Regulierung“ des Preises in die Hände zu bekommen. Den Schaden hat die große Masse der kakaoverbrauchenden Bevölkerung aller Kulturstaaten.

Chinesisches Schweinefleisch für Europa. Aus London wird berichtet: In kurzer Zeit wird man in Europa Gelegenheit haben, das Fleisch von Schweinen zu kaufen, die im Reiche der Mitte gezüchtet wurden. Die Peninsula and Oriental Steamship-Gesellschaft übernimmt jetzt in größerem Maßstabe die lange geplante Einfuhr chinesischen Schweinefleisches nach England. Die geschlachteten Tiere werden in Shanghai verladen und in besonders konstruierten großen Kühlräumen nach England verfrachtet. Die Chinesen haben eine große Vorliebe für Schweinefleisch und betreiben daher die Schweinezucht in größtem Umfange. Falls das Fleisch durch den Transport nicht zu losspielig wird, hat es alle Aussichten, sich schnell in Europa einzubürgern, um so mehr, als Fachleute versichern, daß die Chinesen in der Kunst des Schweinemästens den europäischen Jährlern überlegen sein sollen.

Aus der Frauenbewegung.

Schutz den unehelichen Müttern!

Eine Predigerin in der Wüste ist Gisela von Streiberg mit ihrer Broschüre: „Die Bevölkerungsfrage in weiblicher Beurteilung.“ Die Verfasserin tritt in erster Linie für ausgedehnten Mutterschutz ein. Sie spricht den vernünftigen Gedanken aus, daß vielfach in den Kreisen, wo Sympathie für Mutterschutz vorhanden ist, dieser nur dem Gedanken für die Erhaltung einer gesunden Rassenentwicklung einseitig. Um die Erhaltung der Mütter, ihrer selbst willen, ist man weniger bemüht. Die Verfasserin fordert mehr gesetzlichen Schutz für die schwangeren Frauen. Das bürgerliche Gesetzbuch verleiht allen Reichsangehörigen gleiches Recht, aber die schwangere Frau findet keinen ausreichenden Schutz gegen Mißhandlung durch ihren rohen Ehemann. In dieser Beziehung wird weniger durch das Gesetz Besserung geschaffen; Aufklärung und Erziehung müßte da helfen. Bei Gelegenheit der Internationalen Arbeiterkonferenz, im Mai 1890, hat Wilhelm II. gesagt: „Das Verbot der Arbeit für Mütterinnen ist mit der Besserung der Masse eng verknüpft. Es kommen bei einer solchen Frage die Kosten gar nicht in Betracht.“ — G. v. Streiberg meint, das sei ein schönes Wort gewesen, nur sei die Frage offen geblieben, wer die Kosten tragen solle. Noch heute harret man der Verantwortung dieser Frage. Für Arbeitermütterinnen ist bisher bitterwenig getan worden. Die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag haben Anträge über Anträge gestellt, aber immer ohne Erfolg. Den verheirateten Arbeiterinnen steht für die Zeit nach der Entbindung eine vierwöchentliche Unterstützung zu, wo aber bleiben die vielen, einer Krankenkasse nicht angehörenden Frauen und Mädchen? Diese fallen, wenn sie mittellos sind, der Armenpflege zur Last.

Die städtischen Entbindungsanstalten tragen in der Regel dem Gedanken des Mutterschutzes sehr wenig Rechnung. Sie dienen in der Hauptsache als Lehranstalten für Studierende und Hebammenhilferinnen. Die Wöchnerinnen müssen solche Anstalten viel zu früh verlassen. Die Verfasserin äußert sich auch mißbilligend über die den „Gefallenen“ in solchen Entbindungsanstalten zu Teil werdende Behandlung. Verheiratete Frauen, deren Leiden Spezialärzten interessierte Studien darbieten, finden selten humanere Behandlung. Ferner beschäftigt die Verfasserin die Frage der Bestrafung wegen Mütterkilling. Im bürgerlichen Gesetzbuch, Titel I, § 1, heißt

es: „Die Rechtsfähigkeit eines Menschen beginnt mit der Vollendung der Geburt.“ — Aus diesem unabweislichen Satze ergibt sich kein Zwang, der unentwickelten Leibesfrucht die Rechte und den Schutz einer Persönlichkeit zuzubilligen, und eine weibliche Person unter schwerer Strafandrohung zu zwingen, ein in ihrem Schoße keimendes Leben auszutragen und zur Welt zu bringen. Es liegt doch eine furchtbare Härte darin, eine Mutter von sieben Kindern ins Gefängnis zu bringen, weil sie nicht einem achten das Leben geben wollte. Am erbarmungslosesten trifft der § 218 des deutschen Strafgesetzbuches die ledige Mutter, die in bitterer Notdrangnis und Seelenqual der Geburt eines Kindes entgegensteht, daß niemand zur Freude und sich selbst zum Leide das Licht der Welt erblinden soll. Manches arme Mädchen steht in solchem Falle ohne Obdach und Existenzmittel da, von ihrem Liebhaber verlassen, von den Eltern verstoßen, unfähig eine Stellung anzutreten. Die Verfasserin sagt: „Der moralische Verstoß gegen die Bestrafung einer Frau wegen Verbrechens im Sinne des § 218 erhebt der Staat von vornherein schon bedauern, weil er beiden Geschlechtern gestattet, die gemeinschaftlichen Lafter des Trunkes und der Unzucht ungehindert auszuüben, wodurch die Volkskraft geschwächt und eine massenhafte Vernichtung menschlichen Lebens von seiner ersten Grundlage verurteilt wird.“

Weit mehr noch zu rügen ist die Praxis, den erfolglosen Versuch von Abtreibung für Irrosbar zu erklären. Eine gemeine Denunziation genügt, um unglückliche Frauen Monate lang ins Gefängnis zu bringen.

Etwas anders, das die Verfasserin als ein großes Unrecht Mädchen gegenüber bezeichnet, die außer der Ehe ein Kind hatten, läßt uns kalt. Sie spricht davon, daß die Kirche bei der Trauung solche Bräute mißachtend behandelt. In Deutschland bedarf eine Ehe nicht mehr des Segens der Kirche, man verzichte darauf, das Unrecht ist behoben. Schlimmer ist, daß sich weibliche Behörden anmaßen, „Gefallene“ zu strafen. So sind „beifällige“ Personen, d. h. solche, denen die auferlegte Mutterschaft nachgewiesen ist, von jeder Anstellung in staatlichen Betrieben ausgeschlossen. Angehörige des Soldatenstandes, wenn sie heiraten wollen, müssen den Nachweis tabelloser Lebenswandels ihrer Braut bringen. Sie selbst dürfen das ausschweifendste Leben geführt haben und weiter führen. Erogenannte anständige Frauen aus „besseren“ Kreisen bilden auf eine „Gefallene“ herab. Aber um sich die Mühen und Sorgen mit einem kleinen Kinde vom Halse zu schaffen, nehmen sie uneheliche Mütter in ihr Haus, die ihren Kindern dann für Verzählung eine liebevolle Mutter sein sollen, in dessen die Kinder der mitleidenden Mutter oft unter den erbärmlichsten Verhältnissen groß werden oder verderben. Die Mütter selbst werden gut gefüttert, damit sie als ergiebige Milchautomaten funktionieren.

Zum Schluß weist G. v. Streiberg noch auf die Tätigkeit des Bundes für Mutterschutz hin, der sicher aus wahrer Humanität sich verlässlicher Mütter erbat. Was will aber gegenüber der kolossalen Not eine so winzige Hilfe bedeuten? So sehr wir uns freuen über humanitäres, wenn auch ideologisches Streben, das sich immer wieder betont werden: Erst dann, wenn die große Masse einen Druck auf die Gesetzgebung ausübt, werden bessere Zustände herbeigeführt.

Der Kampf der Frauen um Staatsbürgerrechte!

Am Dienstag, den 15. Dezember, hatte der 6. Berliner Wahlkreis eine Versammlung für weibliche Mitglieder einberufen, und zahlreich waren die Genossinnen nicht einer Anzahl Genossen erschienen. Die Referentin, Genossin Luise Risch, sprach über das Thema: „Der Kampf der Frauen um Staatsbürgerrechte.“ Mit Interesse und großem Beifall nahmen die Anwesenden die Ausführungen der Rednerin entgegen, die den Wünschen und Begehren der Frauen Ausdruck gab und die leidigen reaktionären Zustände in unserem Lande geißelte.

In der Diskussion sprach noch ein Redner im Sinne des Referats. Dann forderte die Vorsitzende, Genossin Ratsche, die Anwesenden auf, wieder mitzuarbeiten, um endlich einmal alle jene Bestimmungen abzuschaffen, die die Frauen heute noch überall in öffentlichen Leben behindern. Ein großes Stück Erziehungsarbeit sei noch zu leisten; vor allem müßten die Proletarierkinder ihren ganzen Einfluß geltend machen, um ihre Kinder in unserem Sinne zu erziehen, damit ein neues, tüchtiges Geschlecht heranwache. Die Arbeiterpresse, in Berlin der „Vorwärts“, müßte in jedem Arbeiterheim zu finden sein, desgleichen die „Gleichheit“, das berufene Organ für die arbeitenden Frauen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterkassen. Unsere Weihnachtsfeier findet Montag, den 28. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstr. 72, statt.

Seiabend.

Bankw. Donnerstag, 18. Dezember, 8 1/2 Uhr bei Abendroth. Vortragen-Rummelsburg. Freitag bei Tempel, Alt-Vorhagen 58. Vortrag: Genosse Trinks. Vorstandswahl.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 18. Dezember.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königliches Opernhaus. Ein-sonnenkonzert der Hl. Kapelle.
Königl. Schauspielhaus. Jopj und Schwert.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Revolution in Strömung. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Kammerspiele. Der Arzt am Scheidewege.
Hebbel. Thummelumsen.
Luffing. Nora.
Berliner. Herodes und Mariamme.
Neues Schauspielhaus. Julius César.
Römische Oper. Jopj.
Neues. Jopj.
Kleines. Jopj.
Schiller O. (Wagner-Theater.)
Vater und Sohn.
Schiller. Charlottenburg. Der schwarze Kanalar.
Friedrich. Wilhelmstädts. Schauspielhaus. Madame Bonbard.
Westen. Der ideale Bauer.
Thalia. Immer oben auf.
Luffing. Die Kinder des Kapitän Grant.
Bernhard. Die Beter-Wally.
Wilhelm. Die Schöpfung.
Friedrich. Madame Jopj.
Trianon. Die Liebe wagt.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Berliner Operetten-Theater SW. Davana. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Schnitz. Demimonde.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Bürgerl. Schauspielhaus. Staatsanwalt Alexander. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Gedächtnis. Die beiden Anbiederer. Vortr. Gustav. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Apollo. Mizi Gizi. Siegmund. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Metropol. Donnerwetter — tadellos.
Waldg. Spezialitäten.
Kaffee. Die Dianabäder. Spezialitäten.
Reichshaus. Stettiner Sänger.
Waldg. Spezialitäten.
Holländ. Caprice. Servus Pöschel.
Luffing. Hermann.
Gustav. Wehrend. Der Obersteiger. Spezialitäten.
Carl. Saverland. Spezialitäten.
Parodie. 2x3=7. Die Hausverste.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Urania. Landensirake 48/49.
Abends 8 Uhr: An den Seen Oberitaliens.
Sternwarte. Anbiederer. 67/68.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Israel.
Morgen und folgende Tage: Israel.
Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Moral.
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr: Der ideale Bauer.
Wittm. Sonnab. 4 Uhr: Dorndörchen.
Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: Herodes und Mariamme.
Morgen: Herodes und Mariamme.
Gastspiel-Theater.
Köpenicker Straße 68. 8 1/2 Uhr: Gastspiel Hedwig Lange.
Demimonde.
Sonntag 8 1/2: Die Weise aus Lowood.

Schiller-Theater.
O. (Wagner-Theater.)
Freitag, abends 8 Uhr: Vater und Sohn.
Komödie in 3 Akten von Gustav Edmann.
Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr: Der Graf von Charolais.
Sonnabend, nachm. 3 Uhr: Der rote Leutnant.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Zum 1. Male: Ein Volksfeind.

Friedrich-Wilhelmstädtsches Schauspielhaus.
Freitag, den 18. Dez., Anf. 8 Uhr: Madame Bonivard.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Der gestiefelte Kater. Abends 8 Uhr: Seine Höflichkeit.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr: Madame Flirt.
Hebbel-Theater
Königsgraber Str. 67/68. Anf. 8 Uhr.
Thummelumsen.
Neues Operetten-Theater, Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr: Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr: Die Kinder des Kapitän Grant.
Sonnabend 4 Uhr Kinderoper: Der Rattenjäger von Gameln.
Abends 8 Uhr: Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Rattenjäger von Gameln. Abends: Die Kinder des Kapitän Grant.
Montag: Die Kinder des Kapitän Grant.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Täglich abends 8 Uhr:
„Kümmere Dich um Amelie.“
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, 20. Dezember, nachm. 3 Uhr, annehmliche zu volkstümlichen Preisen: Kümmere Dich um Amelie.

DERNWARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurter Str. 132
Zum erstenmal:
Die Geyer-Wally.
Anfang 8 Uhr. Wochenpreis.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Schneewittchen und die sieben Zwergs.
Abends: Die Entgleitnen.

Apollon Theater
Abends 8 Uhr:
Eine lustige Spreefahrt.
Rufft von Paul Lincke.
9 1/2: Mizi Gizi
10 1/2: Brothers Schenk
10 1/2: Siegw. Gentes
u. die übrigen Dezember-Attraktionen.

Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr
Donnerwetter — tadellos.
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schults.
Nassary — Perry
Holden — Bender
Glampietro — Kettner
Pfann — Thelcher.

XIV. Saison!
Zirkus Busch.
Freitag, den 18. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Wohltätigkeits-Vortr. i. d. Internationale Blindenheim.
? Das Moto-Baby! ?
Inas-Truppe!
John Higgins!
Champion im Hoch- u. Weisprung.
Bermer: Herr Ernst Schumann.
Kreuzkuren. Gerard u. Santana.
Boureaux u. Manetti, Reklamliefer.
Um 9 1/2 Uhr:
Barbarossa!!
Sonntag: 2 gr. Vorstellungen.

Bürgerliches Schauspielhaus
Kastanien-Allee 7-9.
Zum 1. Male:
Staatsanwalt Alexander.
Schauspiel in 4 Akten von Schiller.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Morgen zum 1. Male Kinder-Vorstellung: Aschenbrödel.

Casino-Theater
Lothninger Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Das glänzende Dezember-Programm.
Tadellos! Sacherer!
„Die Dianabäder.“
Freitag, 23. 4 Uhr: Reozengasse 8a.
Sonnabend, 26. 4 Uhr: Hotel Klingebusch. Sonntag, 27. 4 Uhr: Die ideale Kiste.

Wahalla-Theater
Weinbergsweg 10/20, Rosenthal. Tor.
Anfang 8 Uhr:
Dezember-Spezialitäten.
Im Lammel Regimentskapellen u. Theaterbesucher hab. freien Eintritt.

Zirkus Schumann.

Heute Freitag, den 18. d. Mts., abends präz. 7 1/2 Uhr:
Das neue sensationelle Dezember-Programm. Neue Debüts.
Um 9 1/2 Uhr: Das Pracht-Manege-Schaustück
Golo, der Seeräuber und
Mädchenhändler.
Verwegene Reiterei. - Der Todesritt.

Brauerei Friedrichshain.

Am 1., 2. u. 3. Weihnachts-Feiertage:

Große Matinee-Konzerte

von

Johann Strauß aus Wien

mit der gesamten Kapelle (50 Künstler).
Billets zu ermäßigten Preisen (40 u. 60 Pf.) im Vorverkauf
bei der Expedition des „Vorwärts“, Herrn Zucht,
Immanuelkirchestr. 12.

Grand-Hotel-Festsäle

Am Alexanderplatz. B. Jelmlich.

Jeden Sonntag und Dienstag: (21.6.19)

Hamburger Sänger.

Anfang Sonntags 6 1/2 Uhr, wochentags 8 Uhr.
Vorzugskarten haben wochentags Gültigkeit.

WINTERGARTEN

Der lachende
Politiker
und das
neue interessante
Programm.

ENTREE M1 RESERV. PLATZ M2
erschließt Garderobe-Programm

Gebüder

Herrnfeld-

Theater. Vorverk.
8 Uhr. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.

Herrnfelds größter Schlag:
Die beiden

Bindelbands.
Vorher:
Der neue Künstler-Tell.

An allen 3 Weihnachtstagen
abends 8 Uhr:

Die beiden Bindelbands.
Nachm. 4 Uhr, bei halben Preisen:

1. Feiertag (Freitag):
Endlich allein!

2. Feiertag (Sonnabend):
Hausierer Jockele.

3. Feiertag (Sonntag):
Die letzte Ehre.

Hierzu nachmittags u. abends:
Der neue Künstler-Tell.
Billets für die Weihnachtst-
tage und

Silvester-Vorstellung und Feier
sind ab heute schon zu haben.

Folies Caprice

Anfang 8 1/2 Uhr.
Servus Pschesina!
Bunter Teil.

Ein lediger Ehemann.

Passage-Theater.
Jeden Abend
8 Uhr:

Bozena
Bradsky

und das großartige
Dezember-Programm.

Passage-Panoptikum.
Die gr. Weihnachtsvorstellungen:
Ein Stündchen
im Himmelreich
mit den großen Tableaus:
Petrus am Himmelstors
Lasset die Kindlein zu mir kommen
etc.

Die phänom. Illusions-Feerie:
**Die singenden Engels-
köpfechen.**
Alles ohne Extra-Entree!
Lebend! Lebend!
Das Bärenweib,
halb Weib - halb Bär,
Ohne Extra-Entree!

I. Weihnachts-Feiertag

abends 7 1/2 Uhr

Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:

KUNST-ABEND

Leitung: Margarete Walkotte

Mitwirkende: Herr Professor Krüger Nystedt,
Konzertsängerin Fräulein Meyer, Herr Emil Walkotte,
Herr Miolke, Margarete Walkotte, am Flügel:
Herr Bernhard Nitsche. - Anschließend: Ball.
Entree 50 Pf. im Vorverkauf, Abendkasse 60 Pf. Vor-
verkauf bei Herrn H o r s c h, Engelufer 15. 293/16*

Unentbehrlich

zum richtigen Verständnis der

■■■■■ Orientkrise. ■■■■■

Gerade im richtigen Augenblick erscheint:



Preis: Geheftet Mk. 4.-; in Leinwand geb. Mk. 5.-

Ein Werk, das mit einer geradezu romanhaft spannenden
Beweisführung alle landläufigen Ansichten über die Orient-
frage umstürzt. Es enthält viele bisher völlig unbekannt
Tatsachen und veröffentlicht eine große Anzahl geheimer
Staatsakten aus den Archiven europäischer Großmächte.
Diese Enthüllungen sind daher unter den gegenwärtigen
Verhältnissen für alle politisch irgendwie Interessierten von
der allergrößten Bedeutung.

— Zu beziehen durch alle Buchhandlungen. —

VERLAG DER LITERARISCHEN ANSTALT
RÜTTEN & LOENING IN FRANKFURT A. M.



Leistungsfähigste Bezugsquelle

für **Woll-, Haar- und Seidenhüte**

nur modernster Formen,
20-25 Proz. unterm Selbstpreis.
Ein Posten modernster Sport- und Haus-
mützen (Form Jeppetta) a Stüd 45 Pf.

Hut-Engros-
Geschäft von **Alvin Submann**, seit 1885 Holzmarkt-
straße 38, parterre.

Zögern

Sie nicht länger

wenn Sie etwa nicht im klaren sind, wo Sie Ihre Winter-
Garderobe kaufen wollen.

Ein Blick

in meine enorm großen Läger wird Ihnen genügen, um
einzusehen, daß Sie an der richtigen Quelle sind, und daß
niemand imstande ist, Ihnen größere Vorteile und günstigere
Bedingungen zu bieten.

Sämtliche Waren werden an jedermann

auf Kredit

unter solch außergewöhnlich günstigen Abzahlungs-
Bedingungen abgegeben, daß sich eine bessere Gelegenheit
zum Weihnachtsfest wohl schwerlich wiederfinden wird.

1 Anzug 18 M.	Anzahl 3 M.	Damenjackets
1 Anzug 24 "	Anzahl 5 "	Kostüme
1 Anzug 30 "	Anzahl 6 "	Röcke, Blusen
1 Anzug 38 "	Anzahl 7 "	Schuhe etc.
1 Anzug 45 "	Anzahl 8 "	Anzahlung
1 Anzug 51 "	Anzahl 10 "	von 2 M. an.

S. Gottlieb

54 L. Rosenthaler Straße 54 L.

Lieferant des Berliner Bankbeamten-Vereins
und des Deutschen Beamtenbundes.

Charlottenburg
F. Künsmann Wallstr. 1
Moderne Uhren u. Goldwaren



14 Tage
auf Probe

besende a. meine
Gefährderraffin
H. Harzer
Kanarien-Vogel
sowie Vogelfutter
u. Einsatz-Sauer.
Verlangen Sie
Preisliste kosten-
frei von

L. G. Müller, Vogelzüchterei,
Nordhausen 10 a. H.

Sorgenlose Stunden

bereitet meine
Probekiste
Sie enthält in vorzüglichster
Güte:
1 Fl. Kognak V.
1 " Malaga J.
1 " Rum V.
u. kostet franko gegen Nach-
nahme 6 M. 75.
Max Sulzberger, Wiesbaden.
Gegr. 1890. 77b*

Spezial-Geschäft für Uhren
1 neue Uhr-Gehäuse 75 Pf.
1 neue Uhr-Kopfset 15 Pf.
1 neue Uhr-Glas 10 Pf.
1 neue Uhr-Stange 10 Pf.
1 neue Uhr-Belag 10 Pf.
1 neue Uhr-Schüssel 5 Pf.
Neue Uhren 1 großer
Kuhb. genau reguliert

E. Möbis,
14 Beuthstrasse 14

Allen Verwandten, Kollegen
und Bekannten die traurige An-
kündigung, daß meine einzige, innig-
geliebte Tochter

Eise Ast
am 16. d. M. gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Sonntagvormittag 3 Uhr
auf dem Emmaus-Friedhof statt.
Der trauernde Vater
Paul Ast, Sorauer Straße 22

Offertiere in nur frischer, schöner
Ware, solange Vorrat reicht:

Hasen,

extra stark, für nur . . . 3,30 R.
lauber gelbte, von . . . 2-4 .

Gänse,

bis 15 Wb. schöner, pro Wb. 0,60 R.
Gänserhühner, halbe Gänse.

Enten,

Keilscholl und fett, von . 2,50 R.

Hühner
in ganz besonders schöner Ausmaß.
Wegner, 50. Mariannenstr. 54.

Arbeiter-

Berufs-Kleidung

Aeltestes Spezial-Geschäft

3 Mühlenstr. 3

2. Geschäft:
98 Kottbuserdamm 98.

Adolf Wecker.

Um mit dem großen Vorrat meiner drei sehr un-
fangreichen Geschäfte etwas zu räumen, so gewähre
ich auf sämtliche fertige

Herren-, Jünglings- und Knaben-Garderobe
bei meinen bekannt billigen aber streng festen Preisen
bis zum 10. Januar 1909

10 Proz. Rabatt.

Es ist dies eine günstige Gelegenheit, außerordent-
lich vorteilhaft zu kaufen und sollte jeder Kaufstuge
dieses streng reelle Angebot nicht unberücksichtigt
lassen.

Verkauf nur gegen Barzahlung.

Carl Stier

Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe.
Berlin SO. Berlin W. Potsdam

Oranienstr. 155. Potsdamer Str. 113a. Nauener Str. 23.
Sonntag, den 20. Dezember, bis 8 Uhr abends geöffnet.

Mehlhandlung

Franz Pflugmacher

nur **Schöneberg, Kolonnenstr. 48**
empfiehlt zum Fest:

WienerMehl	5 Pfd. 1.10	Sultana ..	Pfund 60 u. 70
Kaiser-Auszug	95	Rosinen ..	50 u. 60
Weizenmehl 3/0	85	Korinthen ..	Pfund 40
Weizenmehl 00	75	Zitronat ..	70

Bolero

ist nach dem
Urteil aller Sachverständigen

die
feinste 2 Pf.-Zigarette.

Gesetzlich geschützt!

Zu Engrospreisen

kauft man direkt in einer Herrenkleiderfabrik Winterpaletots
und Anzüge wegen vorgerückter Saison und Umfang. Die Fabrik
hat sonst nur engros an bedeutende Herrenkonfektionsgeschäfte
Berlin verkauft, daher diese diskrete Bekanntmachung. Bei
jährlichen Aufträgen unter A. 1 an die Haupt-Expedition des
„Vorwärts“ wird Ihnen diese vorteilhafte Bezugsquelle umgehend
zugewiesen. - Auch über die Warenfertigung viele Anerkennungs-
schreiben vorhanden. - Beschäftigung selbst von Fachleuten löhrend.
Rein Kaufmann. 54600*

Ständige Eishahn. Bis 1 Uhr nachts
geöffnet. Großes Konzert. Abends
9 und 10 1/2 Uhr Auftreten erster Eis-
künstler und -künstlerinnen.

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill. Steinmetzstr. 10.

Die Schule der Liebe

oder: Familie Friedlich.
Weihnachts-Vollstüch mit Gesang.
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.
Sonnabend, 19. Dez., große Extra-
Vorstellung! Einmalige Aufführung:
Die Rose von Avignon.

Königstadt-Kasino.

Helmstr. 72.

Täglich: Gr. Extra-Vorstellungen.

Aus Vaterliebe

oder: Der Weihnacht größte
Freud - Freigesprochen.
Kissen-Spezialitäten-Programm.
Anf. 8 Uhr. 8 Uhr. Keine ech. Stelle.
An allen 3 Feiertagen: Fastvorstellung.
Anf. 8 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.

Sanssouci, Kottbuser
Straße 6.

Direktion Wilhelm Reimer.

Wegen Vorbereitung zu den

Weihnachts-Feiertagen

geschlossen.

Am 1., 2. und 3. Feiertag:

Gr. Elite-Kolossal-Prege.
Die neuesten Schläger der
Saison in Wort und Bild.
Einsakter, Ensemblezenen.

Tanz.
Beg. Sonnt. 6. wochent. 8 1/2.

Nächste Vorst. am 1. Feiertag.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.

Zum Schluß neu:
Der Kompanie-Ball

Mitläufige
Humoreske
von Maysel.
Anfang
wochentags
8 Uhr.
Sonnt. 7 1/2.

Palast-Theater

Burgstraße 24, 2 Minuten vom
Bahnhof Börse.

Täglich 8 Uhr:

Das sensationelle Progr.

u. a.:

Lona Revel, plattische Bojen.

Dolorita, span. Tänzerin.

Clerson u. Georgi,
afrodisischer Nil.

Werthers Leiden, Burleske.
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-1 Uhr.
Familienkarten, wochentags halbe
Preise, überakt gratis!

Gustav

Behrens-

Theater,
Goltzstr. 9.

Im Wein liegt Wahrheit

Volle mit Gesang
und

Weihnachtsfreude

Lebensbild mit Gesang.

Außerdem die übrigen erst-
klassigen Spezialitäten

Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Wie treffen uns?

Wo?

In der Kino!

Vorstellungshalle am Zoo
19. Dez. 10-3 Jan.

Ständige Eishahn. Bis 1 Uhr nachts
geöffnet. Großes Konzert. Abends
9 und 10 1/2 Uhr Auftreten erster Eis-
künstler und -künstlerinnen.

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt

Belle Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm

Wir geben unseren Kunden Gelegenheit zum besonders billigen Weihnachts-Einkauf und verfolgen trotz billigster Preise bei Einkäufen noch die

Doppelte Anzahl Rabattmarken

Von dieser Vergünstigung sind nur wenige Artikel ausgeschlossen.

Pfefferkuchen

Spielwaren-Ausstellung

Baumschmuck

Sonntag den 20. Dezember von 12 bis 8 Uhr geöffnet

Unsere Geschäftshäuser sind jeden Abend bis 10 Uhr geöffnet.

Geehrte Hausfrau!

Haben Sie schon Hamburger Bruchkaffee-Mischung versucht? Marke „Java“ Pfund 60 Pf. — Marke „Mocca“ Pfund 80 Pf. Hamburger Bruchkaffee-Mischung ist absolut rein schmeckend u. kräftig. Hamburger Bruchkaffee-Mischung ersetzt den teuren Bohnenkaffee. Hamburger Bruchkaffee-Mischung ist halb so teuer wie Bohnenkaffee. Hamburger Bruchkaffee-Mischung kommt täglich frisch geröstet z. Verkauf. Hamburger Bruchkaffee-Mischung führt n. einem Gebr. z. dauern. Kundens. Hamburger Bruchkaffee-Mischung befriedigt den veröhntesten Kaffeetrinker. Hamburger Bruchkaffee-Mischung ist allein d. u. Geschäfte z. beziehen. Hamburger Bruchkaffee-Mischung hat sich in kurzer Zeit seiner vorzüglichen Qualität wegen in ganz Berlin eingeführt. **Gebr. Grossian, Kolonialwaren- u. Kaffee-Großhandlung** Berlin C., Neue Schönhauser Str. 14, Rosenthaler Str. 51, Frankfurter Allee 188.

Sonntag bis abends 8 Uhr geöffnet.



Jede Dame lese!

Diese Woche **Ausnahme-Preise** neu eingetrossener Modelle. **Seldenplüsch-Paletots und -Jackets** in größter Auswahl von 20—67 M. (Wert bis 150 M.) **Straßen-Kostüme** für 21—52 M. (Wert das Doppelte.) **Besondere Gelegenheit: Elegante Abendmäntel und Capes** in allen Farben von 12—38 M. **1 Kosten elegante Winterpaletots,** das Allerbeste, von 10—26 M. **1 Kosten eleg. Röcke,** tadellos sitzend, sowie **Jacken enorm billig.** **Damenkonfektion Seydelsr. 2** 1 Treppe, am Spittelmarkt.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35 **Sie sparen Geld!** Wenn Sie direkt zu **Engrospreisen** in der **Möbellabrik** von **H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35** kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur **eigenes Fabrikat.** — Auf Wunsch Teilzahlung. **35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35**

Die allerbeste Puppe erhält man, wie seit Jahren bekannt, in der **Puppen-Fabrik Otto Kreyszig** 88 Brunnenstr. 88, schrägüber der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft. beim Einkauf von Ersatzteilen **gratis!**

Arbeiter finden für den Winter

gute und billige **Unterkleider** in großer Auswahl **Brunnenstr. 158, Gelber Laden.**

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 8 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gebirgen, Petroleumföhrer ohne Umhüllung, Woche 1,00. **Riefenlager, Louis Hiltner (selbst):** Betriebleitung Vorkantenerstraße 33 (Bahnwecheldung Barthauserstraße), Vorkantenerstraße 81, Schönhauser Allee 79, Badstraße 8a, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247.

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Bräun, Nadelischer Markt 4, Bahnhofs-Pforte. 264/11*

Gasbronzen, Gaslampen 2,00. **Salongasbronzen, Gasbrenner, Kaminofen** (vollständig) **Gasbratbacken** 8,00, **Gasbrenner** 3,00, **Wohlfahrer, Wassertheater** 33. 1540/8*

Herrenanzüge, Herrenpaletots, zurückgelegt, aus feinsten Stoffen 18 bis 38,00 täglich. **Sonntagsverkauf.** Deutsches Verbandshaus Jägerstr. 63, 1 Treppe. 1375/8*

Teppiche, lackierter Holz, für halben Wert. **Vormärtsklein 5 Prozent** **Uhrarabatt.** Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 1501/8*

Wäschportieren, Kaminerepazier für halben Wert. **Vormärtsklein 5 Prozent** **Uhrarabatt.** Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. *

Steppdecken, (vollständig) Verordnungs- **klein 5 Prozent** **Uhrarabatt.** Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. *

Edelmann's Leibhaus, Schöneberg, Sedanstraße 1, gegenüber Bahnhof Schöneberg, verkauft billig Silberne und goldene Uhren, Ketten, Ringe, Broschen, Ohrringe, Winterpaletots, Anzüge, Joppen, Bilder, Pläne, einzelne Möbel. 1532/8*

Wäschschlecken, großer Weihnachts-Ausverkauf, wunderbar billige, beste Qualitäten: jetzt 5,55, 6,75, 7,50. **Richard Wolff** **Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Kottbuser-Tor).** **Abmontieren** **Rabat.** 1518/8*

Damenanzüge, Herrenanzüge, goldene, Gardinen, Steppdecken, Teppiche, Betten, Winterpaletots billig. **Wandleibhaus** **Oranienstraße 177, Ecke Adalbertstraße.** 1534/8*

Wenddecken, zurückgelegt, große, reißfeste, Stiel 3 Mark, wasserfest bezogen 6,50, 10 Mark. **Gebrüder Wilsma, Friedrichstraße 295.**

Violoncello, Bauh, Barthauserstraße 7. Käufer von 60 Pf. an. **Teppiche** von 3 Mark an. **Billigste Bezugsquelle** des Ostens. 1553/8*

Damenanzüge, silberne Herrenanzüge, verfallene, **Riefenlager**, **Leibhaus** **Neue Schönhauserstraße 11.**

Bekanntmachung. Humboldt-leibhaus, nur allein **Brunnenstraße 88,** **Edelhaus** **Stralunderstraße.** **Spottbilligster Kassenverkauf** verfallener **Wänder** sowie **Gelegenheitskäufe.** **Knackelgante Winterpaletots, Raumbildliche, Gehrockanzüge, Jacketanzüge, großartige Pelzjacks, extrabilig, verfallene goldene Damenzuhren, Herrenanzüge, Kleideranzüge, Ringanzüge, Schmuckstücke, Kuchenteller, Damenhemden, Bettensatz, Gardinenanzüge, Wäschschlecken, Steppdecken, Teppichanzüge, alles spottbillig.** **Verkauf täglich, auch Sonntags** **ganzen Tag geöffnet.** 1559/8*

100 Salontepiche, dekoriert **gewesene, Prachtteppiche, Ankerverkauf:** **preis: 8,75, 13,50, 18,00, 25,00.** **Wolfs-Teppichlager, Dresdenstraße 8.** **Abmontieren** **Rabat.** 1558/8*

Herrenanzüge 6! Großberlin's **Einkaufsoffizier!** **Wiederfinden** **Großberlin's** **und Umgebung** wird **Gelegenheit** **geboten, allerlei notwendige, vielseitige** **Einkaufsleistungen** **zum** **bestmöglichen** **Preis** **anzuschaffen.** **Leberdürfte** **Warenanmeldung** **erfordert** **selbstverständlich** **ausnahmsweise** **extrabilig** **Warenverkauf!** **Riefenlager**, **Wandleibhaus**, **Oranienplatz 6.** **Sonntags** **ebenfalls** **geöffnet.** 1499

Waffen zu Hies **Suyots** **und** **Sigismund** **Carroll's** **Die** **wahre** **Geschichte** **des** **Christentums**, **von** **August** **Bebel.** **Preis** **75 Pf.** **Billige** **Kingode** **80 Pf.** **Expedition** **Lindenstraße 69, Raden.**

Riefenposten **Teppiche, Sofa-** **und** **Salongröße, 4,85, 6,75, 10 bis** **800 M.** **Eine** **Partie** **mit** **keinen** **Bedauern** **spottbillig.** **Teppichhaus** **Oranienstraße 168.** 1158/8*

Wandleibhaus **Schönhauser** **Allee 110.** **Spottbilliger** **Verkauf** **verfallener** **Wänder, Herrenanzüge, Gardinen, Kuchenteller, Schmuckstücke, Betten, Teppiche, Uhren.** *

Wandanzüge **und** **Winterpaletots,** **Joppen** **von** **5** **Mark** **sowie** **Jozen** **von** **1,50,** **Gehrockanzüge** **von** **12,00,** **Jacken** **von** **2,50,** **sowie** **für** **fortwährende** **Figuren** **Neue** **Wanddecken** **zu** **raumend** **billigen** **Preisen,** **aus** **Wanddecken** **verfallene** **Sachen** **kauf** **man** **am** **billigsten** **bei** **Rob. Wladstraße 14.**

Wandanzüge **und** **Winterpaletots,** **Joppen** **von** **5** **Mark** **sowie** **Jozen** **von** **1,50,** **Gehrockanzüge** **von** **12,00,** **Jacken** **von** **2,50,** **sowie** **für** **fortwährende** **Figuren** **Neue** **Wanddecken** **zu** **raumend** **billigen** **Preisen,** **aus** **Wanddecken** **verfallene** **Sachen** **kauf** **man** **am** **billigsten** **bei** **Rob. Wladstraße 14.**

Wandanzüge **und** **Winterpaletots,** **Joppen** **von** **5** **Mark** **sowie** **Jozen** **von** **1,50,** **Gehrockanzüge** **von** **12,00,** **Jacken** **von** **2,50,** **sowie** **für** **fortwährende** **Figuren** **Neue** **Wanddecken** **zu** **raumend** **billigen** **Preisen,** **aus** **Wanddecken** **verfallene** **Sachen** **kauf** **man** **am** **billigsten** **bei** **Rob. Wladstraße 14.**

Wandanzüge **und** **Winterpaletots,** **Joppen** **von** **5** **Mark** **sowie** **Jozen** **von** **1,50,** **Gehrockanzüge** **von** **12,00,** **Jacken** **von** **2,50,** **sowie** **für** **fortwährende** **Figuren** **Neue** **Wanddecken** **zu** **raumend** **billigen** **Preisen,** **aus** **Wanddecken** **verfallene** **Sachen** **kauf** **man** **am** **billigsten** **bei** **Rob. Wladstraße 14.**

Wandanzüge **und** **Winterpaletots,** **Joppen** **von** **5** **Mark** **sowie** **Jozen** **von** **1,50,** **Gehrockanzüge** **von** **12,00,** **Jacken** **von** **2,50,** **sowie** **für** **fortwährende** **Figuren** **Neue** **Wanddecken** **zu** **raumend** **billigen** **Preisen,** **aus** **Wanddecken** **verfallene** **Sachen** **kauf** **man** **am** **billigsten** **bei** **Rob. Wladstraße 14.**

Wo kommt der beste Anzug her? Er kommt von Herrmann Schlegler, Reinholdstraße 48 und Lurmitzstraße 58. 1484/8*

Sonntag **gänzlich** **geöffnet.** **Weidenweg 19** **im** **Wandleibhaus!** **Extra** **billiger** **Verkauf** **von** **verfallenen** **Wändern** **und** **Gelegenheitspartien!** **Den** **„Bordoirs“** **lesen** **besondere** **Berätungen!** **Kalchemützen, Damenleiten, Herrenleiten, Trauringe, Schmuckstücke, Teppiche, Gardinen, Paletots, Gehrockanzüge, Jacketanzüge, Betten, Wäschverkauf, Steppdecken, Tischdecken, Damenkleid, Seiden, Jagaren, Hüten.** **Zum** **bestmöglichen** **Preis** **mit** **Bestleistung** **empfehlen.** **Bis** **10** **Uhr** **abends** **geöffnet.** **Die** **Verwaltung.** 1546/8*

Monatsgarderobenhaus **Andreasstraße 54.** **Elegante** **Monatsanzüge, Monatspaletots, einzelne** **Wendkleider** **zu** **sehr** **billigen** **Preisen.** **Nur** **Andreasstraße 54** **an** **der** **Karlshalle.** 1388/8*

Die Grundbegriffe der Wirtschaft. **Eine** **populäre** **Einführung** **von** **Julian** **Vorkord.** **Preis** **40 Pf.** **Expedition** **Vormärts, Lindenstraße 69.**

Teppiche (Kartensticker), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tischdecken, Lebergardinen, Sofa-Teppiche, vollst. Bettdecken, Kuchenteller, Herrenanzüge, Kleideranzüge, Ringanzüge, Schmuckstücke, Kuchenteller, Damenhemden, Bettensatz, Gardinenanzüge, Wäschschlecken, Steppdecken, Teppichanzüge, alles spottbillig. **Verkauf täglich, auch Sonntags** **ganzen Tag geöffnet.** 1559/8*

Sensation! **Die** **Bestmachten** **mit** **das** **enorme** **Lager** **hochmoderner** **Winterpaletots, Herrenanzüge, Joppen** **geräumt** **werden.** **Wir** **verkaufen** **des** **halb** **zu** **spottbilligen** **Preisen** **Winterpaletots** **und** **Anzüge, früher** **15—60** **Mark, jetzt** **15—30** **Mark, Joppen** **früher** **10—20** **Mark, jetzt** **5—12** **Mark.** **Sonntag** **bis** **abends** **geöffnet.** **Verbands** **Germania, Unter den Linden 21.**

Schmuckstücke, Herrenanzüge, Damenanzüge, Wäsche, Kleidungsstücke, verfallene Wänder **spottbillig.** **Wandleibhaus** **Rüchenerplatz 7.**

Federbetten, Stand **11,00, große** **16,00, Wanduhren, Gardinen, spottbillig.** **Wandleibhaus** **Rüchenerplatz 7.**

Sofa **umhängebare** **Herrenanzüge,** **neu, dunkel, mit** **Borde, unterseidene** **Jacken, Einfaß** **15 für** **6.** **Wenzelauerstraße 23 II, Alexanderplatz.** 23/8

Damenhemden **mit** **gestickter** **Basse** **1,20, Herrenhemden** **1,15, Bettlaken** **1,20, Normalmädchen, Arbeiterhemden** **letztere** **einzelne** **Herrenanzüge** **spottbillig.** **Wäschfabrik** **Salomonstraße, Dresdenstraße 21, Alexanderplatz, Sonntags** **geöffnet.** 193/18

Central-Wandleibhaus **Brin-** **straße 88, I.** **Täglich** **Verkauf** **von** **verfallenen** **Wändern.** **Weltbekannte** **Wandleibheit** **50** **Prozent** **billiger** **wie** **im** **Laden.** **Goldstücke, passend** **zum** **Weihnachtsfest.** **Winterpaletots, Anzüge, Gehrockanzüge, Joppen, Ankeranzüge** **von** **3,50** **Mark** **an.** **Monatsgarderobe, für** **jede** **Figur** **passend, aus** **den** **feinsten** **Werkstoffen** **Verlins, Betten, Tischdecken, Steppdecken, Jagaren** **wird** **vergütet.** **Bitte** **sich** **zu** **überzeugen.** 23/9*

Geschäftsverkäufe. **Restaurant, Bahnhofs, Vereine, 3** **Zimmer** **Wohnung, billig** **zu** **übernehmen.** **Niemeyerstraße 2** **beim** **Vermittler.** 199*

Wagbare **Öfen** **und** **Gemüsegeläch** **mit** **Heuerung** **und** **Rolle, 28** **Jahre** **in** **einer** **Hand, fränkischer** **Halber** **zu** **verkaufen** **Wandleib-** **straße 41.** 74

Restaurant **zu** **verkaufen.** **Ver-** **bands- und** **Varellotat.** **Zu** **erfragen** **in** **der** **Expedition** **Rixdorf, Redar-** **straße 2.** 199

Destillation **umhängebare** **sofort** **zu** **verkaufen, 1800, eventuell** **Prä-** **zision.** **Erfragen** **abends** **nach** **5** **bei** **Grüner, Kottbuser Ufer 44.** 2015

Möbel. **Möbel!** **all** **neu, einfachste, eleganteste,** **verkauf** **spottbillig** **Lombard-** **straße, Neue** **Königsstraße 5, Fabrik-** **gebäude; auch** **Sonntags** **geöffnet.** **Teilzahlung** **gestattet.** 266/18*

Wichtig! **Wegen** **Inventar-** **Aus-** **nahme** **verkaufe** **ganze** **Wohnungsein-** **richtungen** **sowie** **einzelne** **Möbel-** **stücke** **teilweise** **60** **Prozent** **unter** **dem** **Wert.** **Darunter** **eigene** **Speise-** **zimmer, eigene** **Herrenzimmer, Ver-** **tillos, Kleiderkabinett 24,—, Kuchent-** **eller 13,—, Herrenschreibtisch, Tru-** **meaus, Bücherregale, Chaiselongues, Sofaumbauten, Balkenleiten 20,—, Tischstühle 45,—, Hochstühle 1,50, Küchen** **saunend** **billig.** **Stargard's** **Möbelfabrik, Dresdenstr. 107/108.** **Sonntags** **geöffnet.** **Lagerung, Trans-** **port** **frei.** 193/20

Räumungshalber **bin** **gezwungen,** **große** **Posten** **Möbel** **saunend** **billig** **zu** **verkaufen.** **Einrichtungen** **150,00,** **250,00, 325,00 bis** **2000,00.** **Küchen-** **einrichtung, Schreibtisch, Säulen-** **trumeaus, Ausziehtische 15,00, Tisch-** **stühle 45,00, Verfüß, Kleiderregale, Chaiselongues 18,00, billige** **Rücken.** **Wie** **meist** **schon** **verkauft.** **Möbel-** **verkauf** **aus** **Reinholdstr. 29** **(Kottbuser** **Brücke).** **Sonntags** **geöffnet.** 193/19

Wollen **Sie** **wirklich** **eine** **reelle,** **trotzdem** **billige** **Wohnungseinrichtung** **oder** **ein** **einzelnes** **Möbelstück** **kaufen,** **so** **muss** **man** **Lothringersstraße 29, Schönhauser Tor, hingehen!** **Die** **Firma** **verkauft** **jetzt** **die** **Möbel** **zwei** **30** **Prozent** **billiger, weil** **dieselbe** **Inventar-** **Ausverkauf** **hat!** **Jetzt** **ist** **die** **beste** **Gelegenheit, wirklich** **billig** **zu** **kaufen, zum** **Beispiel:** **Komplette** **Einrichtung** **mit** **farbiger** **Rüche** **sonst** **875, jetzt** **nur** **250** **Mark!** **Wohler:** **325—400—425—475—530 bis** **1500.** **Alle** **gekauften** **Möbel** **können** **bis** **zur** **Abnahme** **frei** **lagern** **und** **Transport** **frei.** **auch** **weisse** **Wohrer!** **Verpflichtung** **auch** **Sonntags** **8—8** **Lothringersstr. 29, Schönhauser Tor.**

Wollen **Sie** **wirklich** **eine** **reelle,** **trotzdem** **billige** **Wohnungseinrichtung** **oder** **ein** **einzelnes** **Möbelstück** **kaufen,** **so** **muss** **man** **Lothringersstraße 29, Schönhauser Tor, hingehen!** **Die** **Firma** **verkauft** **jetzt** **die** **Möbel** **zwei** **30** **Prozent** **billiger, weil** **dieselbe** **Inventar-** **Ausverkauf** **hat!** **Jetzt** **ist** **die** **beste** **Gelegenheit, wirklich** **billig** **zu** **kaufen, zum** **Beispiel:** **Komplette** **Einrichtung** **mit** **farbiger** **Rüche** **sonst** **875, jetzt** **nur** **250** **Mark!** **Wohler:** **325—400—425—475—530 bis** **1500.** **Alle** **gekauften** **Möbel** **können** **bis** **zur** **Abnahme** **frei** **lagern** **und** **Transport** **frei.** **auch** **weisse** **Wohrer!** **Verpflichtung** **auch** **Sonntags** **8—8** **Lothringersstr. 29, Schönhauser Tor.**

Wollen **Sie** **wirklich** **eine** **reelle,** **trotzdem** **billige** **Wohnungseinrichtung** **oder** **ein** **einzelnes** **Möbelstück** **kaufen,** **so** **muss** **man** **Lothringersstraße 29, Schönhauser Tor, hingehen!** **Die** **Firma** **verkauft** **jetzt** **die** **Möbel** **zwei** **30** **Prozent** **billiger, weil** **dieselbe** **Inventar-** **Ausverkauf** **hat!** **Jetzt** **ist** **die** **beste** **Gelegenheit, wirklich** **billig** **zu** **kaufen, zum** **Beispiel:** **Komplette** **Einrichtung** **mit** **farbiger** **Rüche** **sonst** **875, jetzt** **nur** **250** **Mark!** **Wohler:** **325—400—425—475—530 bis** **1500.** **Alle** **gekauften** **Möbel** **können** **bis** **zur** **Abnahme** **frei** **lagern** **und** **Transport** **frei.** **auch** **weisse** **Wohrer!** **Verpflichtung** **auch** **Sonntags** **8—8** **Lothringersstr. 29, Schönhauser Tor.**

Wollen **Sie** **wirklich** **eine** **reelle,** **trotzdem** **billige** **Wohnungseinrichtung** **oder** **ein** **einzelnes** **Möbelstück** **kaufen,** **so** **muss** **man** **Lothringersstraße 29, Schönhauser Tor, hingehen!** **Die** **Firma** **verkauft** **jetzt** **die** **Möbel** **zwei** **30** **Prozent** **billiger, weil** **dieselbe** **Inventar-** **Ausverkauf** **hat!** **Jetzt** **ist** **die** **beste** **Gelegenheit, wirklich** **billig** **zu** **kaufen, zum** **Beispiel:** **Komplette** **Einrichtung** **mit** **farbiger** **Rüche** **sonst** **875, jetzt** **nur** **250** **Mark!** **Wohler:** **325—400—425—475—530 bis**

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am 1. Weihnachtstfesttag veranstaltet der Männergesangsverein „Eintracht“ ein Vergnügen im Lokale „Marienhöhe“.

Wierter Wahlkreis. Der Frauen-Vortragabend in unserem Kreise fällt heute aus.

Zehlendorf. Am Sonntagabend, den 19. d. Mts., pünktlich abends 8 1/2 Uhr, findet im Gesellschaftshause des Herrn Wilhelm Nied, Karlsruh 12, eine Volksversammlung mit dem Thema: „Das bürokratische Regierungssystem und die Verfassungskrisis in Deutschland“ statt.

Trebbin. Am Sonntagabend, den 19. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Wolf Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Kasierbericht und Aufnahme neuer Mitglieder.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordneten-Versammlung

bedrängte gestern die Mittel zur Veranstaltung der geplanten Umfrage über weitere Einschränkung der Sonntagsarbeit im Kleinhandel. Niemand aus der freimüthigen Mehrheit erklärte sich dagegen, daß eine solche Umfrage veranstaltet werde.

Zu weiteren Verlauf der Sitzung kam es zu einer allgemeinen Aussprache über die vom Magistrat beantragten Zuwendungen an Vereine usw. Hierzu wurden von verschiedenen Seiten mancherlei Wünsche vorgebracht, so daß Einsetzung eines Ausschusses beschlossen wurde.

Der Antrag des Magistrats, den Vertrag wegen Aufstellung von Zeitungsstiosken und Trinkhallen mit den bisherigen Unternehmern zu verlängern, wurde einem Ausschuss überwiesen auf Antrag des Genossen Worgmann, der den Nachweis führte, daß eine anderweitige Vermietung dem Stadtsäckel viel mehr einbringen würde.

zwischen Stadt und Fiskus wegen Uebernahme der bakteriologisch-diagnostischen Untersuchungen bei ansteckenden Krankheiten. Von der sozialdemokratischen Fraktion wurde durch die Genossen Weyl und Jafel bemängelt, daß darin gerade bezüglich der wichtigsten der ansteckenden Krankheiten, der Schwindsucht, keine Untersuchungen vorgezogen sind.

Die Buchhandlung unserer Expedition, Lindenstr. 89 Laden, ist am kommenden Sonntag von mittags 1 Uhr ab geöffnet. Wer seinen Bedarf an Büchern zu Weihnachtsgeschenken u. dergl. nicht anderweitig und zu anderer Zeit gedeckt hat, hat also noch Gelegenheit, dies am Sonntag zu tun.

Der Vorstand des preussischen Städtetages trat gestern unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner im Berliner Rathhause zusammen. Es wurde beschlossen, wie schon im vorigen Jahre, die an den Landtag gefandte Petition des Städtetages wegen der Aufhebung des Beamtenprivilegiums zu wiederholen und gleichzeitig dem Landtage mit Rücksicht auf die inzwischen erfolgten Gesetzesänderungen eine Ergänzung der Petition zu überreichen.

Die Wertzuwachssteuer hat nunmehr auch die Gemeinde Hennigsdorf bei Zehlendorf eingeführt. Das Statut über die Wertzuwachssteuer wird im nächsten Monat veröffentlicht werden. Von den Aufsichtsbehörden ist es bereits genehmigt.

In Hennigsdorf scheinen die Oberlands noch keinen Einfluss zu haben.

Vom Tierschutz bei der Omnibusgesellschaft. In den Wagen der „Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft“ sieht man seit einer Reihe von Jahren Plakate aushängen, durch die das Publikum erludt wird, die Wagen möglichst wenig halten zu lassen, weil das Wiederanziehen ein schweres Stück Arbeit für die Pferde sei.

Wegen Arbeitslosigkeit ins Wasser. In der Nacht zum Donnerstag, am 10. d. M., sprang der 24 Jahre alte Arbeiter Otto Niedner gegenüber vom Grundstück Schiffbauerdamm 6 in die Spree, wurde aber durch einen Schiffer von seinem Handlahn aus wieder herausgezogen und einem Schupmann übergeben, der ihn mittels Drohrede der Charité zuführte.

Der Staat und die Arbeitslosigkeit. Anlässlich der Arbeitslosen-debatte im preussischen Abgeordnetenhause haben die einzelnen Minister schöne Reden gehalten und versichert, in ihren Ressorts nach Möglichkeit für Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Wie in der Praxis diese Versprechungen eingehalten werden, zeigt eine Nachricht, die aus dem Bereiche des Eisenbahnministers stammt.

Haftentlassung nach der Hochbahnkatastrophe. Wie wir erfahren, ist jetzt einer der nach dem schweren Hochbahnunglück am Gleisdreieck Verhafteten, der Mitfahrer Gustav Wende, aus der Petersburger Straße 79, auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Schindler, der vom Verband deutscher Privatbahnbeamten als Verteidiger Wendes bestimmt wurde, aus der Haft entlassen worden.

Die Erbauung eines Gebäudes für die Stadtbibliothek haben Stadtverordneter Ledewig und Genossen beantragt.

Schon wieder haben zwei Kinder beim Betreten von Eisflächen den Tod gefunden. Der elfjährige Sohn des Schiffseigners Stein hatte sich bei Fangschleuse auf Wisenens begeben, brach ein und geriet hierbei in einen die Fläche durchschneidenden Graben. Der Knabe verschwand sofort in den Fluten und konnte nicht gerettet werden.

Sein Amt als Stadtverordneter niedergelegt hat der Stadtverordnete Rahndrich, weil er mit Aemtern überlastet ist. Rahndrich ist ein erkrankter Vertreter der Hausbesitzer und bekleidet zurzeit das Amt eines Präsidenten der deutschen Haus- und Grundbesitzervereine.

Große Teilnahme erregte am Mittwoch eine Arbeiterfrau, die ratlos und weinend in der Fildisstraße stand. Während ihrer Abwesenheit hatten Einbrecher in ihrer Wohnung gehaust und waren mit ihrer Peute, als die Frau wieder nach Hause kam, ungeschehen verschwunden. Die Umstehenden rieten der Verarmten, sich sofort nach dem Polizeirevier zu begeben und den Einbruch zur Anzeige zu bringen, was die Frau auch tat.

Der Krankenassenagent als Schwindler. Mit gefälschten Quittungen operierte der Agent Otto Siech aus der Adalbertstraße, der längere Zeit bei der Deutschen Kranken- und Begräbnisversicherungsanstalt angestellt war. Anfang vorigen Monats verließ er die Stellung und nun machte er sich die erworbenen Kenntnisse dadurch zu nütze, daß er Schwindeltriebe betrieb. Er fälschte zahllose Quittungen und legte sie den Mitgliedern der Kasse zur Zahlung vor. Da alles seine Ordnung hatte, so erhielt er auch stets anstandslos die Gelder ausgehändigt.

Die Arbeitszeit der Friseur- und Barbierlehrlinge wird in der Praxis weit über das gesetzlich zulässige Maß ausgedehnt, so daß die Bestimmungen zum Schutze der übermäßigen Ausbeutung der Jugendlichen lediglich auf dem Papier stehen. In der „Morgenpost“ veröffentlichte dieser Tage der Vater eines solchen Lehrlings folgende Klage:

Am 7/7 Uhr mußte der Lehrling im Geschäft sein, um dann um 1/2 10 Uhr abends Feierabend zu haben. Der Ladenschluß findet zwar um 9 Uhr statt, doch fällt dem Lehrling noch die Reinigung des Geschäftsraumes und das Putzen der Becken usw. zu, wobei es in der Regel 1/2 10 Uhr wird. Diese Arbeitszeit wird nicht wesentlich unterbrochen, da es besondere Pausen für erstes und zweites Frühstück, Mittagessen, Nachmittagskaffee und Abendbrot nicht gibt. Die Mahlzeiten werden vielmehr in Eile eingenommen und die Arbeit anschließend wieder aufgenommen. Sonntags ist die Arbeitszeit wie folgt: Anfang 7/7 Uhr, Schluß des Geschäfts 2 Uhr; dann Mittagessen, Reinigung der Räume, Putzen usw., das sich in der Regel bis 3 Uhr hinzieht.

Die Redaktion der „Morgenpost“ bemerkt hierzu: „Die Art der Friseurgehälter bringt es mit sich, daß die Pausen für Essen usw. nicht gar so genau innegehalten werden. Dafür gibt es während der übrigen Zeit noch manches Berieselndes, in dem sich die Lehrlinge aushalten können. (Wo —, sagt die Redaktion der „Morgenpost“.) Humane Chefs werden sie gewiß nicht überanstrengen.“

Die Redaktion der „Morgenpost“ verurteilt die Sachlage vollständig. Die Herren Arbeitgeber, deren Auffassung die „Morgenpost“ hier vertritt, stellen die Sache allerdings so dar, als sei die Arbeitszeit deshalb keine Arbeitszeit, sondern „nur Geschäftszeit“, weil nicht ständig Kunden zum Bedienen da sind. Abgesehen davon, daß gerade die Arbeitskraft des Lehrlings auch in der Zwischenzeit zum Aufräumen, Putzen usw. gründlich ausgenutzt wird, wäre nach dieser Logik von der Arbeitszeit der Dreikontenlutscher, der Portiers, von der Dienstadt der Schupleute usw. die Zeit als Freizeit in Abzug zu bringen, während der sie auf Veranlassung warten. Kein Wort des Tadels findet das Blatt gegen eine tägliche Lehrlingsbeschäftigung von 14 1/2 Stunden, wie auch nicht gegen die direkt ungesegliche, länger als bis 2 Uhr dauernde Sonntagsbeschäftigung. Daß die Sonntagsruhebestimmungen auch bezüglich des freien Bodennachmittags von spätestens 1 Uhr ab in jeder Woche ebenfalls äußerst mangelhaft innegehalten werden und es im Friseurgewerbe im ganzen Jahre nicht einen einzigen freien Sonn- und Festtag gibt, hat der Vater des Lehrlings nicht einmal erwähnt. Da spricht die „Morgenpost“ von „humanen Chefs“. Will sie dadurch etwa dem „Lokal-Anzeiger“ den Rang streitig machen als Amtsblatt der Barbierzunft?

Eine Jegg hinter einem Einbrecher rief vorgestern nachmittag in der durch den Weihnachtsverkehr außerordentlich belebten Rosenthaler Straße eine große Aufregung hervor. In dem Hause Nr. 67 dort hat der Rechtsanwalt Dr. Verluhn im zweiten Stock rechts seine Wohnung und links die Büroräume. Ein Einbrecher, der wahrscheinlich beobachtet hatte, daß Frau Dr. Verluhn mit dem Dienstmädchen ausgegangen war und den Anwalt in seinem Bureau wahrte, öffnete mit einem Dietrich um 6 Uhr nachmittags die Wohnungstür und machte sich daran, im Berliner Zimmer ein Spind zu erschneiden. Dr. Verluhn befand sich jedoch in der Wohnung und hörte das Geräusch. Als er vom Nebenzimmer aus das Berliner Zimmer betrat, ergriff der Einbrecher schleunigst die Flucht und stürzte die Treppe hinunter nach der Straße. Von dem Rechtsanwalt, dessen Hausgenossen und anderen Leuten verfolgt, warf er sein Einbruchswerkzeug weg, flüchtete in das Haus Auguststr. 46 hinein, kletterte über einen Holzzaun mit Stachelndraht vom ersten nach dem zweiten Hof hinüber und versteckte sich dort in dem Wagenschuppen der Werkhandlung von Kersten. Hier war er bald entdeckt und ergriffen. Mit blutigen Händen und zerrissenen Kleidern wurde der Ertappte, von einer großen Menschenmenge geleitet, nach der Woche des 12. Bezirks in der Linienstr. 201 gebracht. Er nennt sich Arbeiter Hermann Schelling, 28 Jahre alt. Ob der Name richtig ist, steht noch nicht fest.

Ein mutmaßlicher Mörder ist vorgestern abend hier in die Hände der Kriminalpolizei geraten. Es handelt sich um den Raubmord, der am 8. d. M., nachmittags zwischen 1 und 2 Uhr, an dem 64 Jahre alten Juwelenhändler Julius Frankfurter zu Wien verübt worden ist. Frankfurter, der in der Tempelgasse Nr. 6 wohnte, wurde in seinem Laden, Laurenzer Berg 3, erschossen und beraubt. Auf den Raubmörder wurde auch in Berlin gefahndet, weil man annahm, daß er hierher kommen könnte, um seine Beute an den Mann zu bringen. Die Angelegenheit wurde hier vom Kriminalkommissar Kasse bearbeitet. Dieser hatte gestern gerade Nachdienst, als ein am 3. September 1886 zu Gera geborener Handlungsgeselle Richard Henkel eingeliefert wurde. Henkel hatte bei einem Pfandleiher am Hackeschen Markt drei Herren- und zwei Damenringe zum Verkauf angeboten. Dem Geschäftsmann kam der Handel nicht recht geheuer vor. Er ließ die Polizei holen, die Henkel vorläufig festnahm. Weil er sich über den Erwerb der Ringe nicht ausweisen konnte, so wurde Henkel der Kriminalpolizei zugeführt. Als der Kommissar die Ringe sah, suchte er sofort. Er hatte von Wien eine genaue Beschreibung der dort geraubten Juwelen erhalten und erkannte an der sehr beachtlichen Fassung alsbald, daß die fünf Ringe Henkels zu dem Raube gehören. Bei dem Verhafteten fand man aber außerdem noch Pfandstücke über vier Ringe, ein Paar Ohrringe und eine goldene Uhr. Es ergab sich weiter, daß Henkel wegen Urkundenfälschung, Betruges und Unterschlagung schon wiederholt bestraft ist. Der Verhaftete behauptete vorerst, er habe die Goldstücke schon lange beiseite. Sein Vater habe früher mit solchen Sachen gehandelt und ihm diese geschenkt. Jetzt habe er alles zu Geld machen wollen, um seiner Frau ein anständiges Weihnachts- und Verlobungsgeschenk machen zu können. In der letzten Zeit habe er sich in Berlin, Dresden und Halle aufgehalten. Sobald man ihm diese Aussagen als unwahr nachwies, gab er zu, daß er am 1. Oktober nach Verbüßung einer Strafe wegen Urkundenfälschung und Betruges das Gefängnis verlassen habe. Bis zum 20. Oktober sei er bei seinen Eltern in Gera gewesen, später in Budapest und Belgrad und zuletzt auch in Wien, dort aber nicht mehr nach dem 1. Dezember. Die Schmuckstücke wollte Henkel zunächst von seinem Vater erhalten, dann von einem Unbekannten in Dresden gekauft und endlich in einem Eisenbahnwagen gefunden haben. Die Angaben des Verdächtigen werden in allen Einzelheiten gegenwärtig nachgeprüft. Ob er als Täter in Betracht kommt, wird sich wohl bald entscheiden.

Eine weitere Nachricht besagt: Im weiteren Verlauf der Untersuchung ergab sich, daß Henkel tatsächlich der Mörder des Juweliers Frankfurt ist. Er hat die Tat bereits eingestanden.

Kindesausschugung. Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 1. Dezember, abends gegen 6 1/2 Uhr, hat eine etwa 38-38 Jahre alte Frau einem 14 Jahre alten Knaben in Potsdam auf dem Alten Markt ein Paket mit dem Auftrage übergeben, dieses zu einer Mutter 4 wohnenden Familie zu bringen. Das Paket enthielt ein Kind weiblichen Geschlechts, etwa vier Tage alt, mit blauen Augen, dunklen Haaren, gut entwickelt. Das Kind war vollständig nackt, in Watte gehüllt, über dieser befand sich eine drei Meter lange Umhüllung, bestehend aus reifarbenen Planelle, darüber eine kleine rotbraun und weiß gemusterte, mit braun- und weißgestreifter Kante versehene Schlafdecke und schließlich zwei Bogen gelbbraunes Packpapier. Das Kind liegt zu der Familie, bei welcher es abgegeben werden sollte, in keiner Beziehung und ist daher im städtischen Verordnungsamt in Potsdam untergebracht worden. Personen, welche zu der fraglichen Angelegenheit sachdienliche Angaben machen können, werden gebeten, diese der Kriminalpolizei oder einem Polizeirevier mündlich oder schriftlich zu Alten Nr. 6217. IV. 89. 08 mitzuteilen.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Einer wegen Einbruchdiebstahl und Brandstiftung in Untersuchungshaft befindlichen Person ist ein Pfandchein abgenommen worden, auf den dieselbe einen goldenen Trauring gez. G. M. 6. 9. 08 am 16. März 1908 versetzt hat. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Trauring aus einem Diebstahl herrührt. Der event. rechtmäßige Eigentümer des Ringes wird ersucht, der Kriminalpolizei zu Nr. 4408 IV. 19. 08 Mitteilung zu machen oder sich im Polizeipräsidium (Zimmer 324) zu melden.

Einen herben Verlust hat die Frau des Maurers Köhliche, Rixdorf, Alexstr. 47, zu beklagen. Am Mittwoch, den 16. d. R., abends zwischen 7 und 8 Uhr, verlor sie auf dem Wege von der Kleinen Frankfurter Straße bis zur Landberger Straße eine schwarze Handtasche mit Portemonnaie und 22 R. Arbeitslohn. Es wird gebeten, an obige Adresse den Verlust zurückzugeben.

Die im Berliner Aquarium eingetroffenen Sendungen haben eine veränderte Beschaffenheit verschiedener Becken herbeigeführt. Eine der interessantesten und zugleich augenfälligsten ist dadurch, daß neben dem Dorschbecken im unteren Grottenzuge belegene große Bassin geworden, indem in ihm außer mehreren absonderlichen Fischarten drei Spezies Krustentiere untergebracht sind, welche ganz abweichende Typen des weitmündigen Kreises der Krebsreiferen und zugleich als die Kräfte ihres Geschlechts sich vorstellen. An unseren Flußkrebs erinnert noch am ehesten der in einigen ausgefärbten, etwa fußlangen Exemplaren vertretene, statt der Scheren mit etwa 1/2 Meter langen Fühlern ausgerüstete Stachelsummer aus dem Nordseegebiet. Von ganz anderer Größe ist die große Meerspinne oder Krabbenkrabbe, deren Größe infolge der langen kräftigen Beine noch viel beträchtlicher erscheint als sie tatsächlich ist. Eine Ausnahmestellung unter allen ihren Genossen nehmen die ebenso seltenen wie abenteuerlich geformten Weilschwämme oder Nesselkruster aus dem Antillenmeer ein, da sie hinsichtlich der Fühler usw. eine enstchiedene Verwandtschaft mit den Storpionen erweisen, von diesen aber wiederum durch ihre außerordentliche Größe und die eigentümlichen Oberflächenschilder usw. sich weit unterscheiden.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht wurde die 4. Kompanie wegen eines Kellerbrandes nach der Aderstraße 63 gerufen. Wo der Kellerraum eines Handwerksmanns in Flammen stand. Die Feuerwehr mußte eiligst löschen, um die Gefahr zu beseitigen. Wie dann festgestellt wurde, war der Keller erbrochen worden. Zur Verdeckung des Einbruchs hatten die Eindrehen dann den Raum mit den Waren angezündet. Gestern abend wurde der 8. Zug nach dem Warenhaufe von A. Janzow u. Co. am Kottbusdamm 1/2 alarmiert. In einem Heizraum waren Kisten mit Holzwool und Papier in Brand geraten, wobei ein Heizer durch Stichflammen Brandwunden im Gesicht erhalten hatte. Der Feuerwehr gelang es, den Brand auf den Heizraum zu beschränken. Ein Wohnungsbrand beschäftigte die Feuerwehr in der Priedenwalder Straße 42. Der 12. Zug rückte nach der Winterfeldstr. 25 aus. Dort brannte das Zwischengebäl; es wurde aufgerissen und abgelöst. Derselbe Zug mußte dann einem Balkenlager- und Schalendeband in der Steglitzer Straße 69 löschen. Weitere Feuermeldungen liefen dann noch aus der Lughavener Straße 15, wo Verpackungsmaterial brannte, aus der Langestr. 6, Stralauer Allee 176, Schönhauser Allee 111, wo in einer Wabstube Feuer ausgebrochen war, aus der Soldiner Straße 72, Zimmerstraße 59 und von anderen Stellen ein.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.

Die Sitzung vom Mittwoch, die letzte in diesem Jahre, zog sich bis gegen Rittersnacht hin. Auf der Tagesordnung standen hauptsächlich sozialpolitische Fragen, die entsprechend ihrer Wichtigkeit ausgedehnte und interessante Debatten hervorriefen.

Völlige Einmütigkeit auf allen Seiten des Hauses trat in der Stellungnahme betr. den Beitritt der Stadtgemeinde Charlottenburg zum Verkehrsverbände zutage. Nachdem Stadtd. Frenzel über die Verhandlungen des Ausschusses Bericht erstattet hatte, nahm die Versammlung einstimmig eine Resolution an, die die Bildung des Verkehrsverbandes als eine der wichtigsten kommunalpolitischen Aufgaben Groß-Berlins bezeichnet, aber das Verlangen ausspricht, daß bei den Beschlüssen des Verkehrsverbandes einfache Majoritäten genügen sollen.

Recht lebhaft gestaltete sich die Diskussion, die sich an den Bericht des Ausschusses über die Arbeitszeit in den städtischen Betrieben knüpfte. Wie bereits mitgeteilt, hatte der Ausschuss folgenden Beschluß gefaßt: „Die Versammlung stellt einer Verlesung der Arbeitszeit für die städtischen Beschäftigten Arbeiter auf 9 Stunden sympathisch gegenüber; sie ersucht den Magistrat, bei der bevorstehenden Stadtberatung die Frage zu erwägen, in welchen Betrieben sich eine Verkürzung der Arbeitszeit ermöglichen läßt und der Stadtverordnetenversammlung entsprechende Vorschläge zu machen.“ Während die Gegner der sozialdemokratischen Fraktion, Dierck und Wedert, nachdrücklich für den Neunstundenlohn als Vorstufe des Achtstundentages eintraten und an die Versammlung die Aufforderung richteten, es nicht bei der Sympathieäußerung bewenden zu lassen, sondern die Sympathie für die verkürzte Arbeitszeit auch in die Tat umzusetzen, bekannte sich Stadtd. Stadthagen (natlib.) als Gegner des Neunstundenlohn. Auch Stadtd. Dr. Crüger (freis.) bekämpfte die Einführung eines Maximalarbeitstages, er erklärte sich aber trotzdem bereit, für die Sympathieäußerung zu stimmen, da das eine „harmlose und belanglose Sache“ sei. Im übrigen aber warnte er davor, Maßnahmen zu ergreifen, die auf die Privatindustrie rückwirken könnten. Als Gegner jeder Verkürzung der Arbeitszeit bekannte sich Stadtd. Lissauer, der sich selbst als Vertreter der Interessen der Kleingewerbetreibenden vorstellte und über die angeblich hohen Arbeitslöhne sowie über die Notlage der kleinen Handwerker so gewagte Behauptungen aufstellte, daß selbst Herr Dr. Crüger ob dieser Bundesgenossenschaft angst und bange wurde. Am nicht in den Verdacht zu kommen, daß er sich mit so rückfälligen Anschauungen identifiziere, gab Dr. Crüger die Erklärung ab, daß er für den Ausschuh Antrag stimmen würde, der dann auch, nachdem die sozialdemokratischen Redner wiederholt ihren Standpunkt präzisiert und die Uebertreibungen des Stadtd. Lissauer zurückgewiesen hatten, in namentlicher Abstimmung mit 61 gegen 10 Stimmen angenommen wurde.

Eigenartig gestaltete sich das Schicksal der Verlage betr. die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden. Die Magistratsvorlage, die einem sozialdemokratischen Antrage ihre Entstehung verdankt, war einem Ausschuss zur Vorberatung über-

wiesen. Im Ausschuss war es den Sozialdemokraten gelungen, einem neuen Artikel zur Annahme zu verhelfen, wonach die Bestimmungen für die Hausgewerbetreibenden auf die von ihnen beschäftigten Personen entsprechende Anwendung finden, auch wenn sie nicht selbst Hausgewerbetreibende sind. Im Interesse einer größeren Klarheit und um auch denen, die wegen der Unklarheit dieses Passus dagegen stimmen wollten, die Zustimmung zu ermöglichen, beantragte Genosse Dr. Vorchardt im Plenum folgenden Zusatz, der jeder falschen Deutung vorbeugen hätte: „Als Arbeitgeber dieser Personen gilt der Arbeitgeber des Hausgewerbetreibenden.“ Trotz warmer Befürwortung durch unsere Genossen Dr. Vorchardt und Zietzsch, die beide die Notwendigkeit betonten, den Großunternehmern die Lasten der Versicherung für die Hausgewerbetreibenden aufzuerlegen, wurde der neue Artikel gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, die bürgerlichen Parteien, deren Vertreter im Ausschuss dafür gestimmt hatten, fielen um. Ihre Schuld ist es, wenn das Krisistat noch Mängel aufweist. Ein weiterer Antrag des Ausschusses, den Magistrat zu ersuchen, bei der Reichsregierung die Einbeziehung der Hausgewerbetreibenden in das Krankenversicherungsgesetz zu beantragen, fand Annahme.

Stundenlange Erörterungen zeitigte eine sozialdemokratische Interpellation, welche Maßnahmen (außer denen, welche bereits in der Stadtverordnetenversammlung vom 4. November 1908 bekannt gegeben wurden) der Magistrat zu treffen gedenkt, um der gegenwärtig herrschenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Mit dieser Interpellation wurde die Beratung einer Magistratsvorlage verbunden, die eine Verkürzung der Mittel zum Ersatz von Arbeitslöhnen bei Verwendung minderwertiger Arbeitskräfte fordert. Der Magistratsvertreter Stadtd. Dr. Jastrow präziserte in einem leider nur zu akademisch gehaltenen Vortrag die Stellung des Magistrats der Arbeitslosigkeit gegenüber. Gewiß ist es richtig, daß Charlottenburg eine der ersten Städte war, die die Bewegung auf dem Arbeitsmarkt ständig verfolgte, gewiß sind in Charlottenburg periodische Arbeitslosenstatistiken aufgenommen, aber dabei ist es gewöhnlich auch geblieben. Den Arbeitslosen ist damit natürlich nicht gedient, sie verlangen nach Brot und Arbeit. Gegen die theoretischen Anschauungen des Stadtrais Jastrow wandte sich Genosse Zietzsch in einer großartigen Rede, in der er auf die Unzulänglichkeit der letzten Arbeitslosenzählung hinwies, das Problem der Arbeitslosigkeit nach allen Seiten hin beleuchtete und eine Reihe von Vorschlägen zur Verringerung der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit machte. Auch Genosse Wille griff wiederholt in die Debatte ein, namentlich um gegen die niedrige Bezahlung von Kostkandarbeiten zu protestieren. Seine Bemerkung, die Stadt bedeute die Notlage der Arbeitslosen aus, zog ihm einen Ordnungsruf zu. Offenheitlich wird die Debatte, wenn sie auch nicht sofort ein Ergebnis zeitigte, nicht dergestalt gewesen sein, sondern der gemischten Deputation wertvolle Fingerzeige geben. Insbesondere sollte die Kommission die Frage der Arbeitslosenversicherung in Erörterung ziehen, deren Notwendigkeit Genosse Zietzsch nachdrücklich betonte.

Außer mit den erwähnten Punkten befaßte sich die Versammlung noch mit einer Reihe anderer Vorlagen; u. a. mit einer Vorlage betr. die Verpachtung des Rechts der Erhebung des Stättegeldes auf den Wochen- und Krammärkten, einer Vorlage, die dem Genossen Alld Gelegenheit gab, das Regierprinzip zu propagieren. Der Antrag Vogel (Soz.) und Genossen betr. Errichtung einer Poliklinik blieb einstweilen unerledigt, der Antragsteller erklärte sich damit einverstanden, daß die Beschlußfassung vertagt wird bis zur Erledigung der geplanten Reform des ärztlichen Dienstes für die Stadt.

Schließlich sei noch mitgeteilt, daß der Magistrat sich mit der Einführung einer gemischten Deputation zur Erörterung der Frage der Einführung einer Werk- und Wasservereinigung einverstanden erklärte und daß seitens der Sozialdemokraten die Genossen Dr. Vorchardt und Zietzsch in die Deputation delegiert wurden. Die nächste Sitzung findet am 6. Januar statt.

Rummelsburg.

Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste sind Jugendschriften, Spiele, Bilder und alle sonstigen Werte für jung und alt zu haben, andererseits werden dieselben umgebend durch die Zeitungspedition, Al-Bogdagen 66, besorgt.

Weißensee.

Wenn zwei Freunde sich streiten, laßt der dritte. So war es in der letzten Gemeindevorstellung. Wurde da ein Schreiben verlesen, wonach ein Terraineigentümer Beschwerde führte, daß durch den Einspruch eines Gemeindevorsetzers, Raspe mit Namen, der Verlauf eines größeren Teils Landes rückgängig gemacht wurde. Sein Abtraten begründete er mit der hohen Grundwertsteuer, den schlechten Wasserverhältnissen, den hohen Bahntraktlosen usw. Herr Raspe bestritt natürlich, den Restantanten abgeraten zu haben, nur die reine Wahrheit habe er gesagt, wie er es stets gemohnt sei. Herr Rechtsanwält und Notar Appeltath meinte mit einem entgangenen Verdienst und warnte, mit seinen Äußerungen vorsichtiger zu sein. Herr Anort konnte ebenfalls einen Fall anführen, wonach Herr Raspe jemandem abriet, Land zu kaufen. „Das ist eine Lüge!“ war die einzige Antwort des Angegriffenen. Herr Neues erhob ebenfalls Vorwürfe über solches Gebaren, überhaupt setzte er sich die Verantwortungsmühe auf über die in letzter Zeit geäußerten rückständigen Anschauungen des Herrn Raspe. „Ich weiß was ich mache, ich bin mein eigener Herr und verbitte mir jede Einmischung über meine Anschauungen.“ war wiederum die Antwort. Ueber die ganze Angelegenheit hatte auch die „Weißenseer Zeitung“ einen Artikel gebracht. Den betrauerte er als Klatsch und Tratsch, verwahrte sich auch, Mitbesitzer der „Bürgerpost“ zu sein. Wenn auch ein Angehöriger von ihm des öfteren für die „Bürgerpost“ Artikel schreibe, so sei das nicht seine Sache. Er kümmere sich nicht um die Anschauungen seiner Angehörigen, soweit sie wenigstens für sein Geschäft nicht schädlich sind. Unsere Parteigenossen hatten eine vergnügte halbe Stunde.

Pankow.

Kampf gegen die Schmutzliteratur. Eine dankenswerte Aufgabe hat sich die hiesige Lehrerschaft mit Unterstützung der Schulkommission gestellt. Auch in unserem Orte ist eine Sorte Literatur unter der Jugend verbreitet, die geradezu auf die niederen Instanzen der Kinder spezialisiert. Seit längerer Zeit wird nun von den Lehrern dieser Frage eine besondere Aufmerksamkeit entgegengebracht. Es konnte beobachtet werden, daß sonst gute Schüler beim Unterricht plötzlich verlagten. Auf Nachfragen wurde in beinahe allen Fällen festgestellt, daß dieser Zustand eine Folge der reichlichen Lektüre solcher Schmutzliteratur war. Es häufte sich mit der Zeit eine kleine Bibliothek von diesen fürchterlichen Schandern in den Restorenzimmern an, die den Schülern während der Schulstunden abgenommen wurden. Wie war nun diesem Uebelstande beizukommen? Eine Anregung bei den hiesigen Geschäftleuten, solche Sachen nicht mehr zu führen, wurde abgelehnt. Es wurde nun ein kleines Zirkular verfaßt, worin auf die Gefahren eines solchen Lesestoffes hingewiesen und den Eltern empfohlen wurde, mehr wie bisher ihr Augenmerk auf diese Zustände bei ihren Kindern zu lenken. Diese Zettel nahmen die Kinder mit nach Hause und sollten diese mit Unterstreichung und eventueller Kupferung der Eltern versehen zurückgebracht werden. Wie verlautet, hat diese Anregung durchaus den Beifall der Angehörigen gefunden. Auch wir begrüßen dieses Vorgehen der Lehrerschaft und möchten unsere Leser bei der Gelegenheit auf die ganz vorzügliche Zusammenstellung guter Bücher hinweisen, die der Bildungsausschuss der Partei veröffentlicht hat. Der noch keine Auswahl getroffen hat, braucht sich nur an unsere Parteipedition zu wenden.

In der letzten Gemeindevorstellung wurden zwei der zweiten Klasse angehörige Gemeindevorordnete eingeführt, deren Mandate im Frühjahr von der Gemeindevertretung für ungültig, auf die Klage des Gemeindevorsetzers jedoch vom Kreisaustrich für gültig erklärt

worden waren. Es sind dies Herr Dierck und der am Orte bekannte Sozialistischer Rechnungsrat a. D. Volger. Als Vorsitzender für das Gewerbegericht wurde der Rentier Conrad wiedergewählt. Wir geben bei dieser Gelegenheit der Hoffnung Ausdruck, daß das Gericht mit der des öfteren geübten Praxis, mehr als zwingig Klagen in einer Sitzung zu erledigen, nun endlich bricht. Ein von unseren Genossen eingebrachter Antrag auf Beteiligung an der vom Berliner Magistrat für den Herbst geplanten Arbeitslosenzählung scheiterte an der Verständigungslosigkeit, welche die Mehrheit derartigen Maßnahmen entgegenbringt. Der oben genannte Herr Volger plädierte in seiner Jauchermode für Ablehnung aus Einsparungsgründen. Ebenso glaubte derselbe Herr bei der Erörterung der Kostkandarbeiten nach Summenmanier auf die Landflucht und besonders darauf hinzuweisen zu müssen, daß sein Erdrer in Döhrpechen nicht genügend Arbeiter bekommen könne. Warum er selbst die Fleischtöpfe Döhrpechen so schnell verlossen hat, bedarf noch der näheren Aufklärung. Der Bürgermeister ver sprach, Kommissionsarbeiten in der Eipianade sämtlich in Angriff nehmen zu lassen. Ihr soll die Damerowstraße folgen. Am Schluß der Sitzung machte der Bürgermeister den Vorschlag, die bevorstehenden Gemeindevorstellungen nach den neuen Wählerlisten vorzunehmen. Die letzten liegen nach den Bestimmungen der Landgemeindevorordnung vom 15.-20. Januar zur Einsicht aus. Sie haben, wenn das Gesetz Annagrade Anwendung finden soll, für die bevorstehenden Wahlen als Grundlage zu dienen. Wegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurde beschlossen, Mitte Jenner die Wahl nach den vorjährigen Listen vornehmen zu lassen. Die Begründung für diesen Antrag, welche sich die Majorität zu eigen machte, ist folgende: Rentier Gante führte aus: Die Vereine hätten die Vorbereitungen für die Wahlen bereits getroffen. Würde nach den neuen Listen gewählt, müßten sich die Vereine die Abschriften derselben erst beschaffen. Um diese Geldkosten zu ersparen, sei es zweckmäßig, nach den alten Listen zu wählen. Die Gemeindevorstellung hat sich also, das wird hier offen ausgesprochen, nach den Listen der Grundbesitzer usw. Vereine zu richten. Auf Grund dieser Tatsache kann wohl offen ausgesprochen werden: diese Politik ist keine Gemeindevorstellung, sondern die reine Interessenpolitik, die Politik der Hausbesitzer, welche sich über Recht und Gerechtigkeit hinwegsetzt, lediglich um ihren Privatwohlstand am weitesten auszuweiten. Da gerade innerhalb der Arbeiterklasse die größte Fluktuation herrscht, ist es Sache unserer Genossen, frühzeitig die neuen Adressen der Verjogenen festzustellen und den Besitzführern mitzuteilen. Wir erwarten, daß jeder Genosse seine Pflicht erfüllt.

Potsdam.

Einen Stimmillionenanteil wird Potsdam für das nächste Jahr 1909 in seinem Stadthaushalt aufweisen können. Es ist fraglich, ob es möglich ist, in diesem Jahre den Etat zur Balance zu bringen, ohne die 110prozentigen Kommunalsteuergesetze zu erhöhen. Die Profiteure müssen aber die Kommunalzuschläge pro 1910, wo die fast 400 000 M. betragende Schatzkammer in Wegfall kommt, erhöht werden. Eine besondere Belastung erfährt der Etat pro 1909 durch die Neufestsetzung der neuen Pollsteuererhebung der Stadt die Neufestsetzung, die infolge des neuen Pollsteuererlasses der Stadt zufallen. Wenn für das Polizeiwesen auf Potsdam künftig um circa 40-50 000 M. mehr verausgabt als in den Vorjahren, ferner für die Beleuchtungsarbeiten um circa 150 000 M. in den Ausgaben gewachsen. Für Vergütung und Amortisierung der neuen Wasserwerke müssen im Etat allein 48 000 M. bereit gestellt werden. Diesen vermehrten Ausgaben stehen vorläufig nur Mehreinnahmen durch das städtische Elektrizitätswerk und die elektrische Straßenbahn gegenüber.

Deutscher Arbeiter-Abkünter-Bund, Ortsgruppe Berlin. Sonntag, 9. Uhr, Straßauer Straße 13-14, vom 3 Treppen nach: „Diskuter-Abend“.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 12. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Religion ist Brauttag - Die Reichstags und die Sozialdemokratie. Von Bernus. (Schluß) - Zur Angelegenheit unserer Parteiorganisation. Von W. H. Dittmann (Frankfurt a. M.) (Schluß) - Schandenspiegel der Sozialdemokratie. Von Robert W. H. (Schluß) - Ueber die Kommunisten: Marx oder Kaut. Von Ph. W. H. Dittmann. American Communities and cooperative colonies. Von K. - Zeitschriftenbibliographie des Sozialismus.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Receptoren zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die Weihnachtsnummer des „Wahren Jacob“ gelangt in den nächsten Tagen zur Ausgabe. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Überwältigte Weihnachtskinder“ und „Ein Schweinehirt“, der die Euthanasie nicht gescheitert, ferner die weiteren Illustrationen „Sozialpolitik“, „Am Zoologischen Garten“, „Michels parmanische Hausbälter“, „Das uns not tat“, „Dergmanns Los“ (mit Gedicht), „Das Schicksal Schlegels“, „Koblenbarone“, „Der Ketter des Vaterlandes“ und „In den Verfassungsbekämpfen des deutschen Reichstages“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Beiträge „Der Mann“ von Paul Underling, „Friede auf Erden“, „Michels Weihnachtskinder“, „Der Bürgermeister von Bayern“, „Weihnacht“, „Ein Trauerjahr“, „Der Mann mit der blauen Mütze“, „Das Lied vom Sparen“, „Der letzte Mann vom 30. Jahrbundert“, „Der Luchthaus“ von Alfred Scholz, „Das Rad“ von Leo Heller, „Das Wunder von Odenau“, „Die Weibchen“, und außer zahlreichen satirischen Großschätzungen noch „Der Wächter“, eine Weihnachts-erzählung von G. Schubert (Münster).

Witz, Heft 24. Halbmonatsschrift. 1.30 M. H. Langen in München.

Himnaden der Süddeutschen Monatshefte. 40 Pf. - Selbstverlag in München.

Aus guter alter Zeit. Berliner Bilder, Erinnerungen von A. Meyer. Geb. 3 M., geb. 4 M. - Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.

Witterungsbericht vom 17. Dezember 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer humb. mm	Wind- richtung	Witterungs- verhältnisse	Wetter	Temp. u. G. Temp. u. G.		
Schwandau	769.80	1 Dmkt	-2	Sapowanda	757.0	2 beiter	-12
Berlin	767.00	3 wolliq	-2	Berzowanda	763.80	2 Regen	0
Brandenburg	769.00	1 wolliq	-1	Sehla	747.8	4 beiter	10
Kranke	759.0	2 beiter	-0	Überdem	742.00	3 beiter	8
Randow	761.00	2 beiter	-3	Gars	755.6	3 beiter	8
Wien	764.00	4 beiter	0				

Wetterprognose für Freitag, den 18. Dezember 1908.

Wärmer, zunächst meist heiter und trocken bei ziemlich lebhaften südlicher Winden; später zunehmende Bewölkung.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Stationen	am 16.12.	seit 15.12.	Stationen	am 16.12.	seit 15.12.
Remel, Mühl	315.5	+13	Saale, Brandenburg	78	0
Regel, Unterberg	-6	+8	Oabel, Brandenburg	58	-3
Weißel, Horn	16	-4	Kathenon	41	+4
Oder, Rathow	74	+4	Spree, Spremberg	72	0
• Krossen	68	-5	Seesow	74	-1
• Frankfurt	60	-7	Weiset, Rindon	-51	+5
• Watzke, Schrimm	-4	-2	Winden	6	0
• Landsberg	7	-3	Rhein, Rajmillsbau	330	0
Rege, Boranau	3	-1	• Rauh	131	+2
Gise, Zeimert	-73	+1	• Röh	170	+13
• Broden	-194	+1	Rekar, Gellhorn	62	-8
• Darbo	35	-1	Wain, Berchheim	121	0
• Magdeburg	46	-3	Wolcl, Zier		-

*) + bedeutet Wachs, - Fall. - *) Unterweg. - *) Abstand. - *) Grundelstreben. *) Einzeichnen in zwei Drills Strombreite. - *) (h) wachse Treibe. - *) Grundel.